

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Wird es reichen?

Wie wir die Rente armutsfest machen
und die gesetzliche Säule stärken können.



Konflikt um Fusion

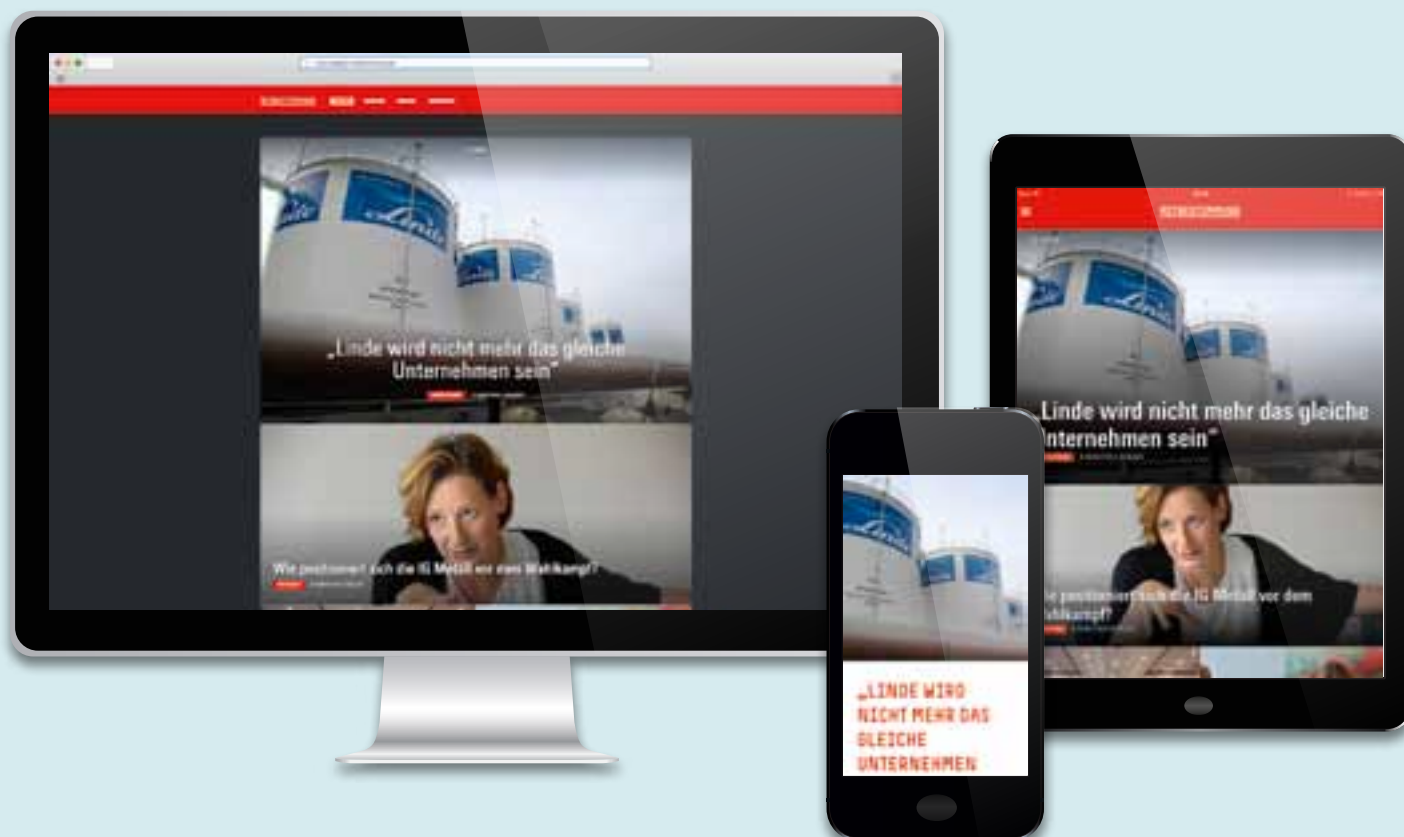
Die Arbeitnehmerseite sagt Nein
dazu, dass Linde geschluckt wird.



Ihre Meinung!

Was die Spitzenkandidaten in NRW von der
Unternehmensmitbestimmung halten.

Magazin Mitbestimmung. Jetzt auch als App!



Starke Stimme für faire Arbeit

Mitbestimmung. Das Magazin der Hans-Böckler-Stiftung.
Alle zwei Wochen digital, alle zwei Monate gedruckt.

Am 1. und 15. eines Monats erscheint eine digitale Ausgabe des Magazins Mitbestimmung.
Gleich online lesen oder kostenlos im App Store und bei Google Play laden:



Foto: Andreas Pohlmann



LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Die Rente ist sicher!“ Dieser legendäre Satz des damaligen Arbeitsministers Norbert Blüm ist über 20 Jahre alt und steht für den Beginn des Ringens um die gesetzliche Rentenversicherung. Sie ist die wichtigste Säule des deutschen Sozialstaates. Die Alterung der Bevölkerung ist eine nicht hinwegzudiskutierende Herausforderung.

Jetzt sind kluge Lösungen gefragt, die einerseits die Rentenversicherung für die Zukunft sichern und andererseits ein Rentenniveau garantieren, das ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht. Der DGB hat dazu wegweisende Vorschläge gemacht, die in den Bundestagswahlkampf gehören. Es geht dabei nicht nur um die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch um die betriebliche Rente, die für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugänglich sein muss. Mischen wir uns ein, damit gute Lösungen auf den Weg kommen.

Erkenntnisreiche Lektüre wünscht

Wolfgang Jäger,
Geschäftsführer und Herausgeber

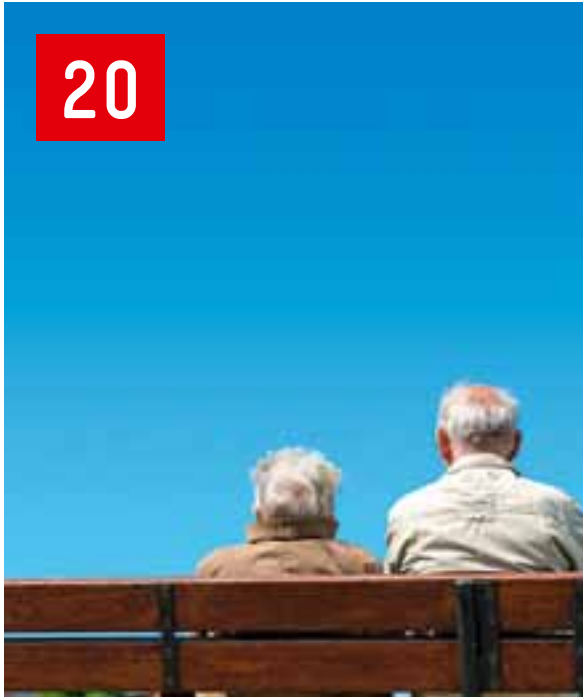
@ wolfgang-jaeger@boeckler.de

Mein Lesetipp

Immer häufiger wird um verkaufsoffene Sonntage gestritten. Nach der Entgrenzung der Ladenöffnungszeiten an den Werktagen soll jetzt auch noch der Sonntag zum Einkaufstag werden. Die rechtlichen Regelungen sind schwammig. Was ver.di dagegen unternimmt, berichtet Andreas Molitor auf den Seiten 28 bis 31.

IN DIESER AUSGABE ...

20



TITELTHEMA: ALTERSVORSORGE

10 Das Sparkonto der Ärmere

Für viele sind die Rentenansprüche das einzige Vermögen: DIW-Wissenschaftler fordern, die gesetzliche Rente zu stärken. Von Bernd Kupilas

14 Was will der DGB, was wollen die Parteien?

Die Rentenkonzepte des DGB und der Parteien im Bundestag. Von Guntram Doelfs und Kay Meiners

18 Gesetzliche Rente in Zahlen

Aktuelle Trends und Prognosen zur Rentenversicherung

20 Damit es zum Leben reicht

Taugt eine Mindestrente zur Bekämpfung der Altersarmut? Wir stellen Konzepte und DGB-Positionen vor. Von Andreas Kraft

ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

24 Nicht mehr das gleiche Unternehmen

Bei der Linde AG führt die vom Management angestrebte Fusion zu heftigen Konflikten mit der Arbeitnehmerseite. Von Carmen Molitor

28 Shopping-Sonntage sind vielfach illegal

Wie ver.di gegen den tausendfachen Rechtsbruch der Sonntagsruhe in den Kommunen kämpft. Von Andreas Molitor

POLITIK UND GESELLSCHAFT

32 „Wir wollen unser Sozialmodell stärken“

Interview: WSI-Direktorin Anke Hassel über die industriellen Beziehungen und Aufgaben für das WSI

37 Netzwerk der Altstipendiaten

Was will die Stiftung mit ihrer Alumni-Arbeit? Von Joachim F. Tornau

40 Wie halten Sie es mit der Mitbestimmung?

Fragen an NRW-Spitzenkandidaten Hannelore Kraft und Armin Laschet

44 Willkommen im Hörsaal!

Hochschulpolitisches Forum im Dialog mit studentischen Flüchtlingsinitiativen. Von Jeannette Goddar

24



Foto: Wolfgang Holoff

32



Foto: Uli Baatz

IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

- 6 AGENDA** Nachrichten, die Sie kennen sollten
- 8 CHECK** Die Zahlen hinter der Zahl
- 9 PRO & CONTRA** Ein Thema, zwei Experten

AUS DER STIFTUNG

- 47 RADAR** Böckler-Tagungen, Böckler-Projekte, Meldungen
- 51 WIR – DIE STIFTUNG** Die Betriebsräte-Befrager



52

Porträt

Altstipendiatin **LISA KOSOK** ist Professorin an der HafenCity und setzt sich für das Kulturerbe ein.

- 54 EVENTS** Termine, die Sie sich merken sollten
- 55 ZUR SACHE** Andrew Watt über Folgen der Brexit-Entscheidung

MEDIEN

- 56 BUCH** Rezensionen, Tipps & Debatten
- 59 DAS POLITISCHE LIED** Palästinensischer Clubsound
- 60 DIGITAL** Links, Apps & Blogs

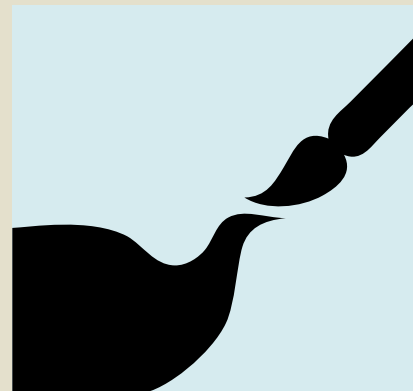


66

RUBRIKEN

- 3 EDITORIAL**
- 62 FUNDSTÜCK**
- 64 LESERFORUM**
- 65 IMPRESSUM/VORSCHAU**
- 66 MEIN ARBEITSPLATZ**

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Schwarzmalerei

Ach, wie viele derzeit Europa lieben lernen und mit ihren Bekenntnissen als leidenschaftliche Europäer um Mitstreiter werben! Auch der pointierte Beitrag von Walther Müller-Jentsch und Otto Jacobi in unserer Magazin-App hat ganz hübsch viele Reaktionen ausgelöst.

„Gegen die Schwarzmalerei“, (so der Titel), ist ein Weckruf an linke Wissenschaftlerkollegen, die Vorteile des deutschen Modells und die der EU nicht durch Permanent-Kritik zu verspielen. Die Kritisierten kontern und werfen sich in ihren sozialen Netzen die Bälle zu: „Zu kurz gesprungen“, „Erzählungen vom sozialen Europa“, „realitätsverweigernder Eurooptimismus“, murren sie.

Von anderen Kollegen und Weggefährten bekamen die Autoren viel zustimmende Ermunterung, aber auch gut begründete Kritik. Kostproben können Sie im Forum auf Seite 64 lesen. Mehr Platz war nicht, sonst wären auch Herrmann Kotthoff dabei und Heide Langguth, Christoph Deutschmann, Hartmut Hirsch-Kreinsen, Nik Simon und Luitpold Rampeltshammer. Den Schwarzmalerei-Beitrag finden Sie unter <http://bit.ly/sozialer-kapitalismus> in unserer App. ■

Foto: Karsten Schöne



CORNELIA GIRNDT ist leitende Redakteurin des Magazins Mitbestimmung.



Foto: Uli Baatz

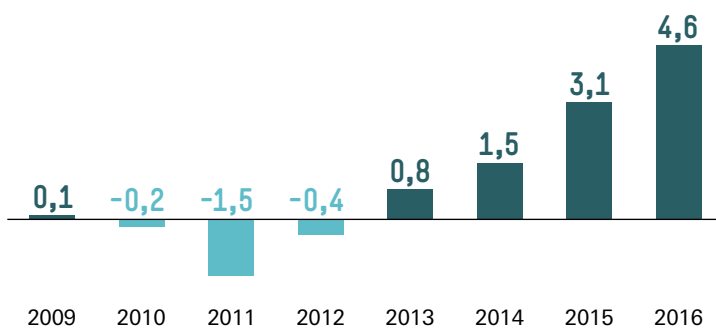
Gegen die Populisten

„Bei allen Defiziten der EU: Lasst uns heute, zum 60. Geburtstag, stolz sein auf ein weltoffenes und friedliches Europa, das die Populisten zerstören wollen“, sagte DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann beim March for Europe in Düsseldorf. Er nannte die EU ein großes Er-

folgsprojekt, räumte gleichwohl ein, dass Wohlfahrtsversprechen brüchig geworden seien. Eine proeuropäische Bürgerbewegung zeigte zum Jahrestag der Römischen Verträge in elf Ländern und 60 Städten Flagge. Der örtliche DGB hatte den March for Europe mitorganisiert. ■

MINDESTLOHNZUWÄCHSE IN DER EU

Nach der Finanzkrise stagnierte der reale Mindestlohn. Jetzt wird kräftig nachgeholt.



Quelle: WSI Mindestlohn Datenbank 2017

IKEA

Dumpinglöhne bei Zulieferern

Die Möbelhauskette IKEA sieht sich Vorwürfen ausgesetzt, skandalöse Arbeitsbedingungen in ihrer Lieferkette zu dulden. „Großunternehmen wie IKEA müssen Verantwortung für die Arbeitsbedingungen ihrer Zulieferer übernehmen“, sagt Noel Coard von der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF). Im März hatten Medien über Speditionen berichtet, die im Auftrag von IKEA unterwegs waren. Fahrer in den Niederlanden und Großbritannien hausten demnach in ihren Lkw oder erhielten nur einen Hungerlohn. In Deutschland scheint es dieses Problem zumindest bei IKEA nicht zu geben. ver.di und der IKEA Global Union Alliance, einem internationalen Verbund von IKEA-Beschäftigten, sind keine derartigen Fälle bekannt. ■

IG-METALL-KAMPAGNE GEGEN MANAGERGEHÄLTER

Aufsichtsräte sollen deckeln

Gemeinsam mit Betriebsräten von sechs DAX-Konzernen hat sich die IG Metall in einem öffentlichen Schreiben gegen eine Festlegung von Vorstandsgehältern durch die Hauptversammlung ausgesprochen. Stattdessen solle der Aufsichtsrat verpflichtet werden, unternehmensspezifische Obergrenzen für die Vergütung der Vorstände festzulegen. „Die Gehälter sind aus dem Ruder gelaufen. Die Festlegung der Vorstandsbezüge ist für uns ein Teil der Mitbestimmung“, sagt Rudolf Luz, Leiter der Abteilung Betriebspolitik bei der IG Metall. Die Erklärung ist nur der erste Schritt eines langfristigen Engagements, für das Luz eine breite Unterstützung erwartet. „Die Haltung gegenüber den ausufernden Bezügen teilen alle Einzelgewerkschaften im DGB.“ ■

GOODYEAR

An die Wand gefahren

Im Kampf gegen die Schließung des Werks Philippsburg der Reifenfirma Goodyear wehrt sich die IG BCE auf originelle Weise. Eindringlich führt sie dem Arbeitgeber vor Augen, was er dem Werk und seinen 900 Angestellten angetan hat: „An die Wand gefahren“, musste Geschäftsführer Jürgen Titz gleich tausendfach lesen. Denn 50 000 Postkarten mit seiner Adresse und diesem Schriftzug hatte die Gewerkschaft im März drucken und als Beileger in Zeitungen und mithilfe von Unterstützern in der Region verteilen lassen. Wie viele dieser Karten schließlich Titz' Postfach verstopft haben und wie sich der Manager, der körbeweise Post bekam, gegen die Flut wehrt, weiß IG-BCE-Sekretär Karsten Rehbein nicht. Doch die Aktion hat die badische Bevölkerung wachgerüttelt. Rehbeins Fazit: „Natürlich kann eine solche Aktion eine drohende Werkschließung nicht allein abwenden. Aber wir haben durch sie eine breite Öffentlichkeit hinter uns gebracht.“ ■



Zehntausende dieser Protestpostkarten bekam der Chef.

WISSEN SIE ...

... dass Beschäftigte in fast allen Bereichen im Unternehmen mitbestimmen wollen? So wünschen sich 74 Prozent der Mitarbeiter in deutschen Firmen neue Zeitmodelle, die eine flexible Anpassung der Arbeitswelt an ihre aktuelle Lebenssituation erlauben. Selbst klassische Arbeitgebenaufgaben wie Gratifikation wollen viele mitübernehmen. Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter will, dass Kollegen für besondere Leistungen persönlich belohnt werden – aus einem Budget, das die Firma jedem Mitarbeiter dafür zur Verfügung stellt. ■

Quelle: ROC Unternehmensberatung

2 MIO.

Euro erhalten 60 Leiharbeiter bei Ford in Köln als Nachzahlung.

Sie hatten vier Jahre lang geklagt, weil ihre Arbeitgeber Zuschläge der Metall- und Elektroindustrie nicht zahlten. Zu Unrecht, entschied das Bundesarbeitsgericht Ende Februar. Die IG Metall sieht einen Präzedenzfall. Tausende Zeitarbeiter können nun Zuschläge nachfordern.

EINE FRAGE, SAMUEL SALZBORN


Foto: Joachim F. Törnau

Bekommen rechte Positionen zu viel Aufmerksamkeit?

Ja. Früher war Konsens: Man spricht zwar über Rassismus, aber nicht mit Rassisten. Heute kann, wer extrem rechte und demokratiefeindliche Positionen vertritt, mit großer Resonanz rechnen – nicht nur in den sozialen Netzwerken, sondern auch in den traditionellen Medien. Das verstärkt ein gesellschaftliches Klima, in dem sich Menschen mit extrem rechten Einstellungen nicht mehr rechtfertigen müssen, sondern als heimliche Mehrheit fühlen könnten – und nicht selten ihrem Denken auch ein Handeln folgen lassen. Deshalb müssen rechte Positionen aus der öffentlichen Debatte wieder ausgegrenzt werden. Sie dürfen nicht als verhandelbar gelten. Denn das Grundgesetz garantiert zwar Dissens, aber nur auf Grundlage des Pluralismus. Und den wollen die Rechten als Feinde der Demokratie abschaffen. ■

SAMUEL SALZBORN ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Göttingen und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.

Brexit – teurer Populismus

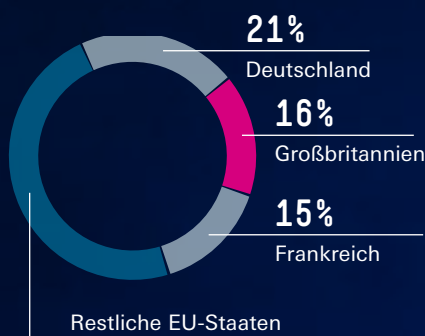
EUROPA Ende März hat Großbritannien den Austritt aus der EU offiziell beantragt. In den kommenden zwei Jahren werden die Modalitäten verhandelt. Was das am Ende für die EU, für Deutschland und Großbritannien bedeuten wird, ist noch völlig offen. Nur eins ist klar: Es wird wehtun.

Von Andreas Kraft

Die EU verliert ihre zweitgrößte Volkswirtschaft.

Der Anteil am BIP der EU lag 2016 bei ...

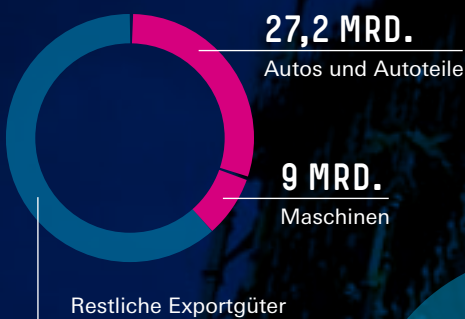
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen



Nach Großbritannien verkaufte Deutschland vor allem ...

Angaben in Euro

Quelle: destatis, März 2017



Welche Zölle für Importe und Exporte fällig werden, ist noch vollkommen offen. Ein Handelsabkommen wäre aber auch im Interesse von Deutschland. Denn am meisten exportierte Deutschland 2016 nach ...

Quelle: destatis, März 2017



FRANKREICH
101
Milliarden Euro

USA
107
Milliarden Euro

Auch für die Briten wird der Brexit schmerzhaft – und zwar schon jetzt. Aufgrund der Ungewissheit werden sich Unternehmen mit Investitionen zurückhalten. Das schwächt die Wirtschaft insgesamt. Das IMK prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von ...

	2016*	2017**	2018**
Deutschland	1,8%	1,6%	1,8%
Großbritannien	1,8%	1,3%	1,3%

* tatsächlich

** Prognose

Quelle: IMK, März 2017

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI EXPERTEN

Brauchen wir für Autobahnen eine privatisierte Infrastrukturgesellschaft?



Foto: HDB

JA.

Das System der Auftragsverwaltung stößt an seine Grenzen. Die Aufgabenteilung, dass der Bund finanziert und die Länder umsetzen, führt dazu, dass Länder Maßnahmen aufgrund ihrer eigenen Interessen vor- oder nachrangig behandeln, teilweise sogar ganz blockieren können. Zudem sind nicht alle Bundesländer in ihrer Verwaltung gleich leistungsfähig – mit Rückwirkungen auf die Verkehrsverhältnisse.

Die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr ist deshalb notwendig, um Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung in einer Hand zusammenzuführen. Das geht nicht, ohne Planung, Finanzierung, Bau und Bewirtschaftung von Deutschlands Autobahnen „in der Hand des Bundes“ zu bündeln. Wenn der Gesellschaft zudem noch die Mautmittel direkt zufließen, ist auch die Finanzierung langfristig gesichert. Für uns geht es also um mehr Organisationseffizienz!

Die aktuelle Privatisierungsdebatte geht völlig am Ziel vorbei. Niemand, auch nicht die Bauindustrie, will eine Beteiligung Privater an der Infrastrukturgesellschaft oder gar eine Privatisierung der Autobahnen. Eine Reform, die für den Straßennutzer eine gut ausgebaute und leistungsfähige Infrastruktur anstrebt, muss auf Projektebene auf die gesamte Breite an Beschaffungsvarianten zurückgreifen dürfen, dazu gehören selbstverständlich auch öffentlich-private Partnerschaften. Um es deutlich zu sagen: Einzelne Beschaffungsformen dürfen nicht von vornherein aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden. ■

MICHAEL KNIPPER ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

NEIN.

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist Gemeinschafts- und damit Staatsaufgabe. Wo wie investiert wird – diese Entscheidungen müssen politischen Prioritäten folgen, nicht privatem Gewinnstreben. Die Infrastruktur wird seit Jahren auf Verschleiß gefahren – auf Kosten von Lebensqualität und Wirtschaftskraft. Allein für die Instandhaltung der Bundesfernstraßen müssten mittelfristig 130 Milliarden Euro ausgegeben werden. Aber unter der Knute der schwarzen Null hat der Personalabbau in den Straßenbauverwaltungen dazu geführt, dass bereitgestelltes Geld nicht ausgegeben wurde. Das neue Rezept der Bundesregierung lautet: Zentralisierung in einer privatrechtlichen Bundesfernstraßengesellschaft – und damit „Privat vor Staat“ – sei effizienter und billiger.

Denn der Bundesfinanzminister will trotz des gewaltigen Investitionsstaus weder die Steuerpolitik ändern noch Kredite aufnehmen. Kombiniert mit der Pkw-Maut droht damit ein Paradigmenwechsel von der Steuer- hin zur Nutzerfinanzierung der Straßen. Und obendrein wird so ein neues Geschäftsmodell für die Privatisierung von Gemeinschaftsaufgaben etabliert. Das lehnen wir ab. Die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Privater an der Infrastrukturgesellschaft muss qua Grundgesetz ausgeschlossen bleiben. Die demokratisch legitimierte öffentliche Hand kann ihre Aufgabe, ihren Einfluss und die Kontrolle über Infrastrukturprojekte optimal nur ausüben, wenn die Gesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet wird. ■

STEFAN KÖRZELL ist Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie von einer privatisierten Infrastrukturgesellschaft? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de

DAS SPARKONTO DER ÄRMEREN

RENTE Lange gearbeitet, mäßig verdient, nicht viel auf der hohen Kante: Viele Menschen haben am Ende ihres Erwerbslebens wenig Vermögen angehäuft. Bis auf ihre Rentenansprüche. Wissenschaftler des DIW fordern deshalb, die gesetzliche Rente zu stärken.

Von **Bernd Kupilas**, Journalist in Köln



Lebensmittelspende
im Berliner Stadtteil
Lichtenrade

Was ist das Rentenvermögen?

Aus Gründen der Verständlichkeit wird in diesem Text der Begriff des Rentenvermögens benutzt, auch wenn es streng wissenschaftlich heißen müsste: Vermögen aus Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme. Rentenvermögen im engeren Sinne beinhaltet noch die private Vorsorge; sie findet sich in den vorliegenden Zahlen aber im Geld- und Sachvermögen wieder. Dem Lesefluss zuliebe verwenden wir dennoch den Begriff Rentenvermögen und bitten, ihn wie erläutert auszulegen. Ähnliches gilt für Begriffe wie Rentenansprüche oder Rentenansprüche. Auch sie benutzen wir aus Gründen der Lesbarkeit. Wo nicht anders vermerkt, sind damit alle Arten von Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme gemeint, also zum Beispiel auch Pensionen etc.

Übliche Berechnungen über die Verteilung von Vermögen gehen so: Wissenschaftler schauen sich an, welche Werte die Menschen angehäuft haben, wie dick das Konto bei der Bank ist oder wie groß das Häuschen oder die Villa, die sie ihr Eigentum nennen. Experten sprechen hier von Geld- und Sachvermögen. Am Ende kommt ein Befund heraus, der wenig verwundert: Das Vermögen in Deutschland ist sehr ungleich verteilt. Die oberen zehn Prozent in der Vermögensverteilung besitzen rund 60 Prozent des Vermögens. Und in dieser Zahl fehlen noch die Multimillionäre und Milliardäre.

Von Geld-, Sach- und Rentenvermögen

Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind nun einen neuen Weg gegangen: In einer Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wurde, haben sie den Begriff des Vermögens erweitert – und betrachten Anwartschaften auf Bezüge im Alter ebenfalls als Vermögen. Das sei legitim, ►

► erklärt Markus Grabka, einer der Leiter des Forschungsprojekts, schließlich seien Rentenanwartschaften mit Geld- und Sachwerten zu vergleichen – wenn auch mit Einschränkungen. Dazu später mehr.

Die Wissenschaftler betrachten also herkömmliche Vermögen und Rentenvermögen – siehe Kasten. Sie nutzten für ihre Untersuchung Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP), einer Art Mini-Volkszählung. Die Berechnung ist die erste ihrer Art für Deutschland.

„Das Ergebnis hat uns erstaunt“, erklärt Sozialwissenschaftler Grabka. Rechnet man Rentenvermögen mit ein, dann „verdoppelt sich das Vermögen im Durchschnitt“, erläutert er. Demnach

Die gesetzliche Rente und der Gini-Koeffizient

Wie wichtig die Rentenansprüche gerade für weniger vermögende Menschen sind, zeigt sich bei einem tieferen Blick in die Zahlen. Die Wissenschaftler schauten dazu auf den sogenannten Medianwert. Das ist jener Wert, der genau in der Mitte der Vermögensverteilung liegt. Das heißt: Die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt weniger als diesen Wert, die andere Hälfte besitzt mehr. Er beträgt 18.000 Euro beim Geld- und Sachvermögen und 59.000 bei den Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme. Das heißt: Ein Mensch aus der Mitte der Vermögensverteilung besitzt dreimal so viel Rentenvermögen wie Geld- und Sachvermögen. Die relative Bedeutung der Rente als Vermögensfaktor ist also deutlich höher als im oberen Bereich der Vermögensverteilung. All diese Berechnungen sind auf einzelne Personen bezogen, nicht auf Haushalte.

Ein noch tieferer Blick in die Zahlen zeigt: Je weiter unten man sich in der Vermögensverteilung bewegt, desto bedeutsamer wird die Rente als Vermögenskomponente. Für die unteren 40 Prozent macht das Rentenvermögen rund 90 Prozent des Gesamtvermögens aus.

Die Studie lässt sich deshalb auch so lesen: Ärmere Menschen können wenig bis nichts ihr Eigen nennen – mit Ausnahme ihrer Rentenansprüche. Das heißt aber auch: Kürzt man Klein- oder Normalverdienern die Rente, nimmt man ihnen Vermögen weg. Die Schlussfolgerung des Wissenschaftlers: „Es ist wichtig, die gesetzliche Rente zu stützen“, sagt Markus Grabka, „wenn nicht sogar, sie auszubauen.“ Denn: „Eine weitere Senkung würde gerade die untere Vermögenshälfte der Bevölkerung treffen.“

In der Betrachtung der DIW-Studie macht die Rente die Welt ein bisschen gerechter. Die Wissenschaftler haben dazu eine in der Volkswirtschaft gängige Kennziffer für Ungleichheit zu Hilfe genommen: den Gini-Koeffizienten. Er zeigt das Ausmaß der Ungleichverteilung an und hat einen Wert zwischen null und eins. Null besagt totale Gleichverteilung, ein Wert von eins totale Ungleichverteilung. Der Gini-Koeffizient für Geld- und Sachvermögen liegt in Deutschland bei einem Wert von knapp 0,8. Bezieht man das Rentenvermögen in die Berechnung mit ein, verändert sich der Koeffizient auf einen deutlich gerechteren Wert von 0,6 Prozent, haben die DIW-Experten ausgerechnet.



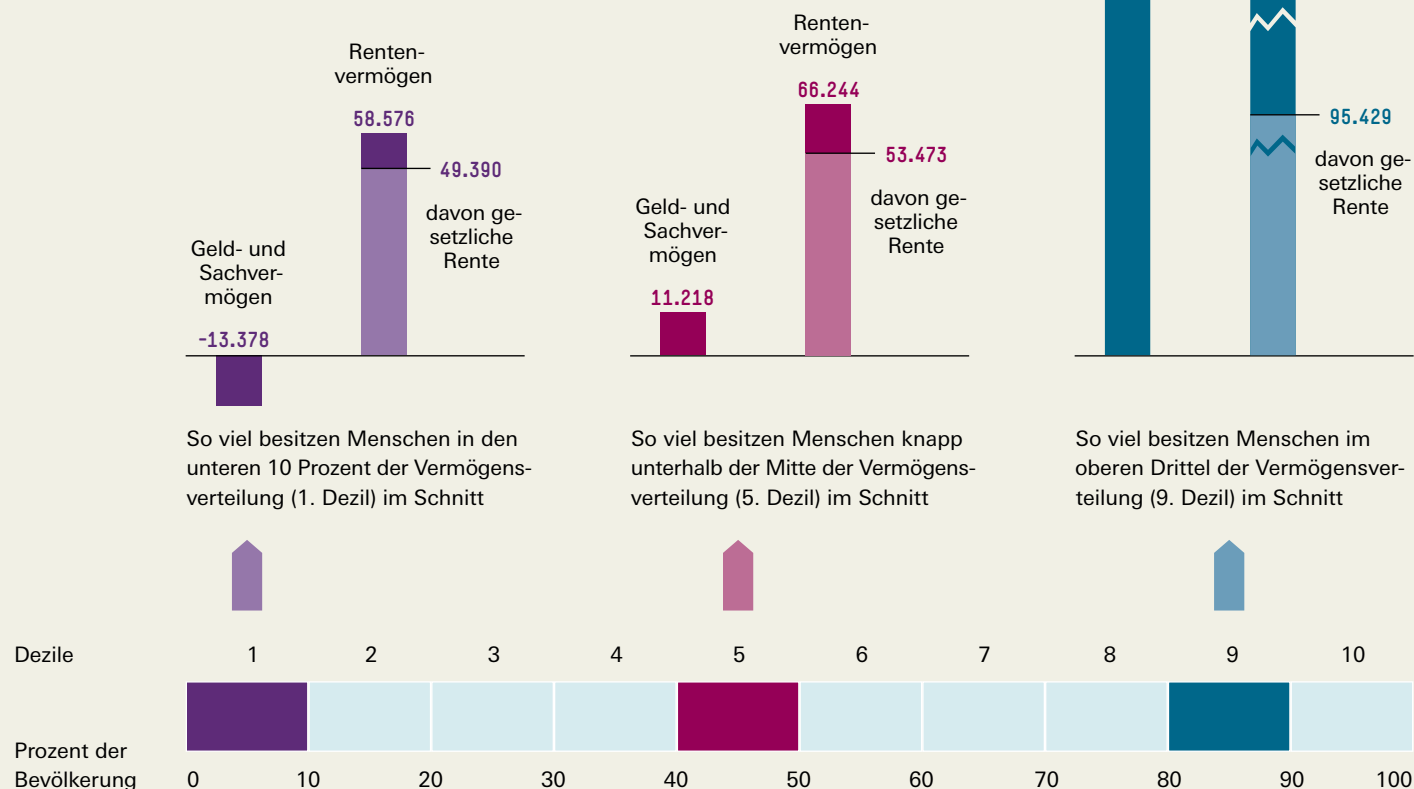
„Die Musik spielt bei der gesetzlichen Rente.“

DIW-Wissenschaftler **MARKUS M. GRABKA**

besitzt ein Bundesbürger im Schnitt rund 85.000 Euro an Geld- und Sachvermögen. Hinzu kommen im Durchschnitt noch einmal gut 91.000 Euro an Ansprüchen auf Bezüge im Alter. Die DIW-Fachleute haben dabei alle Arten von Rentenanwartschaften einberechnet: sowohl die gesetzliche Rente als auch Beamtenpensionen oder die betriebliche Altersvorsorge und die berufsständische Altersvorsorge für Selbstständige.

Die mit Abstand größte Bedeutung kommt dabei der gesetzlichen Rentenversicherung zu, erklärt Markus Grabka. 90 Prozent aller Menschen ab 65 Jahren sind gesetzlich rentenversichert. In der erwerbsfähigen Bevölkerung sind es rund 80 Prozent. Auch zeigt ein Blick auf die Zahlen, wie knapp die gesetzliche Rente im Vergleich zu den Bezügen in anderen Alterssicherungssystemen ausfällt: Im Schnitt erhält ein gesetzlicher Rentner knapp 900 Euro. Ein Beamter bekommt gut 2700 Euro, ein Selbstständiger erhält rund 2100 Euro von seinem Versorgungswerk. Eine betriebliche Altersvorsorge als zusätzliche Stütze der Altersvorsorge bleibt weiterhin einer Minderheit von Beschäftigten vorbehalten.

Je ärmer, desto wichtiger ist das Rentenvermögen



Verteilungspolitischer Anstoß

Zugleich warnen die Wissenschaftler davor, ihre Ergebnisse falsch zu interpretieren. Wissenschaftler Grabka betont: Keinesfalls gehe es darum, den Schluss zu ziehen, „bei der Vermögensverteilung ist alles halb so schlimm – schließlich haben wir die gesetzliche Rente“. Vielmehr gehe es darum, zu zeigen, was verteilungspolitisch passiert, wenn die gesetzliche Rente weiter unter Druck gerät. Zumal das deutsche Rentensystem mit seinem strengen Äquivalenzprinzip – man bekommt heraus, was man eingezahlt hat – wenig tut für eine Umverteilung hin zu den weniger Betuchten.

Auch wenn die DIW-Wissenschaftler Rentenansprüche und gewöhnliches Vermögen zu einem Gesamtvermögen zusammengezogen haben, am Ende ist beides nicht ein- und dasselbe. Ver-

mögen aus Rentenansprüchen seien „kein perfekter Ersatz“ für finanzielle Vermögen und Sachwerte, für das beruhigend gefüllte Bankkonto oder das abbezahlte Haus am See. Schließlich kann man über Rentenanwartschaften nicht frei verfügen, man kann sie nicht verkaufen und auch nicht beleihen. Und vererben kann man sie auch nicht, sieht man von der Witwenrente ab.

Gleichwohl wirft das DIW mit seiner Studie interessante Befunde in die renten- wie in die verteilungspolitische Debatte. In nahezu allen OECD-Staaten gebe es Diskussionen um das Rentensystem, heißt es in der Studie; gerade vor diesem Hintergrund sei es wichtig, Rentenansprüche in die Betrachtung der Vermögensverteilung einzubeziehen. Damit Rentenreformen die Vermögensverteilung nicht noch ungerechter machen. ■

Timm Bönke/Markus M. Grabka/Carsten Schröder/Edward N. Wolff/Lennard Zyska: **The joint distribution of net worth and pension wealth in Germany.** SOEP-Papers des DIW, Nummer 853, 2016. Die Studie kann hier heruntergeladen werden: www.diw.de/soeppapers

Was will der DGB, was wollen die Parteien?

RENTENKONZEPTE Die Gewerkschaften fordern eine radikale Kurskorrektur in der Rentenpolitik. Die Parteien arbeiten noch an ihren Wahlprogrammen. Wir haben zusammengetragen, was bekannt ist.

Von Guntram Doelfs und Kay Meiners



DGB

Der DGB fordert einen grundsätzlichen Kurswechsel in der deutschen Rentenpolitik, um den „politisch gewollten“ Sinkflug beim Rentenniveau zu stoppen. Um den Druck auf die Parteien zu erhöhen, hat der DGB bereits im September 2016 die Kampagne „Rente muss reichen“ gestartet. Wie eine zukunftsorientierte Rentenpolitik aussehen sollte, hat der DGB-Bundesvorstand zuletzt noch einmal am 28. Februar in einem gleichnamigen Beschluss detailliert dargelegt und mit konkreten Berechnungsbeispielen unterfüttert.

Danach stellt auch der DGB das jetzige Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung aus einer umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sowie betrieblicher und privater Altersversorgung nicht grundsätzlich infrage. Allerdings soll die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) wieder deutlich stärker zur dominierenden Säule in der Alterssicherung werden, ergänzt vor allem durch eine Betriebsrente, die vom Arbeitgeber mitfinanziert werden soll.

Eine rein private Vorsorge zum Ausgleich von Rentenlücken hält der DGB hingegen nach den Erfahrungen mit der Riester-Rente für gescheitert.

Zur Finanzierung der zukünftigen Alterssicherung sollen zudem die Arbeitgeber wieder paritätisch in die Rentenkasse einzahlen, die versicherungspflichtige Beschäftigung soll (etwa durch Umwandlung von Minijobs) ausgeweitet und versicherungsfremde Leistungen – etwa die Mütterrente oder die Anpassung der Ost-Renten an das Westniveau – sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Zudem möchte

der DGB den Bundeszuschuss ab den 2020er Jahren sukzessive erhöhen, um aufgrund der ungünstigen demografischen Entwicklung die „Dynamik der Entwicklung des Rentenbeitragsatzes gezielt steuern“ zu können, wie es im Beschluss des Bundesvorstandes heißt.

Langfristig will der DGB die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umwandeln, in die alle Erwerbstätigen einzahlen – auch Selbstständige und Beamte. Das Rentenniveau soll in einem ersten Schritt auf dem heutigen Stand von rund 48 Prozent stabilisiert und in einem weiteren Schritt auf „etwa 50 Prozent“ angehoben werden. Nach dem Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, dem Einsatz von mehr Steuermitteln und flankierenden Maßnahmen am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftspolitik ist es laut DGB damit möglich, den Beitragssatz bis in die 2040er Jahre bei bis zu 25 Prozent (Rentenniveau: 48 Prozent) oder 26 Prozent (Rentenniveau: 50 Prozent) zu halten. Mit einer gerechten Steuerpolitik „ist dies aus unserer Sicht leistbar, ohne jemanden zu überfordern“, schreibt die DGB-Spitze in ihrem Beschluss.

Diskussionen um Erhöhungen der Regelaltersgrenze lehnt der DGB vehement ab. Vorstandsmitglied und Rentenexpertin Annelie Buntentbach erinnert regelmäßig daran, dass bei der aktuellen Rechtslage trotz Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre das Rentenniveau weiter sinke. Es gelte also, das Rentenniveau zu heben – und nicht das Alter. Zudem würden schon heute viele Beschäftigte gar nicht das Eintrittsalter von 65 Jahren erreichen. Zum Konzept des DGB gehört auch, die Renten wegen Erwerbsminderung zu verbessern, indem die bisherigen Abschläge dort gestrichen werden. ■

Kampagnenseite des DGB
rente-muss-reichen.de/

Die CDU und ihre bayerische Schwesterpartei CSU haben noch keine rentenpolitischen Positionen für den Bundestagswahlkampf festgelegt. Dies soll erst mit der Verabschiedung des gemeinsamen Wahlprogramms im Juli geschehen. Derzeit gibt es nicht nur innerhalb der CDU stark unterschiedliche Strömungen bei Rentenfragen, etwa zwischen dem Arbeitnehmer- und dem Wirtschaftsflügel der Partei. Auch zwischen CSU und CDU gibt es unterschiedliche Positionen, zum Beispiel bei der Mütterrente, die CSU-Chef Seehofer gern ausweiten möchte. Bislang gibt es nur grundsätzliche rentenpolitische Überlegungen, wie sie der CDU-Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales im September 2016 mit seinem Beschluss „Generationengerechtigkeit stärken – Vertrauen sichern“ zur Diskussion stellte.

Die Union präferiert auch für die Zukunft weiterhin das Drei-Säulen-Modell mit der gesetzlichen Rentenversicherung als tragender Säule. Die betriebliche und die private Altersvorsorge sollen „reformiert“, die kapitalgedeckte Altersvorsorge soll trotz der aktuellen Probleme durch die Niedrigzinsphase weiter gestärkt und gefördert werden.

Eine rein aus Steuermitteln finanzierte Altersvorsorge lehnt die CDU ab. Beim Rentenniveau und der Höhe des Rentenbeitragsatzes gibt es bislang keine Festlegung; in dem Beschluss sichert die Union lediglich zu, dass es auch über das Jahr 2030 hinaus weiter ein Mindestrentenniveau geben soll. Grundsätzlich soll gelten, dass Arbeitnehmer, die ein Leben lang durchschnittlich eingezahlt haben, eine

Rente erhalten, die „sicher“ über dem Grundsicherungsniveau liegen soll. Allerdings müsse „die Solidargemeinschaft der Beitragszahler auch über 2030 hinaus vor finanzieller Überforderung geschützt“ und Generationengerechtigkeit sichergestellt werden, heißt es. Die Aussagen zum Renteneintrittsalter nach 2030 sind wenig konkret, deuten aber bereits eine Erhöhung über 67 Jahre hinaus an. „Eine regelhafte Anpassung des Renteneintrittsalters über 2030 hinaus ist mit Bedacht zu prüfen. Dabei wären die Veränderung der ferneren Lebenserwartung und die Entwicklung der Arbeitsfähigkeit zum Ausgangspunkt zu nehmen.“ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat unterdessen längst eine weitere Erhöhung auf 70 Jahre gefordert.

Auch die Union will zukünftig Selbstständige zur Altersvorsorge verpflichten. Jedoch soll ihnen die Wahl zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und „anderen geeigneten Vorsorgearten“ gelassen werden. Die von der Koalition vereinbarte Flexi-Rente soll weiter ausgebaut werden. Bei den Erwerbsminderungsrenten sind „weitere, spürbare und zielgenaue Verbesserungen“ gewünscht. In welcher Höhe und wie genau die Verbesserungen aussehen könnten, sagt das Rentenpapier nicht, da Details in dieser Frage derzeit in der Partei kontrovers diskutiert werden.

Generationengerechtigkeit stärken – Vertrauen sichern. Anforderungen an eine Reform der Alterssicherung. Beschluss des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales vom 5. September 2016 bit.ly/rente-cdu



Das Wahlprogramm soll erst auf dem SPD-Bundesparteitag am 25. Juni 2017 beschlossen werden. Aus diesem Grund gibt es ebenso wie bei CDU und CSU noch keine offiziellen Positionen, sondern lediglich „programmatische Überlegungen“ und Positionen, die sich in bestimmten Aspekten unterscheiden. Zudem hat Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) der Öffentlichkeit ein eigenes Rentenkonzept vorgestellt. Grundsätzlich will die SPD beim jetzigen Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung aus einer umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sowie betrieblicher und privater Altersversorgung bleiben, will die Alterssicherung aber zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen. In welchem Zeitraum das geschehen soll, sagt sie nicht.

Generell will die SPD das Rentenniveau stabil halten. Für den Beitragssatz, der bis 2030 gesetzlich bei 22 Prozent gedeckelt ist, sei das Ziel, „dass er danach nicht über 25 Prozent liegt“, so die Partei. Andrea Nahles möchte nach ihrem Konzept – was vom Koalitionspartner CDU so abgelehnt wird – bis 2045 eine doppelte Haltelinie festlegen: mit einem Rentenniveau von mindestens 46 Prozent und einem Rentenbeitragssatz von nicht mehr als 25 Prozent. Grundsätzlich strebt auch sie ein Rentenniveau von 48 Prozent an bei einem Beitragssatz von maximal 24 Prozent. Mehrere Politiker vom linken Flügel der Partei rufen aber dazu auf, im Wahlkampf ein Rentenniveau von mindestens 50 Prozent und ein Ende der Riester-Rente zu verlangen.

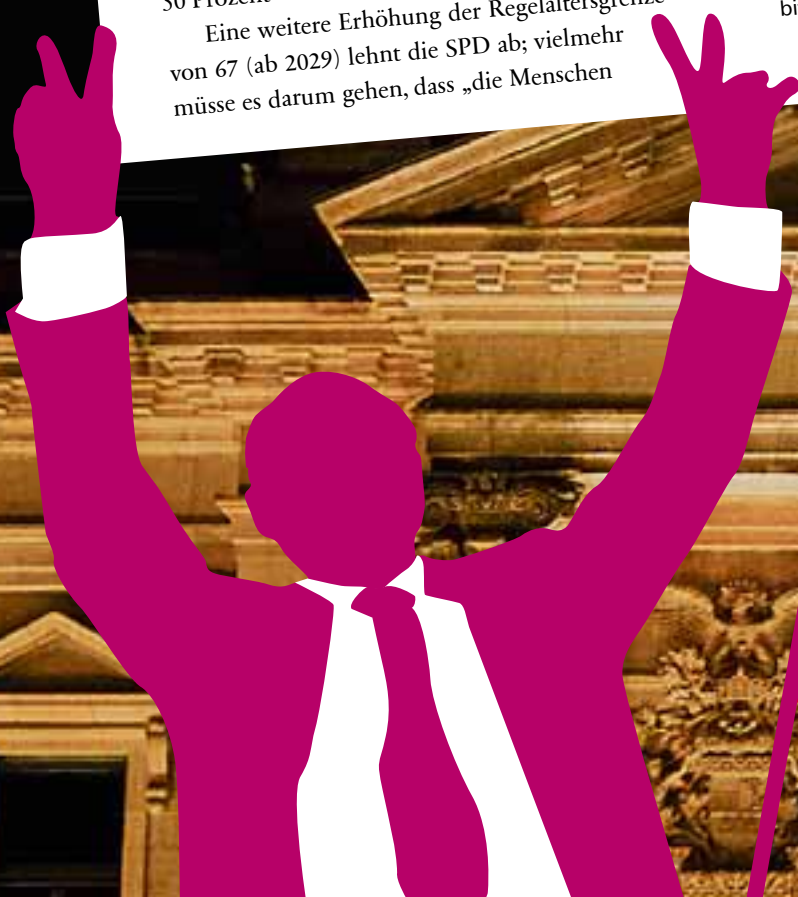
Eine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze von 67 (ab 2029) lehnt die SPD ab; vielmehr müsse es darum gehen, dass „die Menschen

gesund und leistungsfähig die Regelaltersgrenze erreichen können“. Um Altersarmut bei Niedrigverdienenden zu verhindern, sollen Solo-Selbstständige schon bald in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen; für langjährig einzahlende Geringverdiener ist weiterhin eine Solidarrente (auch Lebensleistungsrente) geplant, die – obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart – in einem ersten Anlauf am Widerstand des Bundesfinanzministeriums gescheitert ist. Laut Andrea Nahles sollen diese Beschäftigten mindestens eine Rente von zehn Prozent über der regionalen Grundsicherung bekommen, wenn sie 35 Jahre Beiträge gezahlt haben. Ferner sollen auch die Erwerbsminderungsrenten steigen. Einen ersten Schritt plant die Arbeits- und Sozialministerin bereits: Sie will ab 2018 die Zurechnungszeiten bis 2024 um insgesamt drei Jahre erhöhen, was laut übereinstimmenden Medienberichten jedem neuen Erwerbsunfähigen rund 50 Euro mehr pro Monat bringen würde.

Eine rein aus Steuermitteln finanzierte Alterssicherung lehnt die SPD ab. Gleichwohl sind die angestrebten Standards bei Rentenniveau, Beitragssatz, Erwerbsminderung und Solidarrente ab 2030 ohne weitere Steuerzuschüsse nicht zu finanzieren. Andrea Nahles will deshalb ab diesem Zeitpunkt einen sogenannten Demografiezuschuss aus Steuermitteln einführen, der bis 2040 auf 2,5 Prozent der Rentenausgaben anwachsen soll. Geschätzte Mehrausgaben allein dafür: 7,7 Milliarden Euro jährlich.

Rentenpolitische Positionen der SPD
bit.ly/rente-spd

Anmerkung: Wir haben uns auf die im Bundestag vertretenen Parteien beschränkt.



DIE LINKE.

Die Partei präferiert das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung mit einer starken gesetzlichen Rentenversicherung im Zentrum. Grundsätzlich strebt sie eine Bürgerversicherung an, in die auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete einzahlen sollen. Konkrete Termine dafür gibt es nicht. In einem ersten Schritt sollen alle nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbezogen werden. Beim Rentenniveau und beim Beitragssatz scheut die Partei konkrete Zahlen. Das Rentenniveau solle nicht weiter sinken, Niveau und Beitragssatz müssten in einem angemessenen Verhältnis stehen, heißt es. Im Rentenkonzept wird eine Richtgröße formuliert, wonach die Standardrente auch nach 2025 mindestens 50 Prozent über der Grundsicherung liegen soll. Die Regelaltersgrenze von 67 Jahren wird nicht infrage gestellt. Starre Altersgrenzen lehnen die Grünen ab. „Grundsätzlich sollte jede Person selbst entscheiden können, wann und wie sie in den Ruhestand wechselt“, heißt es. Die Partei will flexible Altersteilzeit ab 60 Jahren. Rentner sollen nicht nur zuverdienen, sondern damit auch ihre Rente erhöhen können. Für alle, die 30 rentenversicherungspflichtige Jahre vorweisen können, soll es eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb der Grundsicherung geben. In deren Genuss sollen auch Personen kommen, die Kinder erzogen, andere gepflegt oder sonstige Anwartschaften erworben haben. Die Erwerbsminderungsrente soll steigen. Leistungen wie die Mütterrente oder andere gesamtstaatliche Aufgaben sollen aus Steuern bezahlt werden. ■

Rentenpolitische Positionen der Grünen

bit.ly/rente-gruene

Abschlussbericht der Grünen Rentenkommission (Stand Mai 2016)

bit.ly/abschlussbericht-gruene

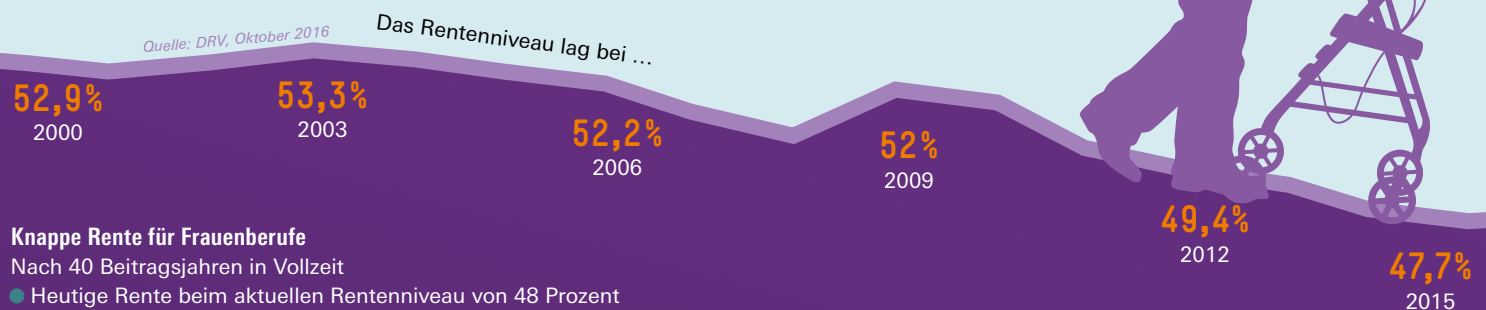
Im Januar 2017 hat die Linke ein Konzept vorgestellt, das am radikalsten eine Rückkehr zum Primat einer Lebensstandardsicherung im Alter propagiert. Sie fordert einen massiven Umbau des Drei-Säulen-Modells zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Staat soll die private Altersvorsorge nicht mehr fördern. Geleistete Eigenbeiträge für die Riester-Rente oder private Vorsorge sollen in die gesetzliche Rente überführt werden können. Die Partei plädiert zudem für einen Umbau der Alterssicherung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch alle Freiberufler, Selbstständige, Beamte und Abgeordnete einzahlen sollen. Die Partei fordert eine dauerhafte Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent. Zahlen zum Beitragssatz nennt die Partei nicht. Die Rente mit 67 lehnt die Linke strikt ab. Sie fordert eine Rückkehr zum Regeleintrittsalter von 65 Jahren und will perspektivisch Versicherten mit 40 Beitragsjahren bereits mit 60 Jahren einen abschlagsfreien Zugang in die Rente ermöglichen. Eine „solidarische Mindestrente“ soll dafür sorgen, dass kein Mensch im Alter von weniger als 1050 Euro netto leben muss. Erwerbsminderungsrenten unter diesem Satz werden mit Steuerzuschüssen entsprechend angehoben; zudem werden für Langzeitarbeitslose (ALG II) wieder Beiträge in Höhe eines halben Durchschnittsverdienstes in die Rentenversicherung eingezahlt – finanziert aus Steuermitteln. Weiter sieht das Konzept vor, die Altersteilzeit an die „Bedürfnisse der Beschäftigten“ anzupassen und Altersteilzeit zu fördern. ■

Website von Matthias Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Linken und einer der Hauptautoren des linken Rentenkonzepts (dort auch ein Link zum rentenpolitischen Antrag der Linken im Bundestag (Drucksache 18/10891 vom 18.01.2017))
bit.ly/rente-linke

Gesetzliche Rente in Zahlen

INFOGRAFIK Die Rentenversicherung ist der zentrale Baustein bei der Altersvorsorge. Wir zeigen aktuelle Trends und Prognosen.

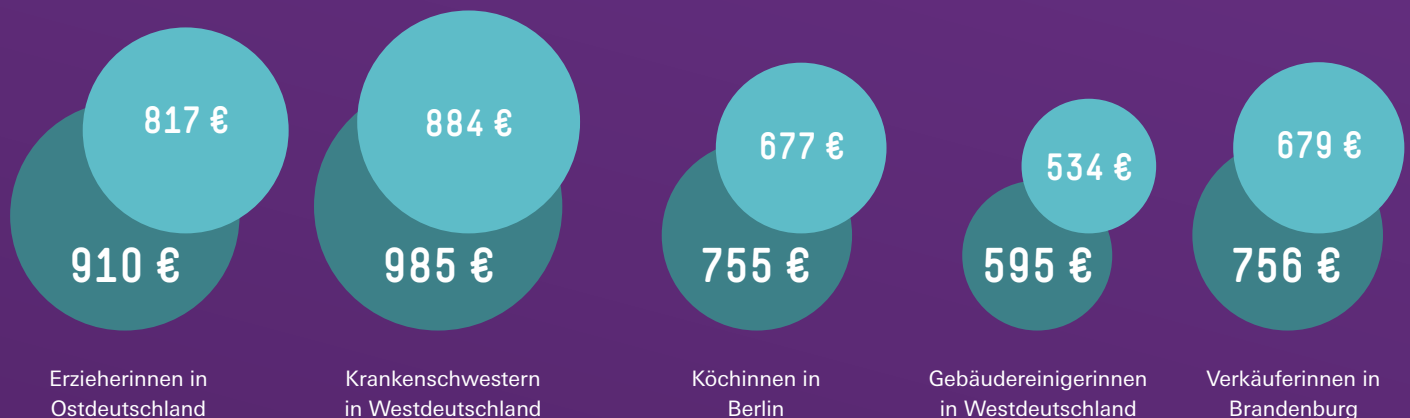
Von **Andreas Kraft**



Knappe Rente für Frauenberufe

Nach 40 Beitragsjahren in Vollzeit

- Heutige Rente beim aktuellen Rentenniveau von 48 Prozent
- Modellrechnung: läge das Rentenniveau schon jetzt bei 43%



Quelle: DGB, 2016

Die Rente mit 67 braucht auch psychische Gesundheit

Ein Blick auf die 172 921 Erwerbsminderungsrenten, die 2015 gezahlt wurden, zeigt, dass psychische Erkrankungen heute weit häufiger zur Erwerbsminderung führen als Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems. Damit die Beschäftigten bis 67 durchhalten, müssen Wirtschaft und Politik die Arbeitsbedingungen weiter verbessern und auch auf die Psyche der Beschäftigten achten.

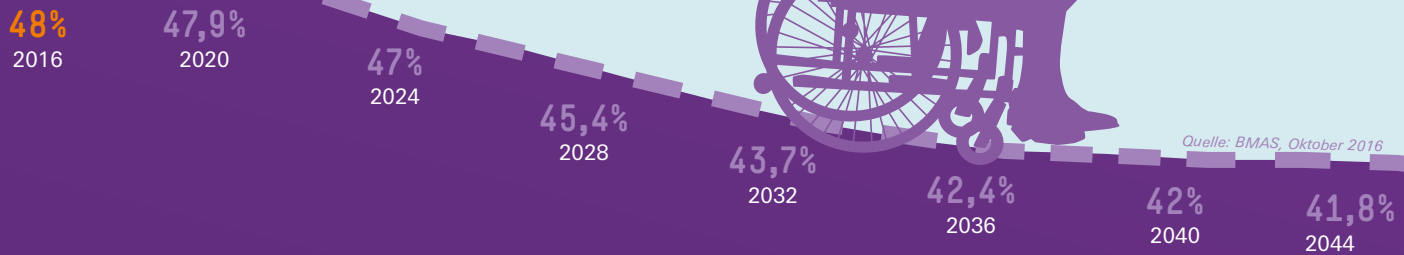
So viele Menschen bekamen eine Erwerbsminderungsrente zugesprochen wegen einer Erkrankung ...



Quelle: DRV, Oktober 2016

Die Renten im Sinkflug

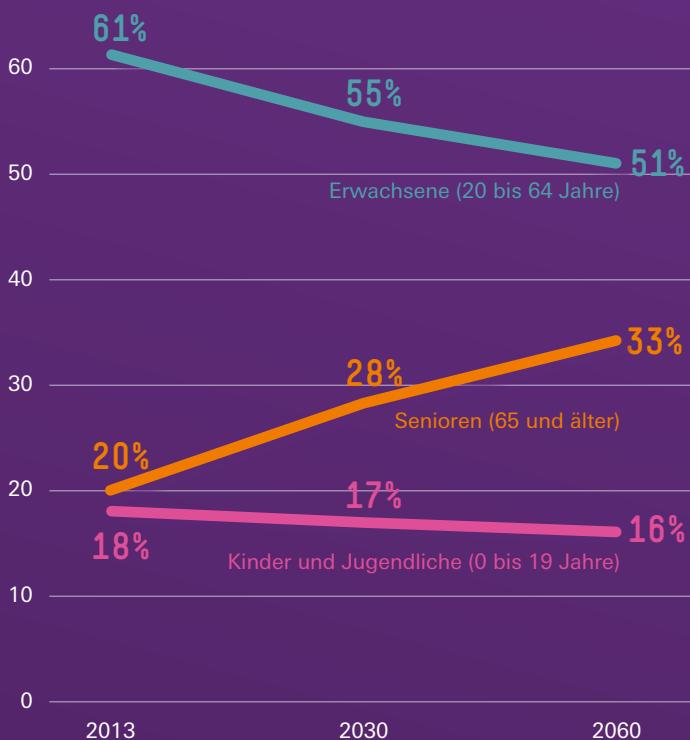
Nach den Berechnungen des Bundessozialministeriums liegt das Rentenniveau künftig bei ...



Illustrationen: shutterstock

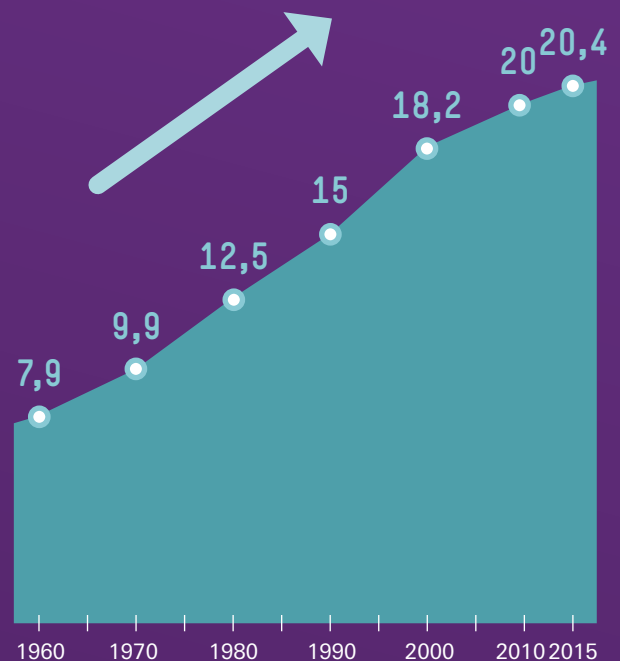
Immer mehr Ältere

Anteil der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung in Prozent



Immer mehr Rentner

So viele Rentner gab es in den alten Bundesländern (in Millionen)



Damit es zum Leben reicht

MINDESTRENTE Eine untere Grenze kennt das Rentensystem nicht. In der Debatte um Altersarmut gibt es daher immer wieder den Vorschlag, langjährig Versicherten eine Mindestrente zuzusichern, die über dem Existenzminimum liegt.

Von **Andreas Kraft**, Journalist in Bamberg



Viel hat sich geändert, seit Reichskanzler Otto von Bismarck im Jahr 1889 die gesetzliche Rente einführte. Eines aber ist gleich geblieben: Eine Mindestrente gibt es nicht. Wem am Ende des Arbeitslebens die Rente zum Leben nicht reicht, der muss ALG II beantragen. Mit etwas Glück kann man das Haus behalten, das Auto ist aber ziemlich sicher weg. Kein Wunder, dass die Politik das Thema Mindestrente immer wieder für sich entdeckt. Seit Jahren werden zahlreiche Konzepte diskutiert.

Ursula von der Leyen (CDU) nannte es „Zuschussrente“, bei ihrer Nachfolgerin Andrea Nahles (SPD) hieß es zunächst „solidarische Lebensleistungsrente“ und jetzt „gesetzliche Solidarrente“. 2016 traf sich Nahles mit Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften zu insgesamt drei Rentengipfeln, um zahlreiche Reformen zu diskutieren. Nach der letzten Gesprächsrunde im Spätherbst verschwand das Mindestrentenkonzept der Großen Koalition in der Schublade und wurde kurzerhand durch ein neues ersetzt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf gibt es bis heute nicht. Dabei hatte die Regierung versprochen, bis Juli 2017 eine Mindestrente einzuführen.

Das zentrale Problem: Das Rentenniveau sinkt

Beim DGB sieht man weniger die zeitlichen Verzögerungen kritisch, vielmehr sorgt man sich, die Diskussion drohe die generellen Probleme im Rentensystem zu verdecken. „Das Thema Mindestrente ist wichtig, aber manchmal bekommt man den Eindruck, dass Teile der Arbeitgeber und der Bundesregierung das gezielt immer wieder nach vorne stellen“, sagt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die bei den Rentengipfeln dabei war. „Sie wollen davon ablenken, dass die Renten allgemein im Sinkflug sind. Die Arbeitgeber wollen natürlich, dass die Rentenbeiträge weiterhin niedrig bleiben.“

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2004 der Rentenformel den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor hinzugefügt. Die Idee dahinter: Wenn immer mehr Rentner auf immer weniger Beitragszahler kommen, stößt das System irgendwann an eine Grenze, und die Rentenbeiträge gehen durch die Decke. Wenn die Löhne dann nicht entsprechend steigen, bleibt den Arbeitnehmern immer weniger zum Leben. Der Unmut



„Wer jahrelang wenig verdient und eingezahlt hat, muss wenigstens so viel herausbekommen, dass er am Ende nicht zum Sozialamt muss.“

ANNELIE BUNTENBACH, Rentenexpertin im DGB-Bundesvorstand

könnte so groß werden, dass das ganze System infrage stünde. Der Nebeneffekt für die Arbeitgeber: Die Deckelung der Rentenbeiträge hält die Bruttolöhne unten, und damit die Kosten für die Unternehmen. Doch die Idee hat einen entscheidenden Nachteil: Die Renten befinden sich im Sinkflug, denn mit dem Nachhaltigkeitsfaktor fällt das Rentenniveau.

Das Rentenniveau definiert, wie viel Prozent des aktuellen Durchschnittslohns der Durchschnittsrentner bekommt – eine fiktive Person, die 45 Jahre lang immer genau den Durchschnittslohn bekommen und entsprechend Beiträge gezahlt hat. Im Jahr 2005 bekam er noch gut 53 Prozent des Durchschnittslohns als Rente, heute sind es knapp 48 Prozent, und in etwa zehn Jahren wird das Rentenniveau bei 43 Prozent liegen. Für den DGB liegt darin das zentrale Problem. Die Gewerkschaften machen sich daher seit Jahren dafür stark, das Rentenniveau stabil zu halten und im nächsten Schritt wieder anzuheben.

Haltelinie: Den Gang zum Sozialamt verhindern

Denn wenn das Niveau immer weiter sinkt, droht immer mehr Menschen gerade in der unteren Mittelschicht im Alter der soziale Abstieg. „Trotzdem müssen wir auch an die Menschen denken, denen jetzt schon zu wenig zum Leben bleibt“, sagt Buntenbach. „Wer jahrelang einge- ➤

Die Geschichte der Mindestrenten-Modelle – und ein alternativer DGB-Vorschlag

Zuschussrente (CDU/FDP-Koalition, 2009–2013)

Im Jahr 2012 schlug die damalige Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Zuschussrente vor: Im Kern sollten die Beitragszeiten höher bewertet werden. Die Ansprüche derjenigen, die sich um Kinder oder Angehörige gekümmert haben, werden um 150 Prozent aufgewertet; die Ansprüche der übrigen um 50 Prozent. Nach oben soll es aber einen Deckel bei 30 Entgeltpunkten geben.

Voraussetzung für die Zuschussrente sind zunächst 40 Versicherungsjahre (dazu zählen auch Schule und Studium) und 30 Beitragsjahre. Zudem müssen die Empfänger bedürftig sein. Daher wird die Zuschussrente so begrenzt, dass Verheiratete maximal auf ein Haushaltseinkommen von 1700 Euro kommen. Einkommen aus privater Altersvorsorge werden dabei nicht angerechnet. Ab 2019 soll eine private Altersvorsorge eine Bedingung für den Erhalt der Zuschussrente sein. 2013 hätten von der Zuschussrente 25 000 Rentner profitiert. Die Zahl der Empfänger würde laut den Berechnungen des Ministeriums bis 2030 auf 1,4 Millionen steigen.

Das Konzept fand in der Koalition keine Zustimmung. Die FDP störte sich vor allem daran, dass die Zuschussrente aus den laufenden Beiträgen der Versicherten finanziert werden sollte. Aber auch einer Steuerfinanzierung stand die Partei kritisch gegenüber. Gegenwind kam auch aus Teilen der Union.

Solidarische Lebensleistungsrente (Große Koalition, ab 2013)

Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition einigten sich SPD und Union darauf, eine überarbeitete Version der Zuschussrente auf den Weg zu bringen. Im Lauf der Diskussion wurde die Idee konkretisiert: Die Rente wird auf 30 Entgeltpunkte aufgestockt. Voraussetzung sind zunächst 35 Beitragsjahre, ab 2024 dann 40 Beitragsjahre. Zudem müssen die Rentner privat vorgesorgt haben. Nach Berechnungen der Bundesregierung hätte die Rente 2014 im Westen bei 760 Euro und im Osten bei 700 Euro gelegen. Finanziert wird sie über einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt an die Rentenkasse.

Vor allem bei jungen Unionspolitikern wurde Kritik laut: Die Lebensleistungsrente würde nicht den Richtigen helfen. Es würden auch Versicherte bessergestellt, die aufgrund ihres hohen Haushaltseinkommens gar nicht bedürftig seien. Gerade an den wirklich Bedürftigen ginge sie vorbei, weil die meist gar nicht so viele

Beitragsjahre zusammenbekommen würden. Als Alternative schlugen sie vor, die Grundsicherung im Alter zu „entstigmatisieren“. Inzwischen ist das Konzept, das eigentlich ab Juni 2017 gelten sollte, vom Tisch.

Gesetzliche Solidarrente (Bundesministerium für Arbeit und Soziales/SPD, 2017)

Zu niedrige Renten werden so aufgestockt, dass sie zehn Prozent über dem regionalen Existenzminimum liegen. In den Genuss der Solidarrente kommt nur, wer 35 und ab 2023 40 Jahre Beiträge gezahlt hat. Dabei sollen Auszeiten für Kinder, Pflegebedürftige oder wegen Arbeitslosigkeit angerechnet werden.

Der Reiz des Modells liegt darin, dass der Gang zum Sozialamt entfällt. Zudem werden die Ehepartner weniger in die Pflicht genommen, es kann mehr Vermögen behalten werden, und die Rentner müssen weniger offenlegen als die Bezieher von Grundsicherung. Vor allem in Regionen, in denen die Lebenshaltungskosten besonders hoch sind, könnten von der Regelung relativ viele Rentner profitieren. Aufgrund hoher Mieten liegt in München das Existenzminimum derzeit etwa bei 1100 Euro. Erzieherinnen, Köche, Gebäudereiniger oder Verkäufer erzielen auch nach 40 Beitragsjahren in Vollzeit nicht eine derart hohe Rente.

Rente nach Mindestentgeltpunkten (DGB, 2017)

Niedrige Löhne werden rententechnisch um bis zu 50 Prozent bessergestellt als bisher. Für ein Beitragsjahr gibt es dann bis zu 0,75 Entgeltpunkte. Voraussetzung ist, dass 35 Jahre rentenrechtlich anrechenbar sind, was Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung einschließt. Im Westen entspräche dies nach 40 Jahren aktuell einer Rente von gut 810 Euro, die Sozialabgaben schon abgezogen. Eine Bedürftigkeitsprüfung gäbe es nicht, aber einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt an die Rentenkasse.

Dafür würden von der Regelung relativ viele Rentner profitieren. Denn auch die Rente derjenigen würde steigen, die nur für manche Beitragsjahre sehr wenige Entgeltpunkte auf ihrem Rentenkonto verbuchen konnten – etwa weil sie einige Jahre Teilzeit gearbeitet haben, um Kinder oder Angehörige zu betreuen. Zudem ist für das Modell keine große Reform nötig. Denn für Beschäftigungszeiten vor 1992 gilt diese Regelung bereits. Man müsste die bestehenden Regelungen also nur auf die Zeit nach 1992 ausweiten.

► zahlt und wenig verdient hat, muss am Ende wenigstens so viel herausbekommen, dass er nicht zum Sozialamt muss.“ Der DGB schlägt für diese Fälle vor, besonders niedrige Entgeltpunkte um 50 Prozent aufzuwerten.

Der Durchschnittsrentner bekommt für ein Beitragsjahr genau einen Entgeltpunkt. Der DGB fordert, dass niedrige Löhne so auf bis zu 0,75 Entgeltpunkte pro Beitragsjahr erhöht werden. Denn am Ende des Arbeitslebens sind die Entgeltpunkte der entscheidende Faktor für die Höhe der individuellen Rente. Die gesammelten Entgeltpunkte werden addiert und mit dem Betrag multipliziert, den ein Punkt gerade wert ist. Aktuell sind das etwas mehr als 30,45 Euro im Westen und 28,66 im Osten.

Aktuelle Statistiken legen nahe, dass die Zahl der Menschen, deren Rente zum Leben nicht reicht, stark zunehmen wird. Niemand kann exakt vorhersagen, wie viele das sein werden. Aber die Zahl der Menschen, die zwar eine Rente bekommen, aber trotzdem Grundsicherung im Alter beantragen müssen, hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt. Im Dezember 2015 bezogen fast 415 000 Rentner zusätzlich Grundsicherung. Fast 60 Prozent waren Frauen. Sie unterbrechen häufiger ihr Erwerbsleben oder arbeiten in Teilzeit, um sich um Kinder oder pflegebedürftige Eltern zu kümmern.

Von Österreich lernen?

Die Politik diskutiert daher intensiv, wie man geringere Renten auf ein vernünftiges Niveau bringen kann. „Die Frage ist dabei immer, wer von den Maßnahmen profitiert und auch profitieren soll“, sagt Florian Blank, Rentenexperte am WSI der Hans-Böckler-Stiftung. Eine geringe Rente aus der Rentenversicherung, so Blank, sei nicht notwendig mit Altersarmut gleichzusetzen. Schließlich könne sie durch weitere Einkommensquellen ergänzt werden – etwa durch die Rente des Lebenspartners, Immobilienbesitz oder eine Lebensversicherung. Man müsse deshalb genau schauen, ab wann die Renten wie aufgestockt werden: „Wenn aus vielen Jahren vollzeitnaher Erwerbsarbeit nur eine geringe Rente folgt, ist das auf jeden Fall ein Problem“, sagt er.

Blank empfiehlt einen Blick nach Österreich. Dort wird die Rente, sofern 15 Versicherungsjahre



Foto: Bernd von Jureczka/dpa

DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach auf der rentenpolitischen Tagung des DGB im Herbst 2016: Sinkflut der Renten stoppen

vorliegen, mit einem Ausgleichsbetrag auf gut 890 Euro aufgestockt. Dabei werden andere Einkünfte und das Einkommen des Partners berücksichtigt, Vermögen wird nicht angerechnet. Wer 30 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, kommt sogar auf ein Einkommen im Alter von 1000 Euro. Zudem werden Renten in Österreich nicht nur zwölf, sondern 14-mal im Jahr ausbezahlt.

Interessant am österreichischen Rentensystem ist aber nicht nur die Absicherung nach unten, sondern auch das höhere Rentenniveau. Im Jahr 2013 kamen männliche Neu-Rentner mit langen Erwerbskarrieren in Deutschland auf eine Rente von 1050 Euro, in Österreich waren es 1560 – bei 14 Auszahlungen. Vor gut 15 Jahren hat Österreich bei der Rentenreform einen anderen Weg eingeschlagen als Deutschland. „Ein Richtungswechsel in der deutschen Rentenpolitik wäre wünschenswert“, sagt Blank. „Das würde vielen Rentnern zugutekommen und wäre ein Baustein gegen Altersarmut.“

Die höheren Renten in Österreich werden mit höheren Beiträgen bezahlt. Während bei uns die Rentenbeiträge derzeit bei 18,7 Prozent liegen, sind es in Österreich seit den 1980er Jahren 22,8 Prozent. Dafür werden die Österreicher aber nicht in die private Altersvorsorge gedrängt. ■



NICHT MEHR DAS GLEICHE UNTERNEHMEN

AUFSICHTSRAT Die Konzernspitze der Linde AG will mit dem US-amerikanischen Konkurrenten Praxair fusionieren. Betriebsräte und Gewerkschafter befürchten den Verlust der deutschen Mitbestimmungsrechte. Denn der Firmensitz könnte bald schon in Irland liegen.

Von **Carmen Molitor**, Journalistin in Köln – Fotos **Wolfgang Roloff**

Als der IndustriegasHersteller und Anlagenbauer Linde aus München Anfang März die Geschäftszahlen von 2016 veröffentlichte, hörten Börsenprofis, was ihnen längst bekannt war: Die Linde AG liefert. Sie hat ihre Wachstumsziele erreicht, die Konzernmarge stieg, die Dividende wuchs. Eine stetige, solide Entwicklung. „Zu langweilig“, urteilten die Analysten und rieten: „Kein Kauf!“

Linde, seit 2008 in „The Linde Group“ umbenannt, geht es gut. Knapp 17 Milliarden Euro Umsatz erzielte der Konzern 2016 weltweit. Er hat 60 000 Beschäftigte in mehr als 100 Ländern, davon allein 8000 in Deutschland. Aber Renditen können immer noch besser sein, Dividenden noch höher steigen. Um das zu erreichen, will die Konzernspitze mit dem US-amerikanischen Konkurrenten Praxair fusionieren.

Die Mitbestimmung würde verloren gehen

Ob es so kommt, entscheidet sich formell erst im Mai bei einer Aufsichtsratssitzung, aber die Verhandlungen sind weit fortgeschritten. Den geplanten Merger, der die Augen der Börsenanalysten wieder zum Strahlen bringen könnte, halten Betriebsräte und Gewerkschafter der beiden im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften IG BCE und IG Metall für keine gute Idee. Der Zusammenschluss gefährdet die Mitbestimmung im Unternehmen.

„Im Endeffekt geht uns so die Mitbestimmung verloren“, kritisiert Gernot Hahl den geplanten Deal. Hahl ist Betriebsratsvorsitzender am Standort Worms, er hat den Vorsitz im Konzernbetriebsrat und im Europäischen Betriebsrat und ist Aufsichtsrat der Linde Group. Was ihm besonders Sorgen macht, ist die Aussicht, dass bei einer Fusion eine neue Holding gegründet wird, die ihren Hauptsitz nicht in Deutschland haben wird. Als Standorte im Gespräch sind Dublin, London und Amsterdam; aussichtsreichster Kandidat ist – aufgrund der besonders niedrigen Steuern – Dublin.

Der Einfluss der deutschen Seite sinkt aber nicht nur dadurch, dass die Zentrale aus München verlagert wird. Der fusionierte Konzern würde größtenteils aus den USA geleitet werden, denn der designierte Vorstandsvorsitzende und der Finanzvorstand kommen von Praxair. Ameri-

kanische Verhältnisse ziehen in das Unternehmen ein, vermutet Gernot Hahl, und Mitbestimmung hat dort einen schweren Stand: „Linde wird nicht mehr das gleiche Unternehmen sein, das es jetzt ist. Die DNA geht mehr oder weniger verloren.“

Verschlingung auf Kosten von Linde

Bisher hat Linde eine 76er-Mitbestimmung: Im Aufsichtsrat sitzen je sechs Vertreter der Eigentümer und der Arbeitnehmerseite. Während die Kapitalvertreter geschlossen für den Verkauf stimmen wollen, ist die Arbeitnehmerbank geschlossen dagegen. Zünglein an der Waage wird der Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Reitzle sein. Er hatte Mitte April öffentlich angekündigt, den Verkauf gegen den Protest der Arbeitnehmervertreter mit seiner Doppelstimme durchsetzen zu wollen. „Das ist das Gegenteil von Mitbestimmung“, kritisierte ihn daraufhin Jürgen Wechsler, Bezirksleiter der IG Metall Bayern. Wenn Reitzle das nicht erkenne, stelle sich die Frage, ob er der richtige Mann in dieser Position sei.

„Linde ist ein eigenständiges Unternehmen, das ohne Probleme auch alleine weitermachen könnte. Wir haben in jeder Hinsicht eine solide Basis – vom Vermögen und von der Bilanz her“, argumentiert Gernot Hahl. Der Linde-Vorstand verspreche sich von der Fusion Synergieeffekte in Höhe von einer Milliarde Dollar. Hahl befürchtet, dass diese Einsparungen in erster Linie auf Kosten von Linde gehen werden, weil Praxair bereits eine Rosskur an Einsparungen und Verschlingung durchlebt hat: „Unser Vorstand argumentiert damit, dass die Umsatzrendite von Praxair wesentlich höher ist und sie besser als wir aufgestellt sind“, sagt Hahl. „Das bedeutet im Klartext, dass die Synergien in erster Linie bei Linde gezogen werden.“

Gegen drohende Einschnitte ist man seit Dezember gewappnet. Gemeinsam mit der IG Metall und der IG BCE hat der Betriebsrat einen Beschäftigungspakt mit dem Arbeitgeber ausgehandelt. Der Tarifvertrag schützt die deutschen Beschäftigten bis zum 31. Dezember 2021 vor betriebsbedingten Kündigungen. Er sichert die Tarifbindung auch im Falle einer Fusion und sorgt für den Erhalt des Standorts Dresden mit derzeit noch 500 Arbeitsplätzen, den das Management ursprünglich im Zuge laufender Re-



„Uns geht die Mitbestimmung verloren“, sagt Gernot Hahl, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Linde AG. Hahl ist außerdem Betriebsratsvorsitzender am Standort Worms, Vorsitzender im Konzernbetriebsrat und im Europäischen Betriebsrat und Aufsichtsrat der Linde Group.

► strukturierungsmaßnahmen komplett schließen wollte. „Dass die 76er-Mitbestimmung bleibt, das haben wir für die jetzige Linde AG und alle künftigen Linde-Gesellschaften, die in Deutschland neu gegründet werden, festgelegt“, ergänzt Gernot Hahl. Das könnte für den Bereich Linde Engineering interessant werden. Denn laut Hahl wird darüber nachgedacht, diesen Unternehmensteil in eine eigene Gesellschaft auszugliedern. „Die wird ihren Sitz in Deutschland haben und einen mitbestimmten Aufsichtsrat bekommen“, prognostiziert er.

Trotz dieser Absicherungen befürchten Betriebsräte und Gewerkschaften, dass die Musik bei Linde-Praxair bald woanders und ohne ihre Beteiligung spielt. Die geplante neue Holding im europäischen Ausland würde keinen mitbestimmten Aufsichtsrat nach deutschem Recht mehr haben. Der Aufsichtsrat der Tochter Linde AG (oder einer anderen neuen Linde-Gesellschaft) in Deutschland bliebe noch bestehen, wäre aber bei den zentralen Konzernentscheidungen nicht gefragt. Welche Unternehmens-

form die neue Holding bekommen soll, stehe noch nicht fest. „Eine SE ist jedenfalls meines Wissens nicht angestrebt“, sagt Gernot Hahl. „Wir haben das Modell in die Diskussion eingebracht, weil wir in einer SE die Mitbestimmung zumindest ein bisschen festschreiben könnten. Aber darauf geht der Vorstand nicht ein.“

Auch die guten Arbeitsbedingungen des Europäischen Betriebsrats mit bislang drei Sitzungen im Jahr sieht Hahl durch eine Fusion bedroht. „Bald werden wir auch nicht mehr die Unternehmensspitze selbst als direkten Ansprechpartner haben“, vermutet der Betriebsrat. Gewerkschafter Jürgen Wechsler äußert die Sorge, „dass ein Unternehmen mit einer qualifizierten Mitbestimmung aus Deutschland weggeht, nur aus dem Grund, weil das Management dann Entscheidungen treffen kann, ohne dass sich Arbeitnehmervertreter einbringen können“. Bisher habe die Mitbestimmung bei Linde gut funktioniert: „Das ist für mich eine vorbildliche Kultur, weil man sich auch mal streiten konnte und trotzdem Konflikte gut gelöst hat“, sagt er. Bereits 2015 hatte es

”

„Linde ist das größere Unternehmen. Hier will der Kleine den Großen schlucken.“

JÜRGEN WECHSLER, Bezirksleiter der
IG Metall Bayern



Foto: Timm Schamberger/dpa

erste Vorstöße für eine Fusion gegeben. „Damals haben die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat klar gegen die Fusion gesprochen“, erinnert sich Wechsler. „Über die hat man sich nicht hinwegsetzen können. Insofern ist die Mitbestimmung hier gut praktiziert worden.“

IG Metall und IG BCE ziehen an einem Strang

Gut funktioniert laut Wechsler auch die Kooperation zwischen den beiden Gewerkschaften im Konzern. Während die IG BCE vorwiegend im Gasebereich präsent ist, vertritt die IG Metall viele Beschäftigte aus dem Anlagenbau. In ihrer Skepsis über die anstehende Fusion sind die Gewerkschaften vereint. Ihre Vorsitzenden Jörg Hofmann (IG Metall) und Michael Vassiliadis (IG BCE) forderten auch gemeinsam, den Verdacht des Insiderhandels gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden Reitzle zu klären. Die Wirtschaftskammer der Staatsanwaltschaft München prüft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn, weil er mehrmals Linde-Aktien im Wert von rund einer halben Million Euro gekauft haben soll,

bevor die Öffentlichkeit von der Anbahnung einer Fusion erfahren habe.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben zugestimmt, den Fusionsprozess zu prüfen. „Diese Prüfung muss man jetzt abwarten“, sagt Wechsler. Er selbst plädiert dafür, dass Linde eigenständig bleibt. „Linde ist das größere Unternehmen. Hier will der Kleine den Großen schlucken. Lieber sollte Linde überlegen, ob man Praxair übernimmt und den Unternehmenssitz in Deutschland lässt.“

Der Vorstand drückt aufs Tempo und will vor der Hauptversammlung am 10. Mai einen Fusionsvertrag abschließen. Noch hofft Betriebsrat Hahl, dass es nicht so weit kommt. Womöglich mache das Kartellamt den beiden Konzernen so kostspielige Auflagen, dass die Anteilseigner keinen finanziellen Sinn mehr in dem Zusammenschluss sähen. „Es könnte ja sein, dass wir ein Geschäft mit hoher Marge abgeben müssten und Geschäfte mit niedriger Marge behalten sollten. Dann stellt sich auch für Investoren die Frage, ob der ganze Zusammenschluss Sinn ergibt.“ ■

Shopping-Sonntage sind vielfach illegal

RECHT Tausendfach brechen die Kommunen mit Alibi-Veranstaltungen das Recht, das für die Sonntagsruhe sorgen soll. Die Gewerkschaft ver.di kämpft dagegen. Die meisten Fälle landen bei einem Leipziger Anwalt.

Von **Andreas Molitor**, Journalist in Berlin



Kölner Fußgängerzone: Die Stadt am Rhein reduzierte die Zahl der geplanten Sonntagsöffnungen von 36 auf sieben.

Kay Lipka hatte es nie angestrebt, auf der Unbeliebtheitsrangliste der Essener Kaufleute eine Spitzenposition zu erreichen. Ein wenig ratlos steht der für Handel zuständige ver.di-Sekretär der Ruhrgebietsstadt nun vor den Folgen seines Tuns. Er sollte sich derzeit besser nicht in den Essener Geschäften blicken lassen, zumindest nicht mit einem ver.di-Anstecker am Revers. Seit er im Namen seiner Gewerkschaft höchst erfolgreich gegen alle 28 für dieses Jahr geplanten, verkaufsoffenen Sonntage im Stadtgebiet geklagt hat, gilt er bei der Kaufmannschaft als Persona non grata. Mitte März entschied das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, dass keine einzige der vorgesehenen Sonntagsöffnungen stattfinden darf – weder in der City noch in den Stadtteilen Rüttenscheid, Steele, Werden, Borbeck, Kettwig, Kupferdreh und Altenessen. Entsprechend groß war nach dem Urteil das Lamento des örtlichen Einzelhandels. Die verkaufsoffenen Sonntage seien die umsatzstärksten Tage des Jahres, argumentierten die Kaufleute, außerdem belebten sie die an Sonntagen meist wie ausgestorben daliegenden Flaniermeilen.

Der Sündenbock war schnell gefunden. „Wie die Gewerkschaft Stadtbezirke veröden lässt“, titelte die Westdeutsche Allgemeine. Gewerkschaftssekretär Lipka wird manchmal gefragt, wie man denn die Rolle des Buhmanns nun wieder loswerden könne. „Eigentlich gar nicht“, sagt er ein wenig verzweifelt. „Ich kann ja in gewisser Weise sogar verstehen, dass die Händler jetzt bockig sind. Aber wir sind doch nicht schuld, wenn die Stadt Essen es nicht schafft, sich an Recht und Gesetz zu halten.“

Koalition mit der Kirche

In einer ähnlichen Spielverderberrolle sehen sich ver.di-Sekretäre derzeit vielerorts in deutschen Landen. Im Verein mit den Kirchen hat die Gewerkschaft eine groß angelegte Kampagne gegen die sonntäglichen Ladenöffnungen ins Rollen gebracht und in etlichen Städten Klagen angestrengt. So wie einst Jesus die Händler aus dem Tempel vertrieben haben soll, widersetzt sich ver.di jetzt der schleichenden Metamorphose des heiligen Sonntags zum schnöden Einkaufstag. „Der Sonntagsschutz ist keine Lappalie“, erklärt

Stefanie Nutzenberger, im ver.di-Bundesvorstand verantwortlich für den Handel, die Klagewelle, „er ist ein elementar wichtiges Werkzeug, um Beschäftigte vor der immer größeren Vermischung von Freizeit und Arbeit zu schützen.“ Die Interessen eines Großteils der Einzelhandelsbeschäftigten verortet sie klar auf ihrer Seite – und die Rechtsprechung sowieso.

Der Leipziger Arbeitsrechtler Friedrich Kühn, der die meisten Verfahren für ver.di führt, auch jenes in Essen, kann sich „nicht an einen einzigen Prozess in Sachen Einkaufssonntag aus den vergangenen zwei Jahren erinnern, den wir verloren haben“. Eine Bastion der Sonntags-Shopper nach der anderen fällt. Während sich in Essen die Einzelhändler noch die Wunden lecken, hatte die Gewerkschaft schon nachgeladen und Klage gegen die verkaufsoffenen Sonntage in Duisburg eingereicht. Zuvor hatten die Gerichte schon Sonntagsöffnungen unter anderem in Frankfurt, München, Stuttgart, Hannover, Düsseldorf, Münster und Oberhausen gekippt. Manche Kommunen ziehen angesichts der aus ihrer Sicht aussichtslosen Prozesse von sich aus die Notbremse. Köln reduzierte die Zahl der Sonntagsöffnungen von 36 auf sieben; Ascheberg, Ibbenbüren, Paderborn und Senden sagten sämtliche verkaufsoffenen Sonntage ab, im niederrheinischen Rees muss statt am Primelssonntag notgedrungen am Primelsamstag geshopppt werden.

Andere Gemeinden machen sich – nicht ganz unberechtigt – Hoffnung, dass sie unerkannt durchkommen. „Allein in Bayern gab es im vergangenen Jahr knapp 1000 Sonntagsöffnungen“, schätzt Rechtsanwalt Kühn. „Da kann man nicht überall hinterher sein.“

Das Recht ist unübersichtlich

Die Rechtslage ist ausgesprochen unübersichtlich. Seit 2006 sind die Ladenöffnungszeiten Ländersache. Je nach Bundesland dürfen die Gemeinden oder Stadtteile zwischen vier und elf Sonntage im Jahr für den Kommerz freigeben, allerdings nur „aus besonderem Anlass“ – eine puddingweiche Formulierung, die von den Befürwortern eines immerwährenden Einkaufsvergnügens als trojanisches Pferd genutzt wird. Bundesweit habe sich „eine sehr lax und großzügige Praxis zur Genehmigung von Sonntagsöff-



Foto: ver.di

ver.di-Aktion gegen die Öffnung der Geschäfte am Sonntag



Fotos: Christiane Eisler/transit

„Wir haben keinen einzigen Prozess verloren“: Der Leipziger Arbeitsrechtler Friedrich Kühn vertritt ver.di bei Klagen gegen verkaufsoffene Sonntage.

► nungen eingeschlichen“, urteilt Arbeitsrechtler Friedrich Kühn. „Zwei Bratwurstbuden und ein Kinderkarussell heißen Stadtteilstadt – und das reicht dann als Anlass, die Läden zu öffnen.“

Findige Agenturen organisieren, zack, zack, im Auftrag der Gewerbetreibenden Alibiveranstaltungen. In Essen musste selbst die Stadtverwaltung einräumen, dass in der Vergangenheit in manchen Fällen der Anlass für die sonntägliche Öffnung nicht im Ansatz ausreichend war. So fand das Weinschmecker-Festival in Altenessen im vorigen Jahr überhaupt nicht statt – die Läden waren trotzdem geöffnet! Beim Frühlingsfest in Frohnhausen zählten die Kontrolleure des Ordnungsamtes einen Würstchenstand und eine Kaffeebude.

Die Gewerkschaft und die Kirchen, geplagt von der Vorstellung, dass die Sonntagsruhe zusehends ausgehöhlt und der siebte Tag der Woche in deutschen Fußgängerzonen und Malls zur

Regelarbeitszeit wird, wollten die Sache gerichtlich klären lassen. Insbesondere die Gewerkschaft hat die Rechtsprechung mit ihren Klagen vorangetrieben. Als Meilenstein in Sachen Sonntagsöffnung gilt eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom November 2015. Eingebettet in schönste Juristenprosa („rhythmisch wiederkehrende Tage kollektiver Arbeitsruhe und die damit verbundene synchrone Taktung des sozialen Lebens“), verpassten die Richter den Kommunen und den Einzelhändlern ein äußerst straff geschnürtes Anforderungskorsett und beendeten insbesondere die gern geübte Praxis der Alibi-Anlass-Festivitäten.

Bei künftigen verkaufsoffenen Sonntagen müsse die „Wirkung der Märkte, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen“; die Ladenöffnung dürfe also nicht mehr sein als ein „bloßer Annex“ zur

Festivität. Außerdem müsse „der Besucherstrom, den der Markt für sich genommen auslöst, die Zahl der Besucher übersteigen, die allein wegen der Öffnung der Verkaufsstellen“ kommen. Um dies nachzuweisen, müssen exakte Besucherprognosen erstellt werden, wozu sich die meisten Kommunen nicht in der Lage sehen. Nicht zuletzt spricht das Gericht von der Möglichkeit, bei „auf bestimmte Handelszweige beschränkten Märkten“ eine Ladenöffnung „nur für dieselben Handelszweige“ zu genehmigen. In geradezu absurd anmutender Konsequenz heißt dies, dass beispielsweise beim Wormser Mantelsonntag, vor Jahrhunderten geschaffen, um den Bauern den Einkauf von Winterbekleidung in der Stadt zu ermöglichen, streng genommen nur Mäntel verkauft werden dürfen. Oder anlässlich des Heisinger Wottelfestes (Wotteln sagt man im Ruhrgebiet zu Möhren) nur Möhren oder Möhrensaft.

Druck der großen Einkaufszentren

„Realistisch gesehen, bedeutet die derzeitige Rechtslage das Ende der verkaufsoffenen Sonntage“, resümiert Marc Heistermann, Geschäftsführer des Handelsverbands Nordrhein-Westfalen Ruhr. Die Verantwortlichen in den Kommunen wissen mittlerweile, welches Damoklesschwert über ihren Sonntagsöffnungen schwebt. Die Essener Stadtverwaltung etwa wies in der Ratsvorlage ausdrücklich auf ein „erhebliches Prozessrisiko“ hin – und plädierte trotzdem dafür, alle 28 geplanten Verkaufssonntage unbeirrt durchzuführen. In vielen Fällen seien die Kommunen „wohl auch nicht gänzlich frei in ihren Entscheidungen“, vermutet Friedrich Kühn. „Nicht selten beugen sie sich dem Druck beispielsweise großer Einkaufszentren.“

Immer wieder muss die Gewerkschaft sich jetzt fragen lassen, ob ihr denn die Malaise des vielerorts Not leidenden Einzelhandels – und die Interessen der Beschäftigten, darunter viele ver.di-Mitglieder – völlig egal ist. ver.di-Vorstand Stefanie Nutzenberger findet derlei Anwürfe „absurd“. „Die Probleme des stationären Handels und der veröden Innenstädte werden nicht durch mehr Sonntagsöffnungen gelöst.“ Was zweifellos stimmt. Andererseits stehen die Läden in Konkurrenz zum Internet-Shopping, wo ein jeder sieben Tage die Woche rund um die Uhr an den

virtuellen Schaufenstern entlangschlendern und bestellen kann.

Besonders die Einzelhändler im Ruhrgebiet verweisen auf die nahe Konkurrenz aus Holland, auf das Designer-Outlet-Center in Roermond etwa, in knapp einer Stunde erreichbar und bis auf den ersten Weihnachtstag und Neujahr täglich geöffnet. Rechtlich seien solche Argumente irrelevant, sagt ver.di und verweist auf eine wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2009: „Bloße wirtschaftliche Interessen von Verkaufsstelleninhabern und alltägliche Erwerbsinteressen der Käufer für die Ladenöffnung genügen grundsätzlich nicht.“ Klarer kann es nicht gesagt werden.

Ein heikler Spagat

Trotzdem bleibt die Kampagne gegen die Sonntagsöffnung und damit auch gegen die weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse – auch für ver.di – ein heikler Spagat; nicht immer dürfte sie im Interesse der eigenen Mitglieder liegen. Zwar haben viele Händler, wie Stefanie Nutzenberger zu Recht kritisiert, die „immer weiter ausgedehnten Öffnungszeiten vorrangig über mehr Minijobs oder unfreiwillige Teilzeit ausgedehnt“. In vielen tarifgebundenen Unternehmen allerdings ist die Sonntagsarbeit beim Verkaufspersonal ausgesprochen beliebt – jedenfalls wenn sie auf freiwilliger Basis erfolgt und mit Zuschlägen von bis zu 30 Prozent und großzügigem Freizeitausgleich vergütet wird. Wo die Gewerkschaft klagt, ist Schluss damit. Handelsverbands-Geschäftsführer Heistermann wundert sich, „dass es bei ver.di intern nicht längst mächtig rumort“.

Bislang ist übrigens nur ein Fall bekannt, in dem eine Kommune den – rechtlich nicht wettgeraten – Weg beschritt, den ein Sonntagsshoping-affiner Kommentator der Westdeutschen Allgemeinen kürzlich vorschlug: „Man sollte den mündigen Bürger entscheiden lassen, ob er sonntags lieber ausruhen oder sich beim Einkaufen verwirklichen möchte.“ In Münster ist das geschehen. Im vergangenen November wurden die Bürger zu einem Votum pro oder kontra Sonntagsöffnung an die Urne gerufen. Mit einer Mehrheit von 53 Prozent entschieden die Münsteraner, dass sie sonntags nicht shoppen wollen. Rechtsanwalt Friedrich Kühn wusste, dass er eine Klageschrift weniger verfassen muss. ■



Klageschriften gegen die Alibi-Anlässe: Die Leipziger Kanzlei Müller-Kühn spielt eine wichtige Rolle im Kampf um die Sonntagsruhe.

ANKE HASSEL, 51, ist seit Herbst 2016 Direktorin des WSI der Hans-Böckler-Stiftung. Geboren wurde sie im Westerwald, ihr Vater war Lokomotivführer und im Personalrat aktiv. Ihre gewerkschaftliche Prägung, sagt Hassel, sei älter als die Entscheidung, wissenschaftlich zu arbeiten. Als junge Frau war sie an die London School of Economics gegangen, weil man nur dort das Fach Industrielle Beziehungen studieren konnte. Zurück in Frankfurt jobbte sie ein Jahr als Redakteurin beim linken Express und arbeitete mit Otto Jacobi im Projekt des Europäischen Laboratoriums, schrieb Berichte über deutsche Tarifpolitik.

Ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung legte die materielle Grundlage für die Promotion – 1998 bei Walther Müller-Jentsch. Sie ging mit ihrem Mann nach Köln und begann dort eine intensive Forschungsphase am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung bei Wolfgang Streeck.

Im Zuge eines Austausches zwischen Wissenschaft und Politik war sie 2003 im Planungsstab des damaligen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Nach der Habilitation erhielt Anke Hassel einen Ruf nach Bremen als Professorin für Soziologie, wechselte 2005 auf einen Lehrstuhl für Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin. Sie ist seit ihrer Jugend SPD-Mitglied, schrieb regelmäßig politische Kolumnen im Debattenmagazin Berliner Republik und nutzt intensiv Social-Media-Kanäle – für den schnellen Austausch mit den Wissenschaftlerkollegen. Anke Hassel hat einen 24-jährigen Sohn und eine 14-jährige Tochter. Sie ist verheiratet mit dem Journalisten Hugh Williamson, der vor Kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat.

www.ankehassel.de



„WIR STÄRKEN UNSER SOZIALMODELL“

INTERVIEW WSI-Direktorin Anke Hassel über die Bedeutung einer guten Datenbasis in der fachlichen und politischen Auseinandersetzung und neue Ideen für die Forschung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts

Die Fragen stellte **Cornelia Girndt** – Fotos **Uli Baatz**

„Anke Hassel, das WSI habe „ein umfassendes und einzigartiges Wissen über die Entwicklung des deutschen Sozial- und Wirtschaftsmodells im europäischen Kontext“, schreiben Sie. Worin besteht dieses einzigartige Wissen?

Die Zusammenführung von verteilungspolitischen Themen, Arbeitsmarktanalysen, die Kenntnis der industriellen Beziehungen plus europäischer Politik – das ist als Konstellation von Forschungsschwerpunkten schon ziemlich einzigartig, zumal in Kombination mit der Empirie im Tarifarchiv oder durch die Betriebsrätebefragungen. In dieser Tiefe hat kein anderes Institut dieses Wissen.

In die DNA des WSI ist seit 70 Jahren eingeschrieben, die Lebenslage der Arbeitnehmer/-innen zu verbessern. Es gibt auch kritische Stimmen, es heißt, man würde eher die Defizite – die Armut, die Prekarisierung – herausstellen.

In der Tat stehen wir da in der Auseinandersetzung. Die hat jetzt in der Debatte um soziale Ungleichheit noch an Fahrt zugenommen. Die arbeitgebernahe Seite unter anderem stellt heraus, „warum Deutschland gerechter ist, als viele behaupten“, und implizit hört man den Vorhalt: Was beklagt ihr denn, geht es uns nicht prima? Da wird jetzt wirklich mit harten Bandagen argumentiert.

Das WSI verweist in diesem Kontext gern auf die Polarisierung des Arbeitsmarktes.

Früher konnte man mit einer Facharbeiterausbildung problemlos ein Leben in der Mittelschicht führen. Jetzt haben wir einen ausgeprägten Niedriglohnsektor und eine Erosion der Mitte (die mal bei 60 Prozent lag), während bei den hoch Qualifizierten Jobs dazukommen. Wer eine Facharbeiterqualifikation hat, kann sich nicht mehr sicher sein, ob die Familie nach unten in den Niedriglohnbereich abwandert. Oder ob man – etwa über Aufbaustudien – den Aufstieg in das hoch ►

► qualifizierte Segment schafft. Das ist die Verunsicherung der Mittelschicht, und die ist wirklich real. Das ist nicht etwas Eingebildetes, wie uns manche Wissenschaftler, Verbände und Politiker glauben machen wollen. Es gibt handfeste Gründe, warum diese Menschen verunsichert sind.

Wie wichtig ist in diesem Kontext die Datenbasis?

Die ist zentral. Ohne solide empirische Datenbefunde wären wir nicht sprachfähig. Wir könnten weder wissenschaftlich publizieren, noch könnten wir im politischen Raum unsere Studien vorstellen. Die politische Auseinandersetzung zur Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik, aber auch in der Sozialpolitik werden heute unter Einsatz von Daten geführt. Und diese Daten müssen leicht zugänglich sein – und für möglichst viele. Das ist nicht trivial. Und wenn wir Befragungsergebnisse so aufbereiten, dass auch andere damit arbeiten können, schaffen wir Verbreitung für unsere Themen. Da haben wir natürlich auch Journalisten im Sinn.

Was gehört dazu?

Dazu gehört die Betriebsrätebefragung. Dazu gehört das Tarifarchiv, wo systematisch Tarifverträge sowohl quantitativ wie auch qualitativ ausgewertet werden. Die Digitalisierung des Tarifarchivs ist für mich ein wichtiges Projekt, damit wir jene Schätze heben können, die im Moment nur zum Teil genutzt werden können. Wir haben auch andere eigene Befragungen, zum Beispiel zum Thema Behinderung von Betriebsratswahlen. Diese und weitere Datenbefunde im Kernbereich der WSI-Forschung sind wesentliche Bestandteile der sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland. Bei diesen Themen hat das WSI ein Alleinstellungsmerkmal.

Soll damit auch das deutsche Modell der industriellen Beziehungen gestärkt werden?

Aber ja. Wir nutzen unentwegt diese Daten in der öffentlichen Debatte wie auch in den Tarifauseinandersetzungen und im Austausch mit den Betriebsräten und hinterlegen sie als Grafiken im Internet. Darauf können dann auch Gewerkschaftskollegen in einer Verwaltungsstelle zurückgreifen, etwa wenn sie eine Rede vorbereiten.

In welchem Zustand ist das deutsche Modell, zu dem Mitbestimmung genauso gehört wie der Wohlfahrtsstaat und das im Zentrum Ihrer eigenen Forschung steht?

Wir erleben seit den 70er Jahren einen ganz massiven Strukturwandel, weg von der männlich geprägten Industrie hin zu den Dienstleistungen – mit einem bemerkenswerten Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Dadurch hat sich die Prägekraft jener Institutionen verändert, die aus den Kernbereichen der Tarifpolitik und der Mitbestimmung kommen und nun auf die Dienstleistungssektoren aufgesetzt wurden. Und dort nicht die gleiche Prägekraft entwickeln konnten. Aber auch im Kernbereich der deutschen Industrie haben sich die Institutionen gewandelt. Ehedem tariftreue Unternehmen haben dieses Regelsystem für sich flexibel umgebaut – durch OT-Arbeitgeberverbände, durch Restrukturierungen ihrer Unternehmen, durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern.

Kann man von einer Erosion sprechen?

Von Erosion, von Transformation. Schon vor 20 Jahren habe ich in einem Aufsatz von der Erosion des deutschen Modells gesprochen. Damals gab es viel Widerspruch, weil Deutschland als Ort der Stabilität empfunden wurde. Aber schon damals war zu beobachten, wie die Tarifdeckung zurückgeht und sich die mitbestimmungsfreien Zonen ausweiten. Das beruhte auf Zahlen, die wir 1997 in der Mitbestimmungskommission von Hans-Böckler- und Bertelsmann-Stiftung bei Wolfgang Streeck in Köln erhoben hatten. Seitdem ist die Erosion weiter fortgeschritten. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat sich reduziert, die Tarifbindung ist rückläufig, ebenso die Verbreitung von Betriebsräten.

Das WSI hat vielfach in seiner Forschung herausgearbeitet, wie wichtig diese Institutionen für soziale Gerechtigkeit und für die Verteilung sind – aktuell sind das die großen Themen.

Zu diesen Institutionen gehören Tarifpolitik, Mitbestimmung, ein regulierter Arbeitsmarkt und auch der Wohlfahrtsstaat. Wir untersuchen diese Institutionen mit einer bestimmten Perspektive – nicht wertneutral – und wollen mit einem besseren Verständnis auch etwas zur Stärkung und Weiterentwicklung beitragen. Der Mindestlohn ist ja nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern weil die Prägekraft von Tarifverträgen in bestimmten Bereichen so schwach wurde. Das WSI hatte großen Anteil daran, diese Diskussion voranzutreiben.

Gibt es ähnliche Projekte, bei denen Sie sagen: Daran arbeiten wir die nächsten zehn Jahre?

Was sind Faktoren, damit sich Unternehmen auch wieder an Tarifpolitik beteiligen? Wie effektiv ist die Allgemeinverbindlichkeit? Aber auch: Wohin steuern die Sozialversicherungen, und wie kann die Politik prekäre Arbeitsverhältnisse besser absichern und der Ungleichheit entgegenwirken? Wir werden uns in einem größeren Kontext der Einhaltung und Kontrolle von Normen widmen. Da geht es dann auch um den Mindestlohn. Und da geht es darum, dass das, was gesetzlich reguliert und tariflich vereinbart wurde, auch tatsächlich umgesetzt wird. Weil wir sehen, dass es ein Umsetzungsdefizit gibt zwischen dem, was man beschlossen hat, und dem, was tatsächlich in den Betrieben passiert.

Spielt auch hier die Transformation des deutschen Modells eine Rolle?

Ja, denn früher hatte man ein eingespieltes System: Die Betriebsräte agierten mit den tarifpolitischen Akteuren und auch dem Recht. Wenn wir jetzt weniger Betriebsräte haben, dann haben wir auch weniger Akteure, die darauf insistieren, dass bestimmte Normen auch wirklich umgesetzt werden.

Müsste dann nicht auch der Staat diese Institutionen, die für soziale Gerechtigkeit wesentlich sind, besser schützen und stützen?

Dies politisch zu fordern ist Aufgabe der Gewerkschaften, und sie machen das auch, etwa um die Unternehmensmitbestimmung nicht weiter erodieren zu lassen. Unsere Aufgabe als WSI ist in erster Linie, die Zusammenhänge zu erforschen und alternative Lösungen zu entwickeln. Wir werden auch Vorschläge machen. Aber die in den politischen Raum hineinzutragen ist Aufgabe der politischen Akteure.

Inwieweit wird der einzelne Mensch, der immer mehr Arbeitskonflikte auszuhalten hat, mehr gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz ausgesetzt ist, der um Vereinbarkeit ringt, für den der Sozialstaat nicht mehr in dem Maße sorgt – inwieweit wird der einzelne von den Forschungen des WSI unterstützt?

Einer unserer Forschungsschwerpunkte heißt Transformation von Arbeit. Da benutzen wir auch Mikrodaten aus Erwerbstätigenbefragungen, in denen Menschen zu ihren Arbeitszeiten, zu Erreichbarkeit und Stressbelastung gefragt werden. Diese Fremddaten werten wir aus, gleichzeitig überlegen wir, wie wir diese Forschung hier systematisch ansiedeln können. Denn wir befragen derzeit Betriebsräte, kei-



„Ohne solide empirische Datenbefunde wären wir nicht sprachfähig.“

ne Arbeitnehmer. Ich würde gerne ein Instrument entwickeln, womit wir stärker die Arbeitsbedingungen, Wünsche und Bedürfnisse insgesamt von Erwerbstätigen in den Blick bekommen. Wir wollen besser verstehen, wie und wie schnell sich die Arbeitswelt wandelt. Wie flexibel sind Arbeitszeiten jetzt schon? Wie entgrenzt ist ein Arbeitsalltag? Wie mobil? An diese Dynamiken kommt man nur heran, wenn wir uns die Informationen direkt bei den Erwerbstätigen abholen.

Sie diskutierten Ende März mit dem BDA-Hauptgeschäftsführer und dem DIW-Präsidenten über die strittige Frage: Muss die Agenda 2010 dringend reformiert werden, oder ist sie die Basis für eine zukunftsweisende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik? Wie positionierten Sie sich?

Ich war 2004 sehr nah dran an den Hartz-Reformen, da ich im Zuge eines Austausches zwischen Wissenschaft und Politik ein Jahr im Bundesarbeitsministerium war. Danach habe ich in einem Böckler-Projekt Antworten gesucht auf die Frage: Warum verfolgt die Politik eine so einschneidende Reform? Das war schon ein Strukturbruch an dieser Stelle mit dem deutschen Modell. Die Arbeitslosenhilfe war vorher unbegrenzt, und Ersparnisse bzw. Vermögen wurden nicht angetastet. ►



„Wir wollen besser verstehen, wie und wie schnell sich die Arbeitswelt wandelt.“

► Und Ihre Erkenntnis nach der Befragung von rund 50 Akteuren?

Es war im Kern eine fiskalische Maßnahme, um die westdeutschen Kommunen vor dem Ruin zu retten, indem man ihnen einen Teil der Ausgaben für die Sozialhilfe abnahm. Um die fiskalischen Effekte der Hartz-IV-Reform auszureizen, hat man sehr harte Strukturreformen gemacht. Das Erstaunliche: Da ging es weniger um Arbeitsmarktpolitik, sondern um eine Gemeindefinanzreform.

Das Thema lässt uns nicht los. Was sollte die Politik jetzt tun?

Ich glaube nicht, dass man die Hartz-IV-Reform heilen kann. Man kann die Geschichte nicht zurückdrehen hin zu einer Reform, die man damals hätte eigentlich machen müssen. Gleichzeitig weist Martin Schulz auf ein reales Problem hin, das durch die Hartz-Reformen zugespitzt wurde: die zunehmende Polarisierung des Arbeitsmarktes. Er sagt: Es kann nicht sein, dass jemand, der lange Jahre in einem qualifizierten Job gearbeitet hat, nach einem Jahr vor dem Nichts steht. Und das ist auch richtig. Das Arbeitslosengeld länger zu bezahlen, um mehr Sicherheit einzuführen und eine Qualifizierungsphase, das finde ich nicht falsch. Allerdings hilft man den Menschen nur mit einem guten Job. Gute Arbeit ist die Antwort sowohl auf die Prekarisierung wie auch auf steigende Ungleichheit.

Da ist das WSI wieder gefragt.

Da geht es um die Regulierung des Arbeitsmarktes und darum, Bereiche, die ins Niedriglohnsegment abgewandert sind, wieder herauszuholen. Da kommt die Tarifpolitik und die Tarifbindung ins Spiel, weil

dadurch auch die Arbeit wieder akzeptabler wird für diejenigen, die ihren Job verloren haben.

Kürzlich analysierte eine WSI-Tagung den Populismus und fragte, warum Arbeitnehmer der unteren Mittelschicht diese Bewegung unterstützen. Ein Thema?

Wir haben die Aufgabe, die sozioökonomischen Grundlagen des Populismus zu verstehen, um ihm die Grundlage zu entziehen. Der Nährboden liegt in der Auflösung des Sozialvertrages der Nachkriegsjahre, der mit regulierten Arbeits- und Finanzmärkten Sicherheit gab. Wir sehen eine neue Art des Wirtschaftens, die sehr effizient für die Konsumenten ist, aber gleichzeitig die Interessen von Produzenten vernachlässigt.

Populisten spielen sich auf als Beschützer der traditionellen Arbeiterklasse.

Es formiert sich derzeit eine starke Gegenbewegung gegen den liberalen und globalen Kapitalismus, der Kosten senkt und Arbeiter schutzlos zurücklässt. Aber diese Gegenbewegung hat das Gesicht des Populismus, und nicht der Arbeiterbewegung und ihrer Repräsentanten. Hier brauchen wir einen neuen Sozialvertrag. Den zu formulieren ist genuine Aufgabe der Gewerkschaften.

Allein national wird das nicht reichen. Europäisches Sozialmodell heißt ein weiterer Forschungsschwerpunkt des WSI. Jetzt sagen aber Politikwissenschaftler wie etwa Martin Höpner, es gebe kein europäisches Sozialmodell, zumindest kein einheitliches. Was sagen Sie?

Natürlich gibt es ein europäisches Sozialmodell im Vergleich mit anderen Weltregionen. Und natürlich gehören die Gewerkschaften zentral dazu. Tarifbindung gibt es fast nur in Europa. Das Gleiche gilt für den Wohlfahrtsstaat, der die großen Risiken wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit absichert. Auch den finden wir nur in Europa. Von daher gibt es ein europäisches Sozialmodell – das gab es aber schon vor dem Euro.

Also relativ unproblematisch?

Nein. Problematisch ist, dass die nationalen Wohlfahrtsstaaten in Europa sich stark unterscheiden und nur als nationale Modelle ihre Funktion wirklich erfüllen können. Das steht einer stärkeren Europäisierung der Wohlfahrtsstaaten entgegen. Hier gibt es eine starke Spannung, für die es bislang noch keine Lösung gibt. Auch dieses Thema steht auf unserer Agenda. ■

Netzwerk der Altstipendiaten

STIFTUNG Die materielle Förderung läuft aus. Schluss? Nein! Die Hans-Böckler-Stiftung möchte, dass ihre ehemaligen Stipendiaten in Verbindung bleiben. Und dass diese engagierten Akademikerinnen und Akademiker in gesellschaftliche Positionen kommen.

Text Joachim F. Tornau – Fotos Uli Baatz

Bis kurz vor Schluss konnte Gregor Jansen denken, es sei eine Führung wie jede andere. Der Direktor der Kunsthalle Düsseldorf zeigte eine seiner Ausstellungen, erzählte Anekdoten, erläuterte Hintergründe. Alles wie immer. Doch dann, im letzten Raum, sah er sich angesichts einer Komposition aus rostigen Stahlplatten plötzlich in eine Diskussion über den elitären Charakter einer Kunst verstrickt, die Uneingeweihten gegenüber stumm bleibt. „Tun Sie doch mal so“, forderte einer der Besucher den Kunsthallenchef auf, „als wären wir

Bauarbeiter, und erklären Sie uns, warum das Kunst ist!“

Die Gruppe, von der Gregor Jansen auf diese Weise zur Rechtfertigung seines Tuns gezwungen wurde, bestand aus ehemaligen Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung. Es waren Mitglieder des Altstipendiatennetzwerks Wissenschaft, die zu ihrem jährlichen Treffen nach Düsseldorf gekommen waren. Und die mit ihren kritischen Fragen unterstrichen, was Silke Tönsjost als wesentliches Ziel ihrer Tätigkeit beschreibt. „Wir wollen unsere Themen, Inhalte und Werte transpor- ➤

Altstipendiaten beim Besuch der Kunsthalle Düsseldorf – in einem Spiegel von Gerhard Richter





Lotsen durch den Dschungel der Drittmittel: André Schlochtermeyer (l.) mit Silke Tönsjost und Wolfgang Adamczak

► „tieren“, sagt die 43-Jährige, die in der Stiftung für die Alumni-Arbeit zuständig ist. „Denn die Werte, für die die Hans-Böckler-Stiftung steht, kann man in jedem Berufsfeld leben – nicht nur als Gewerkschaftssekretär.“

16 solcher Netzwerke gibt es derzeit. Sieben davon sind regional organisiert, nehmen Altstipendiaten auf, die etwa im Rhein-Main-Gebiet leben, in Bremen oder im Raum Hannover. Bei den anderen neun ist es die Arbeit in einem bestimmten Milieu, die die Mitglieder verbindet, sei es in der Medienbranche, im Gesundheitssektor, im Berliner oder im Brüsseler Politikbetrieb. Oder eben in der Wissenschaft.

Böckler-relevante Themen

Sabrina Weber ist aus dem tiefen Südwesten nach Düsseldorf gereist. Die einstige Promotionsstipendiatin lehrt heute im Bereich Personalmanagement an der Hochschule für angewandte Wissenschaft in Pforzheim. „Da kann ich durchaus einige für die Hans-Böckler-Stiftung relevante Themen einfließen lassen“, sagt die Sozialwissenschaftlerin. „Dass man Diversity-Management nicht nur unter rein ökonomischen Gesichtspunkten sehen kann, zum Beispiel, oder dass Mitbestimmung kein Hemmschuh ist.“

Das Netzwerktreffen ist für sie vor allem ein Ort des Austauschs mit anderen Nachwuchswissenschaftlern, die an einem ähnlichen Punkt des Lebenswegs stehen. „Das Besondere ist, dass man



„Unsere Idee ist, gesellschaftspolitisch engagierte Menschen in Positionen zu bringen.“

SILKE TÖNSJOST über die Arbeit der Alumni-Netzwerke

interdisziplinär zusammenkommt und nicht, wie sonst, in seiner Community bleibt“, meint Weber.

Ihren Netzwerkkollegen Robert Kretschmer, Nachwuchsgruppenleiter am Institut für anorganische Chemie der Uni Regensburg und Vertrauensdozent der Stiftung, hatte diesmal eher das Thema des zweitägigen Treffens gelockt. (Der abendliche Besuch der Kunsthalle diente eher als gedanklicher Ausgleichssport.) Eigentlich ging es um ein viel prosaischeres Thema: das Beantragen von Drittmitteln. Eine Aufgabe, die heutzutage jeder Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen beherrschen muss – und die dennoch geheimnisumwittert ist. „Ich verbringe den größten Teil meiner Arbeitszeit mit Drittmittelakquise“, erzählt Kretschmer, „und ich erhoffe mir Antworten auf konkrete Fragen, die mir im Alltag begegnen.“

Diese Antworten geben bei dem Workshop zwei ausgewiesene Experten, die Silke Tönsjost gewinnen konnte für das Netzwerktreffen: André Schlochtermeyer, Leiter des EU-Büros des Bundesbildungsministeriums, erläutert Regeln und Ziele der europäischen Forschungsförderung. Wolfgang Adamczak, langjähriger Forschungsreferent der Uni Kassel und heute selbstständiger Berater, schlägt eine Bresche durch den Dschungel der Drittmittel in Deutschland.

Er erklärt, wie man unter den vielen Stiftungen und Förderinstitutionen den richtigen Geldgeber findet, was beim Antragstellen zu beachten ist, welche Fehler zu vermeiden sind. Und damit das nicht nur Theorie bleibt, werden anschließend die konkreten Antragsvorhaben einzelner Netzwerkmitglieder in einer Arbeitsgruppe besprochen. Adamczaks Botschaft: Drittmittelakquise ist weder Hexenwerk noch aussichtslos. „Wer sagt, dass man ja sowieso keine Chance hat, will sich nur vor Arbeit schützen.“

Ermutigen, motivieren, Hemmungen abbauen, die viele der aus nichtakademischen Elternhäusern stammenden Jungwissenschaftler selbst nach der Promotion noch nicht ganz abgelegt

haben: Die Stiftung will praktische Unterstützung leisten auf dem steinigem Weg zur Professur. Von „Empowerment“ spricht Silke Tönsjost. Unter den rund 20 Netzwerktreffen, die jedes Jahr stattfinden, haben die Treffen der Nachwuchswissenschaftler damit einen besonderen Status. Die Zusammenkünfte der übrigen Netzwerke folgen einer anderen Dramaturgie.

Exkursion zur EZB in Frankfurt

„Es geht darum, gesellschaftliche und politische Themen zu diskutieren, aber auch den Kontakt zu halten – untereinander und zur Stiftung“, sagt Tönsjost. „Deshalb gibt es immer zunächst einen inhaltlichen Input und anschließend Zeit zum Netzwerken.“ Der Input kann ganz klassisch ein Vortrag sein, aber auch eine Exkursion. So besuchte das Netzwerk Rhein-Main im vergangenen Jahr die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt und sprach mit Beschäftigtenvertretern über ihre schwierige Arbeit – als exterritoriale Institution unterliegt die EZB nicht dem deutschen Arbeitsrecht. Organisiert hatte das die Hans-Böckler-Stiftung. Die Idee aber kam aus dem Netzwerk selbst.

In jedem Netzwerk übernehmen einzelne Mitglieder als „Berater“ Verantwortung, halten die Verbindung zur Stiftung und machen Vorschläge für die inhaltliche und konzeptionelle Gestaltung der Netzwerkaktivitäten. Einer von ihnen ist Nicolai Schneider. Der Volkswirt arbeitet im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium und engagiert sich als Berater im Netzwerk Wirtschaftspolitik, dem rund 250 Altstipendiaten mit Jobs in Gewerkschaften, Unternehmen, Verwaltung oder dem Non-Profit-Sektor angehören. „Eine bunte Mischung von Leuten, die einen im weitesten Sinne wirtschaftlichen Hintergrund haben“, erklärt der 32-Jährige.

Bei den jährlichen Treffen will Schneider Themen aufgreifen, die seinen Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennen – und dafür namhafte Referenten gewinnen, „Big Shots“, wie er sagt. Über die Energiewende sprach der Vizepräsident des Wuppertal-Instituts, Prof. Manfred Fischedick. Über Industrie 4.0 referierte Constanze Kurz, Expertin der IG Metall. Und zur Diskussion über Corporate Social Responsibility kam Günther Horzetzky, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium. „Ich habe die Zeit als Studienstipendiat sehr genossen

und der Stiftung viel zu verdanken“, sagt Schneider. „Als Netzwerkberater kann ich jetzt etwas zurückgeben.“ Wie eng das Band ist, das durch die Förderung entsteht, weiß Silke Tönsjost nicht nur theoretisch. „Ich habe diese emotionale Bindung auch selbst“, sagt die Leiterin der Alumni-Arbeit. Denn auch sie ist Altstipendiatin, schrieb ihre ethnologische Doktorarbeit mithilfe der Hans-Böckler-Stiftung. Diese Verbindung soll bei möglichst vielen der ehemaligen Stipendiaten nicht bloß erhalten, sondern auch fruchtbar gemacht werden.

Aus dem großen Pool der Ehemaligen werden Vortragende für Netzwerkveranstaltungen ebenso gewonnen wie für die journalistische Sommerschule, die alljährlich für die aktuelle Stipendiatengeneration angeboten wird. Altstipendiaten, die für europäische Institutionen arbeiten, lassen sich in Brüssel besuchen und geben Einblick in den „Arbeitsplatz Europa“. Und jedes Jahr werden in einem Mentoring-Programm rund 50 junge Absolventen von erfahrenen Kollegen unter die Fittiche genommen und beim Einstieg in den Beruf unterstützt. „Dafür kontaktieren wir auch Altstipendiaten, die schon seit Jahren keinen Kontakt mehr zur Stiftung hatten“, berichtet Tönsjost. „Und sie machen mit.“

Man lernt Business-Etikette

Wenn Stipendiaten ihr Studium oder ihre Promotion abschließen, endet naturgemäß ihr Stipendium, und sie werden zu Altstipendiaten. Die Unterstützung durch die Hans-Böckler-Stiftung aber endet dann noch lange nicht: Eine Jobbörse im Intranet hilft bei der Stellensuche, Praktika bei Arbeitsdirektoren oder Gewerkschaften werden vermittelt (und von der Stiftung bezahlt), Seminare zum Berufseinstieg lüften Geheimnisse um Bewerbungsstrategien oder Business-Etikette.

Und wer eine wissenschaftliche Karriere anstrebt, kann nach der Dissertation eine halbe Post-Doc-Stelle für ein Jahr auf 100 Prozent aufgestockt bekommen – um mehr Zeit auch für das zu haben, was die Nachwuchswissenschaftler bei ihrem Netzwerktreffen in Düsseldorf lernen konnten: das Schreiben eines Drittmittelansatzes. „Wir wollen damit nicht einfach nur exzellente Wissenschaft fördern, das machen andere schließlich auch“, sagt Tönsjost. „Unsere Idee ist, gesellschaftspolitisch engagierte Menschen in Positionen zu bringen.“ ■



Wenn Böckler-Stipendiaten ihr Studium abschließen, endet die Unterstützung der Böckler-Stiftung noch lange nicht. Silke Tönsjost im Gespräch mit Altstipendiaten.

Wie halten Sie es mit der Mitbestimmung?

NRW-WAHL Am 14. Mai wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Von den Spitzenkandidaten von SPD und CDU, Hannelore Kraft und Armin Laschet, wollten wir wissen, welchen Stellenwert sie der Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Zukunft beimessen.

Die Fragen stellte **Margarete Hasel**.



Mit seiner EntschlieÙung „Mitbestimmung zukunfts-fest gestalten“ hat sich der Bundesrat im Februar dieses Jahres die DGB-Forderung zu eigen gemacht, dass Lücken im Mitbestimmungsgesetz geschlossen werden müssen. Adressat ist die Bundesregierung. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Aufforderung Taten folgen?

HANNELORE KRAFT: Wir haben aus Nordrhein-Westfalen heraus diese Bundesratsinitiative gestartet, damit Lücken und Schlupflöcher im deutschen und europäischen Recht geschlossen werden. Wir fordern den Bund auf, die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im Zuge der Digitalisierung zu sichern. Und angesichts der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft muss die Mitbestimmung auch auf der Ebene der deutschen Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne erhalten bleiben. Damit wir das umsetzen können, wollen wir die kommende Bundesregierung anführen.

ARMIN LASCHET: Mitbestimmung halte ich für eine zentrale demokratische Errungenschaft. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der strukturellen Veränderungen in Betrieben und Unternehmen sollten wir den Mitbestimmungsbegriff und die Arbeit der Mitbestimmungsgremien überprüfen – im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Regierung unter meiner Führung wird sehr genau nachhalten, inwieweit die Bundesregierung der Aufforderung des Bundesrats nachkommt, die gesetzliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten, auszubauen und den neuen Herausforderungen anzupassen.



„Das starke Miteinander der Montanmitbestimmung gehört zur DNA unseres Landes.“

HANNELORE KRAFT

NRW ist wie kein anderes Bundesland eng mit der Mitbestimmung verwoben. Nun wird mit dem Ende der Steinkohleförderung 2018 auch ein Kapitel der Montanmitbestimmung geschlossen. Was bleibt?

KRAFT: Sie bleibt ein Stabilitätsanker. In Stahlunternehmen mit Montanmitbestimmung bleiben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr weitreichende Mitsprachemöglichkeiten. Die enge Sozialpartnerschaft der Montanmitbestimmung hat die Geschichte Nordrhein-Westfalens geprägt. Ohne sie wäre die Gestaltung des Strukturwandels nicht möglich gewesen. Und wir brauchen weiterhin eine starke Mitbestimmung im Zuge aktueller Veränderungsprozesse, wie sie fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung darstellen. Das starke Miteinander der Montanmitbestimmung gehört zur DNA unseres Landes.

LASCHET: Der erste Ministerpräsident, Karl Arnold, und die CDU in Nordrhein-Westfalen gehörten zu den Wegbereitern der Montanmitbestimmung in Deutschland, von daher ist es uns nicht gleichgültig, wenn dieser traditionsreiche Wirtschaftszweig 2018 an sein Ende gelangen wird. Wir halten dieses Erbe hoch. Die Mitbestimmung gehört wie die duale Ausbildung und die Selbstverwaltung der Wirtschaft in den Kammern zu den tragenden Säulen unseres Wirtschaftssystems. Sie sind feste Bestandteile der Erfolgsgeschichte Nordrhein-Westfalens. Ich kann heute zusagen: Unter einem Ministerpräsidenten Armin Laschet bleibt die Montanmitbestimmung in der Braunkohle erhalten. Mit klarer Perspektive. ►



CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet mit einem Mitarbeiter der ThyssenKrupp AG



SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft zu Besuch in der Eisengießerei M. Busch

Fotos: Frank Ossenkamp, SPD NRW

Wie können und wie werden Sie die Akteure der Mitbestimmung in Betrieb und Aufsichtsrat in ihrem Einsatz für den Erhalt von Standorten, für gute Arbeit, für eine demokratische Unternehmenskultur unterstützen?

LASCHET: Ich will, dass im Industrieland Nummer eins auch endlich wieder ein industriefreundliches Klima herrscht. Denn wenn die Gewerkschaften von „guter Arbeit“ reden, dann reden sie eben vor allem über Industriearbeitsplätze mit guten Löhnen und starken Mitbestimmungsstrukturen. Diesen Kern unseres Wohlstandes gilt es zu schützen, zu stärken und auszubauen und ihn nicht mit immer neuen bürokratischen Hürden zu gefährden. Dass hierbei die Mitbestimmungsträger im Betriebsrat, in den Aufsichtsräten und in den Gewerkschaften wichtige Ansprechpartner sind, versteht sich für mich von selbst. Sozialpartnerschaft lebt von der Augenhöhe, und gute Regierungsarbeit lebt davon, dass man sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmervertreter in seine Überlegungen miteinbezieht. Im Übrigen sind die Ziele von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmervertretern in den politischen Fragen oft deckungsgleich, denn jeder hat ein Interesse daran, den lokalen Standort zu sichern und zu stärken. Ich möchte, dass die künftige Landesregierung an der Spitze dieser Bewegung steht und nicht, wie bisher, eher als Hemmschuh auftritt.

KRAFT: Um die Mitbestimmungsrechte im digitalen Zeitalter zu schützen und weiterzuentwickeln, ist einiges zu tun. In einigen EU-Ländern sind auch schon kleinere Betriebe von der Unternehmensmitbestimmung erfasst. Bei uns noch nicht. In Schweden können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen mit mindestens 25 Beschäftigten ihre Vertretung an der Unternehmensspitze wählen – bei uns erst ab 500. Wir möchten mit unserer Mitbestimmungskultur auch in kleinen Betrieben Vorreiter sein.

Die Digitalisierung der Wirtschaft verändert die Arbeitswelt dramatisch. Wie muss sich Mitbestimmung ändern, um auch im digitalen Kapitalismus eine gestaltende Kraft zu sein?

KRAFT: Wir müssen im Zuge von „Arbeit 4.0“ auf eine räumliche und zeitliche Entgrenzung von Arbeit reagieren. Denn Arbeit wird heute immer öfter außerhalb der regulären Arbeitszeit und des regulären Arbeitsortes verrichtet. Das hat für die Beschäftigten manche Vorteile, birgt aber auch Gefahren. Unser Ziel ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Chancen des technologischen Wandels profitieren. Auch deshalb haben wir als erstes Bundesland die „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0“ ins Leben gerufen. Und in regelmäßigen Betriebsrätekonferenzen diskutieren wir gemeinsam über die Herausforderungen von Wirtschaft 4.0 im betrieblichen Alltag.

LASCHET: Zunächst mal halte ich es für wichtig, dass Arbeitnehmervertreter selbstbewusst deutlich machen, dass sie diese Veränderungsprozesse mitgestalten wollen. Eine reine Abwehrhaltung wird die Veränderungen, die Sie zu Recht dramatisch nennen, nicht aufhalten. Ich wünsche mir, dass wir zu der Frage, ob und wie weit wir Mitbestimmungsrechte verändern müssen, in einen ergebnisoffenen Dialog eintreten. Schon heute haben die Betriebsräte Instrumente, mit denen sie bei technischen Innovationen mit im Boot sitzen. Darüber hinaus ist es mir ein Anliegen, dass wir gemeinsam mit Arbeitgebern und Betriebsräten darüber ins Gespräch kommen, wie wir die an- und ungelernten Kräfte weiterqualifizieren können, damit sie beim stetig steigenden Fachkräftebedarf nicht die Verlierer dieser Entwicklung werden.



„Mitbestimmung ist ein fester Bestandteil der Erfolgsgeschichte Nordrhein-Westfalens.“

ARMIN LASCHET

„Die Mitbestimmung leistet einen Beitrag zum Erhalt unserer demokratischen Kultur“, heißt es in der erwähnten Entschließung des Bundesrates. Gibt es ein Beispiel, ein Ereignis, das für diese Qualität der Mitbestimmung steht?

LASCHET: Erinnern Sie sich an die Wirtschafts- und Finanzkrise nach der Pleite von Lehman Brothers: einbrechende Märkte, Umsatzrückgänge bei deutschen Unternehmen von bis zu 60 Prozent, große Verunsicherung vom kleinen Sparer bis hin zum Investmentfonds. Dass wir heute das erreicht haben, was Angela Merkel damals als Ziel ausgegeben hat, nämlich stärker aus der Krise herauszukommen, als wir hineingekommen sind, hat ganz wesentlich mit der Leistung von Betriebsräten und Gewerkschaften zu tun, die in der Krise mit sehr viel Fingerspitzengefühl flexible Lösungen bei Arbeitszeiten, Tarifen und im Umgang mit Kurzarbeit gefunden haben. Dass Deutschland heute weltweit so hervorragend dasteht, ist dem Zusammenspiel von Politik auf der einen Seite und Sozialpartnern auf der anderen Seite zu verdanken.

KRAFT: Wahlen zum Betriebsrat sind exzellent und beispielhaft für gesellschaftliche Teilhabe. Die gesamte Belegschaft in den mitbestimmten Betrieben ist zu den Wahlen aufgerufen – unabhängig von der Nationalität. Der Betriebsrat ist für alle da und darf von allen gewählt werden. Hier wird Partizipation gelebt. Die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter in mitbestimmten Betrieben gehen bei der Integration von Geflüchteten voran. Sie leisten hier große Beiträge, damit Flüchtlinge die Chance auf Praktikumsplätze oder Arbeit in den Betrieben in unserem Land erhalten. ■

Willkommen im Hörsaal!

INTEGRATION Ein Markt der Möglichkeiten und Initiativen war das Hochschulpolitische Forum. Was kann man tun für die Integration von begabten jungen Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen?

Von **Jeannette Goddar**, Journalistin in Berlin – Fotos **David Ausserhofer**

Am Anfang ging alles ganz schnell. Hunderttausende, vielleicht eine Million Flüchtlinge kamen im Sommer 2015 nach Deutschland; und auch die Universitäten werkten in überraschendem Tempo an Angeboten. 50 000 Studierwillige, schätzte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), könnten unter den Zugereisten sein. Und tatsächlich war das Interesse immens, als die Freie Universität Berlin im Herbst 2015 zur ersten Welcome@FUBerlin-Veranstaltung lud.

Krieg reißt sie aus dem Studium

Weit über 100 junge Menschen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan und dem Irak hörten, was ihnen angeboten würde: von Sprachkursen und Orientierungsveranstaltungen zu Berlin und Deutschland, einem Buddy-Programm zwischen deutschen und geflüchteten Studierenden. Ihre Fragen waren zahllos, vor allem aber drehten sie sich um eine: Wann können wir ein richtiges Studium aufnehmen, also nicht Schnupper-, Gast- oder Probestudent sein? Viele nämlich hatten bereits studiert. Den jungen Khaled rissen die Kämpfe um seine Heimatstadt Homs aus dem Medizinstudium; Navid hatte in Afghanistan einen Bachelor in Wirtschaft absolviert; Muja sogar bereits einen Master – aber würde der hier

anerkannt? Unterstützung, das wurde sehr deutlich, war ebenso gefragt wie flexible Lösungen.

Wer dieses Jahr das Hochschulpolitische Forum der Hans-Böckler-Stiftung besuchte, stellte fest: An vielen Rädern ist gedreht worden. 15 Organisationen hatten in den ersten Märztagen in der Berliner Kalkscheune unter dem Motto „Willkommen im Hörsaal! – Integration und Partizipation Geflüchteter“ ihre Stände aufgebaut. Neben der FU Berlin stellten weitere Universitäten ihre Projekte vor, ebenso Stiftungen und freie Träger, der DAAD und das Deutsche Studentenwerk. Es bot sich ein Mut machendes Bild der Vielfalt – aber auch eins, das deutlich machte: Es gilt, an vielen Hebeln anzusetzen. Wer in Deutschland studieren will, braucht Beratung und Anerkennung (der Qualifikation, im Prinzip aber auch der Persönlichkeit), Geld und Deutschkenntnisse – und nicht zuletzt das, was so schön „diversitätssensible Umgebung“ heißt.

Um die bemühen sich große Träger wie das Deutsche Studentenwerk, dessen Servicestelle Interkulturelle Kompetenz den Mitarbeitern in den Beratungsstellen der Hochschulen offensteht. Einen kleinteiligeren Weg geht das 2012 gegründete muslimische Förderwerk für Studierende und Promovierende, Avicenna. Das bildet in mehrtägigen Seminaren insgesamt 150 Sti- ►

Dokumentation des **Hochschulpolitischen Forum**:
www.boeckler.de/veranstaltung_68145.htm

Die **Böckler-Aktion Bildung**:
www.boeckler.de/bab.htm
Interview mit Sarah Winter:
bit.ly/sarah-winter
Website der Kiron University:
kiron.ngo/



”

„Ob am Ende ein Studium steht, ist nicht entscheidend. Unser Anliegen ist, die Schüler bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.“

DIRK PREUSSNER, Mitarbeiter START-Stiftung



Doktorandin Mamoune Ouattara von der Universität Potsdam (o.r.) engagiert sich im Bundesverband ausländischer Studierender. Unten: Ronny Rówert stellt die Kiron University, eine Universität für Flüchtlinge, vor.



Neval Parlak vom Avicenna-Studienwerk bildet in mehrtägigen Seminaren Integrationslotsen aus.

Hannes Schammann/Christin Younso: **Studium nach der Flucht?** Angebote deutscher Hochschulen für Studieninteressierte mit Fluchterfahrung. Empirische Befunde und Handlungsempfehlungen. Hildesheim, Universitätsverlag Hildesheim 2016. Online verfügbar unter www.uni-hildesheim.de/media/presse/Studium-nach-der-Flucht.pdf

► pendiaten der Begabtenförderungswerke – also auch der Hans-Böckler-Stiftung – zu Integrationslotsen aus. „Sie lernen, woran es oft mangelt“, erzählt Neval Parlak, „nämlich Grundwissen zu Asyl- oder Sozialrecht oder auch, was es für den Hochschulzugang braucht. Das tragen sie dann in den Regionalgruppen ihrer Förderwerke weiter.“

Eine weitere Stiftung, die START-Stiftung, setzt bereits vor dem Studium an: Schüler, die nicht länger als fünf Jahre im Land sind, können sich um eine zweijährige Förderung bewerben. „Ob am Ende ein Studium steht, ist nicht entscheidend“, erklärt der Mitarbeiter Dirk Preußner. „Unser Anliegen ist, die Schüler bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.“ Für den Fall, dass sie studieren wollen, steht ihnen – neben anderen Studienförderwerken – die Böckler Aktion Bildung offen, die gezielt Studierende mit voller BAföG-Berechtigung, also auch Geflüchtete, unterstützt. Sarah Winter, die das Bewerbungsverfahren in der Hans-Böckler-Stiftung betreut, erklärte dem Magazin Mitbestimmung anlässlich des Hochschulpolitischen Forums, es bleibe trotz aller Bewegung „eine Menge zu tun“ – von Sprachkursen über Beratung bis zu Studienfinanzierung und Fragen der Anerkennung mitgebrachter Leistungen.

Ausländische Studenten vertreten ihre Interessen

„Sprache, Anerkennung, Aufenthalt und Karriereplanung“ sind auch für Mamoune Ouattara die wesentlichen Themen. Die Doktorandin an der Universität Potsdam ist im Bundesverband ausländischer Studierender aktiv – einer von einer Reihe Organisationen, die bereits sehr lange in der Beratung tätig sind. Neu sei allerdings, dass die vor 15 Jahren gegründete Vertretung von Studierenden mit ausländischen Wurzeln als hochschulpolitischer Akteur auch beachtet würde. Ouattara: „Wir finden mehr Gehör.“ Es habe sich, so sagt ein anderer, 2015 eben auch ein „Gelegenheitsfenster“ für Aktive geöffnet.

Und das hat natürlich, wie immer, auch mit Geld zu tun. Immerhin 100 Millionen Euro investiert der DAAD bis 2019 in Projekte für Geflüchtete, konkret vor allem in zwei Programme. Eins richtet sich an die Hochschulleitungen und heißt „Integra – Integration von Flüchtlingen ins Fachstudium“. Das andere fördert unter dem Ti-

tel „Welcome – Studierende engagieren sich für Flüchtlinge“ an 150 Hochschulen eine bunte Palette niedrigschwelliger Projekte: vom Sprachcafé über Mentorenprogramme bis zur Refugee Law Clinic, in der Jura-Studierende Geflüchtete auf ihrem juristisch komplexen Weg durch die Behörden begleiten. Auch hier gilt: Nicht jedes Rad ist neu erfunden worden – aber es gibt erstmals Geld.

Etwas richtig Neues gestartet hat allerdings eine Gruppe Berliner Studierender, die 2014 mit der Kiron University an den Start ging, und damit mit der vermutlich weltweit einzigen – allerdings selbst ernannten – Universität für Flüchtlinge. Auch Menschen, denen Dokumente fehlen oder deren Eignung noch nicht überprüft ist, so die Idee, sollten ein Studium aufnehmen können. Statt Präsenzuniversität bietet das Bildungs-Startup die Vermittlung in Onlinekurse: in englischer Sprache bei US-amerikanischen Universitäten oder an einer deutschen Partnerhochschule. Eine der Ersten, die sich mit den Kiron-Gründern verbündeten, war die Exzellenzuniversität RWTH Aachen. Viele andere blieben skeptisch. Sie glaubten nicht recht an ein unbetreutes Studium in der Ferne oder bemängelten, dass die Eignung der Studierenden außen vor bliebe.

In Berlin stellte Kiron-Mitarbeiter Ronny Röwert eine Reihe Nachbesserungen vor: Statt University heißt das Projekt nun Kiron Open Higher Education. Auch gäbe es Kooperationen mit Bibliotheken und Hochschulen, damit Studierende nicht in ihren Unterkünften am Smartphone lernen müssen, sondern dort „Study Hubs“ nutzen können. Regionale Study Groups ermöglichen, ähnlich wie bei Fernuniversitäten, Austausch vor Ort. Mit Unterstützung durch das BMBF seien zudem Module entwickelt worden, die Studierenden an die Hand gäben, was sie wann zu lernen haben, um nach zwei Jahren erfolgreich an eine Präsenzuniversität wechseln zu können. Das nämlich ist das Ziel von Kiron: Im dritten Jahr soll das Studium an einer Regeluniversität fortgesetzt werden. Spätestens dort werden dann, wie üblich, auch alle bei Kiron und anderswo erworbenen Scheine und Zeugnisse gründlich geprüft. ■

Top-Ökonomen auf dem IMK-Forum

IMK-FORUM 2017 Liegt die EZB mit ihrer expansiven Geldpolitik richtig? Ist die Mittelschicht abwärtsbedroht? Auf dem IMK-Forum lieferten sich 260 Teilnehmer spannende Debatten.

Marcel Fratzscher erinnerte daran, dass die Debatte um Zinsen und Geldpolitik in Deutschland ganz anders geführt werde als in anderen Ländern. Die deutsche Kritik an der EZB wies der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zurück, diese sei „extrem harsch und hat die Glaubwürdigkeit der EZB beschädigt“, so Fratzscher. Die EZB sei dem gesamten Euroraum verpflichtet und täte daher nichts anderes, als ihrem Mandat zu folgen. Er prophezeite, dass „wir uns noch zwei, drei Jahre auf niedrige Zinsen einstellen müssen“.

Auch Isabel Schnabel, die als Wirtschaftsweise dem Sachverständigenrat der Bundesregierung angehört, kritisierte die deutsche Kritik an der EZB als häufig unsachlich und falsch. Sie erinnerte daran, dass das massive Eingreifen der EZB im Jahr 2012, als EZB-Chef Mario Draghi mit seiner Ansage, den Euro um jeden Preis zu verteidigen, sofort „die Märkte beruhigt hätte“ und „letztlich den Euro gerettet hat“. Allerdings plädierte Schnabel dafür, dass die expansive Geldpolitik nun zurückgefahren werden sollte, da die Risiken und Nebenwirkungen für die Finanzstabilität ihren Nutzen inzwischen übersteigen würden, weil sie strukturelle Reformen in Ländern wie Italien verhindere und den Drang der Anleger zu risikoreichen Anlagen fördere. Sie forderte deshalb eine „schrittweise Beendigung“ des Anleiheankaufprogramms der EZB, die aktuell pro Monat noch Staatsanleihen im Wert von 60 Milliarden aufkauft.

Holger Schmieding, Chefökonom der ältesten deutschen Privatbank, Berenberg, zeigte anhand von Beispielen, wie die expansiven geldpolitischen Schritte der amerikanischen Zentralbank Fed und der EZB quasi binnen weniger Tage für eine sofortige Beruhigung



Foto: Andreas Kämper

Befürworten im Prinzip die EZB-Geldpolitik: Ökonomen Horn, Schnabel, Schmieding (v.r. mit Moderatorin)

der Finanzmärkte gesorgt haben: so die Fed Anfang 2009, um den „wohl teuersten amerikanischen Fehler des Jahrhunderts“ (die Lehman-Pleite) in den Griff zu bekommen, so die EZB 2012 in der Eurokrise.

Horn für sichere europäische Anlageform

IMK-Direktor Gustav Horn warnte deshalb davor, die expansive Geldpolitik vorzeitig zu beenden, das würde die ohnehin nur langsame wirtschaftliche Erholung im Euroraum wieder „abwürgen“. Zudem hält er es für dringend notwendig, eine sichere europäische Anleiheform zu schaffen. „Ob das Eurobonds oder andere Anleiheformen sein sollten, muss man diskutieren“, sagte Gustav Horn.

Einig waren sich alle Diskutanten, dass es derzeit keine größere Inflationsgefahr gebe, weil weder die Lohninflation, die Geldmenge und auch die Kreditvolumina abnorm steigen würden. Zudem sei die Kerninflationsrate konstant. Auch von kritischen Blasen könne noch keine Rede sein, sehe man von verein-

zelter regionaler Überhitzung auf dem Immobilienmarkt ab.

Erheblichen Dissens auf dem Podium gab es bei der Frage, welche politischen Struktur-reformen Länder einleiten sollten, um nach dem Ende der Niedrigzinspolitik nicht vor erhebliche Finanzprobleme gestellt zu werden. Die Aussagen von Holger Schmieding, die Agenda 2010 hätte Deutschlands Wirtschaftsaufschwung und die aktuell niedrige Arbeitslosenzahl erst ermöglicht, stieß auf viel Widerspruch im Publikum. Für richtigen Aufruhr sorgte jedoch eine Bemerkung der Wirtschaftsweisen Isabel Schnabel, die Debatte um den Abstieg der Mittelschicht und die zunehmende Ungleichheit sei falsch. „Deutschland geht es viel besser, als wir es darstellen. Das sind alternative Fakten“, hatte Schnabel gesagt. Gustav Horns Kommentar dazu: „Ich würde die wissenschaftlichen Untersuchungen des DIW, die genau das gezeigt haben, nicht als ‚fake news‘ bezeichnen.“ ■

Von **Guntram Doelfs**, Journalist in Berlin

Großer Gestaltungswille

VOLLKONFERENZ Die Arbeitsgemeinschaft Engere Mitarbeiter der Arbeitsdirektoren Stahl stellte sich in Hattingen den Herausforderungen und Chancen der digitalen Transformation.

Big Data optimiert den Stahlguss, ganzheitliche Produktionssysteme erfassen von der Bestellung bis zur Auslieferung nahezu jeden Prozessschritt, und im Lager kommissionieren die Mitarbeiter mit Datenbrillen: Längst hat die vierte industrielle Revolution auch die Stahlbranche erreicht. Die digitale Vernetzung zwischen Maschinen und zwischen Maschinen und Menschen nimmt stetig zu, was die Mitbestimmungsakteure in den Stahlfirmen vor große Veränderungen stellt.

„Arbeitsorganisation, Entgrenzung, Datenhoheit, Beschäftigungsformen, sinnvoller Einsatz von Leistungsgewandelten, rechtssicheres Partnerfirmenmanagement – dies sind Themen, denen wir uns in Zukunft verstärkt widmen müssen“, verkündete Jörg Disteldorf, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Engere Mitarbeiter der Arbeitsdirektoren Stahl, eingangs der Vollkonferenz des Netzwerks Ende März auf der Hattinger Henrichshütte. Thematischer Mittelpunkt: Personalarbeit im Stahl im Zeitalter von Industrie 4.0.

Deutlich war von Beginn an: Wenn die Mitbestimmungsseite nicht ganz vorne mitgestaltet, verläuft die vierte industrielle Revolution allein unter den Vorgaben von Ingenieuren und Controllern. Nach Ansicht von Michael Guggemoos, Sprecher der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung, die die Tagung ausrichtete, muss die Mitbestimmung deshalb insgesamt agiler werden: „Wir müssen uns von der klassischen Planungsperspektive verabschieden und eine Lernperspektive einnehmen. Nur so können wir die disruptiven Veränderungen begreifen und auf sie reagieren.“

Wie dies konkret aussehen kann, erfuhren die rund 120 Teilnehmer der Vollkonferenz



Jörg Disteldorf, Sprecher der AG (m.), mit Böckler-Referent Giertz (r.) und Referent Strohmeier

Foto: Matthias Hubert

anhand von Beispielen auch aus anderen Branchen. Volker Gohr, Mitglied der Geschäftsführung des Gesamtbetriebsrates der Telekom, berichtete von der paritätisch besetzten „Zukunftskonferenz“, mit der das Unternehmen seit 2013 den Wandel begleitet. „Ob neue Arbeitsformen oder Skill-Management – wir wissen, dass der Weg steinig ist, aber wir sind uns einig, die Zukunft gemeinsam zu gestalten“, so Gohr.

Elke Eller, Personalvorstand und Arbeitsdirektorin der TUI AG, verwies darauf, dass neue Techniken und Methoden nicht per se für die Belange der Arbeitgeberseite gemacht sind. „Mit Big Data lassen sich im Personalbereich nicht nur Kosten und Kräfte verwalten, es ist ein qualitatives Personalwesen möglich“, so Eller. Noch ein weiteres, von Elke Eller angesprochenes Feld: die immer breiter werdenden Interessen der Belegschaften etwa

bei Arbeitszeit oder Arbeitsort. „Als Arbeitsdirektorin erwarte ich von den Betriebsräten, die Interessen zu kanalisieren.“ Hier könnten neue Methoden und Instrumente wie Group-Apps helfen und so die Mitbestimmung stärken (siehe auch Elke Eller zum Fall TUI vor dem EuGH auf Seite 50).

Der Wille unter den Personalern im Stahlsektor zur aktiven Gestaltung des Wandels scheint jedenfalls groß. Allerdings müssen auch sie sich an eine neue Rolle gewöhnen: Wies die Stahlbranche mit ihrer Montanmitbestimmung anderen Wirtschaftsbereichen in der Vergangenheit oft den Weg, vollziehen sich jetzt die Entwicklungen anderswo schneller und vielleicht auch tiefgreifender. „Wir können viel von anderen Branchen lernen“, ist Jörg Disteldorf überzeugt. Die agile Mitbestimmung scheint auf dem Weg. ■

Von Dirk Schäfer, Journalist in Dortmund

55

Beschäftigte der Hans-Böckler-Stiftung waren 2016 zur Betreuung erkrankter Kinder und zur Pflege Angehöriger insgesamt 217 Arbeitstage ohne Lohneinbußen freigestellt. Dies ermöglicht eine Betriebsvereinbarung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus dem Jahr 2013.

Quelle: Personal- und Sozialbericht 2016

HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Wechsel im Vorstand

Neu in den Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung berufen wurde Irene Schulz, 53, die die Aufgaben einer Vorstandsbeauftragten für die Studienförderung übernommen hat.



Foto: Alexander Paul Englert

Irene Schulz ist seit 2013 hauptamtliches Mitglied im IG Metall Vorstand und dort zuständig für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und den Bereich Mitglieder und Erschließung. Ausgeschieden aus dem Vorstand der Stiftung ist die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, 49, sie hatte seit Dezember 2011 dieses

Amt inne. Der Vorstand dankte ihr für ihre engagierte Arbeit für die Stiftung. Der neue stipendiatische Vertreter im Vorstand der Stiftung ist Raimund Meß aus Therman. Er studiert seit 2012 an der Fachhochschule Aachen Luft- und Raumfahrttechnik. ■

HISTORIKER-DEBATTE

Frauen und ihr Wahlrecht



Foto: David Ausserhofer

Historikerin Bader-Zaar sprach über die Heterogenität der Frauenbewegung

Mit der Novemberrevolution 1918 etablierte sich ein demokratischer Staat, der mit der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts nun auch den Frauen die volle politische Teilhabe zugestand. Wie in Deutschland erhielten nach dem Ersten Weltkrieg Frauen in zahlreichen Ländern das Wahlrecht. Anfang März diskutierten auf Einladung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung Historiker/-innen in Berlin: Wie ist die deutsche Zeitenwende in den internationalen Kontext einzuordnen? Die Wiener Historikerin Birgitta Bader-Zaar schilderte, wie heterogen die Frauenbewegungen waren. Bürgerliche und sozialistische Frauenrechtlerinnen einte zwar der Wunsch nach dem Wahlrecht, aber ansonsten „herrschte zwischen Pazifistinnen und Patriotinnen eine tiefe Kluft“. Die Hamburger Historikerin Angelika Schaser erinnerte daran, dass Frauen auf Themen wie soziale Arbeit und Wohlfahrt beschränkt blieben „und damit weiterhin der tradierten gesellschaftlichen Rollenzuordnung“ folgten. Der folgten übrigens lange Zeit auch die Gewerkschaften. „Wer glaubt, die Einführung des Frauenwahlrechts sei dem vehementen Einsatz der Gewerkschaften zu verdanken, ist leider auf dem Holzweg“, stellte Gewerkschaftshistoriker Michael Schneider von der Uni Bonn klar. ■

Mehr Informationen in der Dokumentation
www.boeckler.de/veranstaltung_107173.htm



„Zwischen Pazifistinnen und Patriotinnen herrschte eine tiefe Kluft.“

BIRGITTA BADER-ZAAR, Historikerin aus Wien

Was hält TUI davon, dass der Konzern Testfall für die Mitbestimmung ist – beim EuGH?



Foto: Matthias Hubert

Der TUI-Konzern ist gelebte Mitbestimmung. Bei der Frage, ob Mitbestimmung oder nicht, gibt es bei uns keinen Dissens. Wir bekennen uns zur Mitbestimmung und der damit einhergehenden Vertretung der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat. Der Erfolg der deutschen Wirtschaft beruht auch auf diesem Modell, das die Interessen der Anteilseigner und der Arbeitnehmer gleichermaßen berücksichtigt. Bei TUI pflegen wir einen vertrauensvollen und zielorientierten Austausch zwischen Unternehmen und Konzernbetriebsrat, Europabetriebsrat und anderen Gremien der Mitbestimmung. Überdies sind wir ein People Business. Das bedeutet, dass bei uns auch im Geschäftsalltag der Mensch der wichtigste Faktor ist. Die TUI AG steht hier aber nur stellvertretend für alle mitbestimmten Unternehmen: Der Rechtsstreit hat Folgen für alle Aufsichtsräte von mitbestimmten Unternehmen in Deutschland. Von der Anhörung geht ein positive Signal aus, mehrere EU-Länder wie auch die EU-Kommission unterstützen unsere Position. Sie stufen die deutsche Mitbestimmung als hohes Gut und die Regelungen zur Wahl des Aufsichtsrates als mit Europarecht vereinbar ein. ■

ELKE ELLER ist TUI-Personalvorstand. Sie sprach auf der Böckler-Konferenz der Arbeitsdirektoren Stahl über Chancen neuer Partizipation. Mitte 2017 wird die EuGH-Entscheidung erwartet, ob die Mitbestimmung europarechtskonform ist.

Mehr mitbestimmte Unternehmen

Im 40. Jahr des 76er-Mitbestimmungsgesetzes waren nach längerer Zeit erstmals wieder mehr Unternehmen mitbestimmt als im Vorjahr. In 641 Unternehmen in Deutschland gab es paritätisch besetzte Aufsichtsräte, im Jahr zuvor war dies in 635 Unternehmen der Fall.

Größe der Aufsichtsräte konstant geblieben

Hinsichtlich der Größe der Aufsichtsräte verzeichnen wir nur geringfügige Änderungen. Die meisten mitbestimmten Aufsichtsratsgremien bestanden aus zwölf Personen, dies traf 2016 auf 415 Unternehmen zu, und damit auf 65 Prozent aller mitbestimmten Unternehmen. Einen 16er-Aufsichtsrat hatten 106 Unternehmen, und die maximale Anzahl von 20 Aufsichtsräten gab es in 120 Unternehmen. Das Verhältnis der Größenklassen zueinander ist seit Jahren unverändert.

Trend: Rechtsform der AG auf dem Rückzug

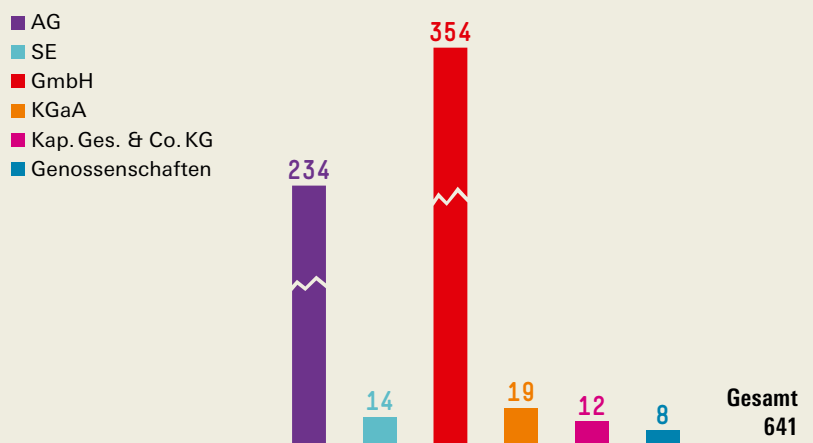
Die Zahl der mitbestimmten GmbHs wächst stetig an, während es immer weniger mitbestimmte AGs gibt. Diese Entwicklung setzt sich nun schon seit über 20 Jahren fort. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft hat insgesamt an Attraktivität in Deutschland verloren. Dies hat aber nicht zu einem Zuwachs bei der SE geführt. Gerade einmal zwei Unternehmen, die Innogy SE und die Uniper SE, wandelten sich im vergangenen Jahr in eine SE um. Neuer Beliebtheit erfreut sich die Einbindung der SE als persönlich haftender Komplementär in die KGaA (SE & Co KGaA). Diese Rechtsform nutzten 2016 zwei Unternehmen mehr als im Vorjahr. ■

Von Irene Ehrenstein

Mehr Informationen und Grafiken unter
www.boeckler.de/5543.htm#cont_5724
www.mitbestimmung.de/wissen-kompakt

Unternehmen nach 76er-Mitbestimmungsgesetz

Stand 31.12.2016, in absoluten Zahlen



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

PROMOTIONSSTIPENDIATEN

Demokratiepolitischer Diskurs mit Soziologe Oskar Negt

„Demokratie – was wir vom antiken Athen heute lernen können“. Über diese Frage reflektierten Promotionsstipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung mit dem bekannten Soziologen Oskar Negt und seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Hendrik Wallat von der Leibniz-Universität Hannover. Man sprach über fundamentale Differenzen von Antike und Moderne, man stellte Grund-



Foto: Felix Prühl

Toll, mit Oskar Negt (3.v.r.) zu diskutieren

lagen der Demokratie auf den Prüfstand entlang der Denkfiguren von Platon bis Hannah Arendt. So funktioniere Rede- und Pressfreiheit nur, wenn um Wahrheit und Wahrhaftigkeit wirklich gerungen werden könne. Oskar Negt, der den politischen Menschen im Zentrum sieht, versteht Demokratie nicht nur als Herrschafts-, sondern auch als Lebensform, die möglichst viele gesellschaftliche Bereiche erfassen müsse.

Bereits zwischen dem 7. und dem 5. Jahrhundert vor Christus handelten Bürger als Gleichwertige, allerdings gut versorgt von einer Sklavenhalterökonomie. Und heute? Wie verhält es sich mit den normativen Grundlagen demokratischer Gesellschaften angesichts wachsender sozialer Ungleichheit, anhaltender (Bürger-) Kriege und Fluchtmigration? Vor welchen Herausforderungen steht autonomes Denken und Handeln heute? Einig war sich die Seminarrunde, dass das verletzbare Reflexionsvermögen der Vernunft und institutionelle Vorkehrungen nicht ausreichen, um die Demokratie zu schützen. ■

WIR - DIE HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Foto: Uli Baatz

Die Betriebsräte-Befrager

Wolfram Brehmer und Helge Baumann sind Fachmänner für die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland. Sie sind verantwortlich für die WSI-Betriebsrätebefragungen, für die inzwischen mehrere tausend Betriebsräte interviewt werden. Suchen Wissenschaftler seriöse Zahlen zur Arbeitsbelastung oder wollen Betriebsrätinnen wissen, ob Frauen auch in anderen Gremien stark unterrepräsentiert sind, kann auf diese Befragungsergebnisse zurückgegriffen werden. „Ein wichtiges Anliegen ist es, die Qualität der Befragung hoch zu halten, sie dabei konstant weiterzuentwickeln und die Befragungsinstrumente möglichst interessant und nachvollziehbar für die Befragten bleiben zu lassen“, sagt Wolfram Brehmer. Dazu passend promoviert Helge Baumann zur Datenqualität in telefonischen Befragungen an der Ruhr-Universität Bochum. ■

WSI, Referat Empirische Strukturanalysen

Wolfram Brehmer, Telefon: 02 11/77 78-340, wolfram-brehmer@boeckler.de
Helge Baumann, Telefon: 02 11/77 78-603, helge-baumann@boeckler.de

Die Ausstellungsmacherin

Die Historikerin **LISA KOSOK** hat Dutzende Ausstellungen entworfen. Jetzt ist sie Professorin für Kulturerbe in Hamburg und setzt sich für den Erhalt historischer Gebäude ein.

Text **Marc von Lüpke** – Foto **Cordula Kropke**

Kräne und Bagger, Brachflächen und Neubauten: Lisa Kosok arbeitet auf einer riesigen Baustelle. Auf 160 Hektar entsteht in Hamburg ein neuer Stadtteil – die HafenCity. Mittendrin die Hafen-City Universität. Hier lehrt die Historikerin seit 2016 als Professorin für Kulturerbe und Museumswissenschaften. Zuvor hat sie jahrzehntelang in Museen gearbeitet.

„Was hier alles weg- und abgerissen wurde“, sagt Kosok. „Das ist so, als wenn Seite für Seite aus dem Geschichtsbuch der Stadt gerissen würde.“ Mit ihrer Kritik an der Zerstörung historisch bedeutsamer Gebäude eckt die energische Wissenschaftlerin bisweilen an. „Es geht mir nicht um schöne oder hässliche Gebäude“, sagt Kosok, „sondern um solche, die für eine bestimmte Zeit stehen oder eine politische Kultur ausdrücken.“ Nur das Erbe zu bewahren ist ihr zu wenig. „Überlieferung“ ist ihr Ziel: Kosok möchte zeigen, wie man Erkenntnisse gewinnen kann, wenn man die Relikte der Vergangenheit zu lesen versteht.

Ursprünglich hatte die heute 61-Jährige einen anderen Beruf ergreifen wollen. In den 1970er Jahren studierte Kosok an der Ruhr-Universität Bochum Geschichte, Germanistik und Pädagogik. Lehrerin wollte die junge Frau aus Bottrop werden, die aus einem kinderreichen Beamtenhaushalt stammt. Nach dem Staatsexamen bot ihr der Bochumer Ordinarius Hans Mommsen stattdessen eine Stelle an. Kosok erforschte nun das Vereinswesen und Freizeitverhal-

ten der Metallarbeiter des Hüttenwerks Duisburg-Laar im 19. Jahrhundert. Die Themen Freizeit und Vergnügen sollten die Forscherin nicht mehr loslassen. 1989 promovierte sie über „Arbeiterfreizeit und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet“, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Neben der Arbeit an der Universität hatte Kosok bereits ein zweites Tätigkeitsfeld entdeckt. „In den



Foto: privat

80er Jahre: Böckler-Promovendin Kosok

1980er Jahren entstanden in vielen Städten Ausstellungen zum Thema ‚Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus‘, so Kosok. „Damals habe ich zum ersten Mal erlebt, wie wichtig die Geschichtsvermittlung in Form von Ausstellungen ist.“

Kosok arbeitete im Ruhrlandmuseum, dem heutigen Ruhr Museum. 1992 konzipierte sie dort eine Ausstellung über Jahrmärkte, Varietés und andere Orte der Ver-

gnügung zur Jahrhundertwende. Ein Jahr später zog es sie als stellvertretende Direktorin des Museums der Arbeit nach Hamburg. Für Kosok als ehemaliges Mitglied der GEW war das eine gesellschaftliche Verpflichtung. „Ich habe mich immer bemüht, die Gewerkschaften in meine Arbeit einzubeziehen. Das ist mein Böckler’sches Erbe.“

Dutzende Ausstellungen hat sie im Laufe ihres Berufslebens kuratiert – seit 2004 als Direktorin des Museums der Arbeit, später des Museums für Hamburgische Geschichte und als Gründungsdirektorin des Hansemuseums Lübeck.

So viel Freude das bereitete, so viel Energie verschlang der Kampf ums Geld. Zwei Jahre lang, von 2008 bis 2010, war Kosok Vorstandsvorsitzende der Trägerinstitution der historischen Museen der Hansestadt. „Vergnügungssteuerpflichtig war das nicht“, sagt sie. „Meistens ging es um die Frage, wo konzentriert, zentralisiert und gespart werden konnte.“ Für die Idee einer konzertierten Stadtgeschichte Hamburgs blieb wenig Raum.

Nach vielen Jahren im Museum hat sie nun die Gelegenheit, diesen Lebensabschnitt zu reflektieren. „Meine Arbeit als Professorin ist mir sehr wichtig“, so Kosok. „Alles, was ich an Erfahrung und Wissen erworben habe, kann ich hier an die nächste Generation weitergeben.“ Zusätzlich ist sie mit der Entwicklung eines Zentrums für Stadt- und Baukultur beauftragt: „Mein Aufgabenzettel ist noch ziemlich voll.“ ■



Lisa Kosok in der Hamburger
HafenCity Universität für
Baukunst und Metropolen-
entwicklung



WSI-Tariftagung 2017: So viel Prominenz!

Die WSI-Tariftagung hat in diesem Jahr eine spannende Dramaturgie: Am 4. Mai referieren Wissenschaftler des WSI und Gerhard Bäcker über Tarifpolitik als Verteilungskonflikt und Verbindungen zur Arbeitsmarktpolitik und zu Arbeitskämpfen.

Danach kommentieren Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften diese Referate, so Stefan Körzell, DGB, Peter Hausmann, IG BCE, Andrea Kocsis von ver.di. Und es diskutieren die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger und der baden-württembergische IG-Metall-Vorsitzende Roman Zitzelsberger über Digitalisierung und Prekarisierung.

Dass so viel Prominenz nach Düsseldorf kommt, hat einen Grund. Reinhard Bispinck, der seit 1989 Leiter des Tarifarchivs ist, hat nun das Alter erreicht, das einem Archivar zusteht. Er wird bei diesem Event in den Ruhestand verabschiedet. ■

Tagung am 4. Mai in Düsseldorf

Sarah Roeger, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-105

@ sarah-roeger@boeckler.de

Foto: Werner Bachmeier



Besser geht's mit.bestimmt

Die Betriebsratswahlen 2018 sind Referenz bei dieser Veranstaltung der HBS in Kooperation mit der IG BCE. Themen sind die Rahmenbedingungen der Betriebsratsarbeit, die Nachwuchsförderung und Betriebsrätequalifizierung. Betriebsräte großer Firmen stellen ihre Mitbestimmungspraxis vor.

Veranstaltung vom 30. bis 31. Mai in Berlin

Jennifer Büsen, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-111

@ jennifer-buesen@boeckler.de

Europäisches Gespräch 2017

Europa braucht neue Regeln für Wohlstand für alle. Wie diese Regeln gestaltet sein müssten und wer an ihrer Gestaltung beteiligt sein sollte, diskutieren die Teilnehmer des diesjährigen Europäischen Gesprächs der Hans-Böckler-Stiftung mit dem EU-Wirtschafts- und -Währungskommissar Pierre Moscovici. Es gibt simultane Übersetzungen ins Englische und Französische.

Tagung vom 27. bis 28. April in Brüssel

Katharina Jakoby, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-124

@ katharina-jakoby@boeckler.de

Netzwerk Geschichte

Die Altstipendiatinnen und -stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung treffen sich in diesem Jahr, um sich mit der Geschichte des Arbeitsschutzes zu befassen und Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung und Humanisierung der Arbeit zu diskutieren.

Veranstaltung vom 12. bis 13. Mai in Dortmund

Nadine Raupach, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-276

@ nadine-raupach@boeckler.de

Stärkung der Tarifbindung

Wenn Lohn- und Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen geregelt werden, partizipieren Beschäftigte an der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. ver.di und WSI laden ein, gewerkschaftliche Initiativen zur Stärkung der nachlassenden Tarifbindung zu diskutieren.

Veranstaltung vom 15. bis 16. Mai in Berlin

Stefanie Liebe, ver.di/Ressort 2
Telefon: 0 30/69 56 11 12

@ stefanie.liebe@verdi.de

Netzwerk Wirtschaftspolitik

Das Referat Alumni der Studienförderung thematisiert die betriebliche Integration von Flüchtlingen beim Treffen der Ex-Stipendiat/-innen des Netzwerks Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsdirektorin des Stahlunternehmens Outokumpu Nirosta gibt Einblicke in die betriebliche Praxis.

Veranstaltung am 23. Juni in Köln

Nadine Raupach, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-276

@ nadine-raupach@boeckler.de

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: Karsten Schöne



”

„In einer unsicheren Welt besinnen sich viele auf die Vorteile Europas“

ANDREW WATT über Römische Verträge, die Brexit-Entscheidung und den Weckruf für Europa.

Der 60. Jahrestag der Römischen Verträge am 26. März wurde zu Recht weithin und groß gefeiert, es war ein denkwürdiges, aber auch ein zwiespältiges Ereignis. Denn wenige Tage später setzte das Vereinigte Königreich das Verfahren nach Artikel 50 in Gang: Zum ersten Mal – wenn es kein politisches Erdbeben gibt – wird ein Land die EU verlassen.

Der in Rom geschlossene Vertrag zur Gründung der EWG verfolgte explizit das Ziel, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“ zu schaffen. Er definierte die wesentlichen Institutionen – Kommission, Ministerrat, Parlament, Gerichtshof. Und er verankerte die vier Grundfreiheiten: In den Folgejahren wurden Zölle abgeschafft und Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten beiseitegeräumt.

Vor allem aber legte er den Mechanismus fest, nach dem aus der Wirtschaftsgemeinschaft heraus – über eine Liberalisierung der Märkte – eine politische Gemeinschaft wächst. Denn der vor 60 Jahren geschlossene Vertrag sah vor, dass „die innerstaatlichen Rechtsvorschriften“ angeglichen werden, „soweit dies für das ordnungsmäßige Funktionieren des gemeinsamen Marktes erforderlich ist“. Dieser durch wirt-

schaftliche Liberalisierung getriebene Integrationsprozess brachte viele Vorteile, hat aber gleichzeitig zu Problemen und Spannungen geführt. Nationale Institutionen (ein jüngstes Beispiel ist die deutsche Unternehmensmitbestimmung) kommen unter Anpassungsdruck. Vielfach ist es schwierig, die notwendigen Mehrheiten für gemeinsame Lösungen auf der europäischen Ebene zu finden.

Das ist ein Grund für die zunehmende Euroskepsis. Rechtsnationalistische und populistische Parteien versuchen, Gewinn daraus zu schlagen, dass viele Menschen das Vertrauen in das europäische Projekt und dessen Problemlösungskompetenz verloren haben.

In dieser Situation ist die Brexit-Entscheidung der Briten – genauer: einer knappen Mehrheit jener Briten, die am 23. Juni 2016 abgestimmt haben – ein Weckruf für Europa. Entgegen mancher Befürchtungen steigen die Zustimmungswerte zur Europäischen Union, nicht zuletzt auch in den Krisenländern des Südens.

Im Vereinigten Königreich, das nun selbst von einer politischen Desintegration bedroht ist, bekommt man zunehmend kalte Füße wegen des erfolgten Sprungs ins Ungewisse. Putin im Osten, Trump im Westen – in einer unsicheren Welt besinnen sich viele auf die Vorteile Europas.

Nun mobilisiert eine neue proeuropäische Bürgerbewegung – die Initiative Pulse of Europe – Zehntausende Menschen, die öffentlich Gesicht zeigen für ein weltoffenes und friedliches Europa. Sie wollen die Debatte nicht den Schwarzmalern, den Faktenverdrehern und Populisten überlassen. Sie sehen auch, dass seit der Finanzkrise Anstrengungen unternommen werden, die Schwächen der EU zu überwinden. Aber es bleibt viel zu tun, und es bedarf weiterer Vertragsänderungen, um die EU für die nächsten 60 Jahre fit zu machen.

Wie können wir die ökonomischen und sozialen Probleme Europas lösen? Wie muss eine EU konstruiert sein, damit Frieden und sozialer Fortschritt auf dem Kontinent für weitere 60 Jahre gesichert werden? Das diskutieren wir auch auf dem Europäischen Gespräch der Hans-Böckler Stiftung am 27. und 28. April in Brüssel – mit prominenten Wissenschaftlern und Politikern. ■

Sie können das Europäische Gespräch am 27./28.4.2017 live verfolgen.

Alle Infos und das Programm unter <http://bit.ly/european-dialogue-2017>

ANDREW WATT ist Wissenschaftler und Abteilungsleiter am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK, der Hans-Böckler-Stiftung.

Strategien gegen den Stress

ARBEITSSCHUTZ Zieldiktate statt Zielvereinbarungen: Zwei Studien erklären den Zeit- und Leistungsdruck bei Dienstleistungen und warum kollektive Gegenstrategien angezeigt sind.



Kein Arbeitnehmer, der nicht über Zeit- und Leistungsdruck klagt. Zwei Studien, die in der edition sigma der Nomos Verlagsgesellschaft erschienen sind, untersuchen, was genau es ist, was als „Druck“ empfunden wird, und welche Umgangsweisen mit dem Stress Organisationen und Beschäftigte entwickelt haben. Beide Veröffentlichungen basieren auf dem von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) geförderten Projekt „Zeit- und Leistungsdruck bei Dienstleistungstätigkeiten“. Sie nehmen höher qualifizierte Arbeitnehmer des schnell wachsenden tertiären Sektors in den Blick.

Als Belastungsfaktoren identifizieren die Autoren der ersten Studie (Handrich und andere), in deren Mittelpunkt Ärzte eines Krankenhauses, Fach- und Führungskräfte eines Infrastrukturdienstleisters und eines Technikunternehmens sowie Lehr- und Führungskräfte eines Bildungsanbieters stehen, zu enge Zielvorgaben, Kennziffernsteuerung und aufwendige Dokumentationspflichten. Der Druck steigt zusätzlich, wenn gegen betriebliche Qualitätsstandards und gegen berufsethische Normen verstoßen wird. Die Autoren empfehlen den Beschäftigten eine „begrenzend pragmatische Umgangsweise“ und machen dazu konkrete Vorschläge: Zielvereinbarungen statt Zieldiktate und eine Begrenzung der Bürokratie.

In den Fallstudien des zweiten Bandes (Dunkel/Kratzer), die in Software- und einem Hightechunternehmen entstanden sind, diagnostizieren die Autoren einen steigenden Anforderungs-

ungsdruck, Koordinationsdruck und Beobachtungsdruck. Es werden zwei idealtypische, gegensätzliche Herangehensweisen für den Umgang mit Zeit- und Leistungsdruck unterschieden: Perfektionismus und Pragmatismus. Ähnlich wie die Autoren der ersten Studie bevorzugt auch das zweite Autorenteam eine pragmatische Herangehensweise: eine Arbeitsorganisation, die Unterbrechungen vermeidet, oder größere Gestaltungsspielräume und realistische Zielvorgaben.

Was die Ursachen des Leistungsdrucks angeht, kommen beide Autorenteam zu vergleichbaren Ergebnissen: Verantwortlich seien die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die damit verbundene stärkere Markt- und Kundenorientierung. Die Beschäftigten in den untersuchten Betrieben müssen mit dem Druck meist individuell umgehen. Kollektive Gegenstrategien gibt es praktisch nicht. Aus diesen Ergebnissen kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Gewerkschaften verstärkt Informations- und Unterstützungsangebote auch für die Beschäftigten auf den höheren Hierarchiestufen im Dienstleistungssektor entwickeln müssen.

Von **Ludwig Heuwinkel**, Bielefeld

Christoph Handrich/Carolyn Koch-Falkenberg/G. Günter Voß: **Professioneller Umgang mit Zeit- und Leistungsdruck**. Baden-Baden, edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft 2016. 271 Seiten, 34 Euro

Wolfgang Dunkel/Nick Kratzer: **Zeit- und Leistungsdruck bei Wissens- und Interaktionsarbeit**. Neue Steuerungsformen und subjektive Praxis. Baden-Baden, edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft 2016. 205 Seiten, 24,90 Euro

Fazit

**SEHR LESENSWERT - IN DER ANALYSE
GENAUSO WIE IN DEN PRAXISTIPPS**

Grüne Finanzmarkt-Ideen



Die Reformen innerhalb der EU, die nach der großen Krise der Jahre 2008/2009 das Finanzsystem sicherer machen sollten, reichen bei Weitem nicht, um den nächsten Crash zu verhindern. Davon sind Sven Giegold, Udo Philipp und Gerhard Schick, drei Wirtschafts- und Finanzmarktexperten der Grünen, überzeugt.

Zwar hätten sich Regulierungsbehörden in Basel nach der Finanzkrise auf eine neue Bankenregulierung (Basel III) geeinigt, sie sei aber zu halbherzig ausgefallen.

So wurden zwar die Eigenkapitalanforderungen für Banken auf sieben Prozent erhöht, die Sache habe aber einen Haken: „Das geforderte Eigenkapital bezieht sich nicht auf die gesamte Bilanz, sondern nur auf risikogewichtete Aktiva“, kritisieren die Autoren. Um die Risiken ihrer Kredite und anderer Vermögensgegenstände zu berechnen, dürften die Banken sich jedoch sehr fragwürdiger Risikomodellen bedienen,

Die Autoren beschreiben die potenziellen Hotspots eines neuen Finanzcrashs. Neben dem nach wie vor problematischen, zu geringen Eigenkapital der Banken betrifft das ihre Größe mit einem für den Staat in Krisenzeiten erpresserischen Drohpotenzial („too big to fail“). Die Autoren beziehen auch die wenig regulierten, sogenannten Schattenbanken (etwa Geldmarktfonds und Lebensversicherungen, wenn diese wie Banken Kredite vergeben) in ihr Krisenszenario mit ein. Deren Geschäfte sollten zwar nicht verboten, aber ähnlich reguliert werden wie die der Banken, die Eigenkapitalquoten vorweisen müssen, mahnen Giegold, Philipp und Schick. Sonst würden die Risiken von den Banken zu den laxer regulierten Schattenbanken abwandern.

Die Autoren präsentieren ein Bündel von Vorschlägen zur Regulierung der Finanzwirtschaft und beziehen die Stärkung des Verbraucherschutzes dabei mit ein. Bezogen auf die Rolle von Ratingagenturen zur Bewertung von Finanzprodukten fordern sie: „Ratingagenturen sollten ebenso wie andere öffentliche Güter über Steuern oder verpflichtete Abgaben bezahlt werden.“ Die Autoren regen an, für deren Finanzierung einen Teil der Gelder aus der geplanten und bisher von Lobbyisten verhinderten Finanztransaktionssteuer heranzuziehen. Die Analysen gipfeln in der Einschätzung, dass die Finanzwirtschaft zu stark auf Kurzfristigkeit ausgerichtet sei – eine Einschätzung, die seit Kurzem auch die weltweit größten Pensionsfonds teilen. Eine umfassendere Regulierung der Finanzwirtschaft mache aber letztendlich nur Sinn, wenn man dabei nicht aus dem Auge verliere, dass in Europa mehr Wachstum für einen „Green New Deal“ zustande kommen muss. ■

Von Ingo Zander, Köln

Sven Giegold/Udo Philipp/Gerhard Schick: **Finanzwende**. Den nächsten Crash verhindern. Berlin, Wagenbach 2016. 173 Seiten, 12 Euro

DREI FRAGEN AN KLAUS FRANZ



Foto: Opel/A. Liebschner



Der frühere Vorsitzende des Opel-Gesamtbetriebsrats, Klaus Franz, legt in „Die Rettung von Opel vor der Insolvenz“ ein Lehrstück für Arbeitnehmervertreter vor, aber auch für Manager.

Sie schreiben, Arbeitnehmervertreter hätten Opel mit dem Mittel der Mitbestimmung vor der Insolvenz gerettet. Ist das nicht ein bisschen übertrieben?

Nein. Wir wussten aus verlässlichen Quellen, dass eine Insolvenz der Opel-Mutter GM bevorstand. Opel wäre mit in den Abgrund gerissen worden. Deshalb haben wir erst gar nicht auf eine Initiative des weitgehend GM-hörigen Managements gesetzt, sondern sind mit der Politik auf Investorensuche gegangen, um Opel vor der Insolvenz von GM aus dem Konzern zu lösen. Wir waren die treibende Kraft der Marke und des Unternehmens nach innen und außen.

Gewerkschaften und Betriebsräte hätten dabei eine mitgestaltende Rolle zunächst abgelehnt. Warum?

Co-Management als Form der Betriebsratsarbeit ist umstritten. Betriebsräte sehen die Gefahr von Bestechlichkeit und der Abhängigkeit vom Management. Co-Management erfordert daher persönliche Integrität, geleitet von ethischen Normen, aber nur dadurch konnten wir eine Produktstrategie durchsetzen, die die Zukunft von Opel gesichert hat.

Was können Sie Arbeitnehmervertretern von Opel nach der Übernahme durch PSA aus Ihrer Erfahrung heraus raten?

Arbeitnehmervertreter müssen mit eigenen Vorstellungen über das zukünftige Unternehmen in Verhandlungen gehen. Wer abwartet, bis das Management mit seinem Plan kommt, ist als Getriebener in der Defensive. Es gilt, die Gemeinsamkeiten mit den französischen Gewerkschaften zu suchen und sich als europäische Interessenvertretung mit einer Sprache dem Management zu stellen. ■

Die Fragen stellte **Andreas Schulte**.

Die Putzfrau aus „Anne Will“



Dass die IG BAU für ein Buch von Bastei Lübbe wirbt, kommt selten vor. Die Lebensgeschichte von Susanne Neumann ist eine Ausnahme. Neumann ist die Putzfrau, die bei „Anne Will“ zu Gast war und Sigmar Gabriel die Meinung sagte: „Warum bleibt ihr Sozis bei den

Schwatten?“ Bastei Lübbe, sonst für eher seichte Belletristik bekannt, hat sie mit dem Ghostwriter Andreas Hock, einem Bestsellerautor, zusammengepannt, der mit „Susi“ vier Tage in ihrer Heimatstadt Gelsenkirchen verbracht hat.

Hock als Koautor sorgt für eine exzellente Lesbarkeit. Man erfährt, wie Neumanns Leben verlaufen ist und dass es nicht einfach war. Und man versteht, warum die Gewerkschaft für sie so etwas ist wie eine Lebensversicherung. Es ist ihre Gewerkschaft, die IG BAU, die sie ermutigt, dem Arbeitgeber die Unterschrift zu verweigern, als der sie nötigen will, für einen Generalschlüssel im Verlustfall eine Konventionalstrafe von 15.000 Mark zu akzeptieren.

Wo es um Neumanns Leben geht, ist man gerührt. Die politischen Bekenntnisse sind allerdings oft schlicht. Manchmal haben sie Stammtischniveau. Etwa, wenn Susanne Neumann Bundespolitiker als „Berliner Machtverteilerclique“ denunziert, wenn sie schreibt, Schröder habe aus Deutschland „ein Billiglohnland“ gemacht, oder behauptet, in Deutschland gebe es Zigtausende Renter, die Pfandflaschen sammeln, um sich einmal in der Woche eine warme Mahlzeit leisten zu können.

So etwas kann man schwer ernst nehmen. Trotzdem ist dieses Buch ein lesenswertes und aktuelles politisches Buch. Denn es dokumentiert eine Stimmung an der SPD-Basis, die von einer tiefen Unzufriedenheit mit der Bilanz der Großen Koalition geprägt ist. ■

Von **Kay Meiners**, Redakteur des Magazins Mitbestimmung

Susanne Neumann: **Frau Neumann haut auf den Putz.** Warum wir ein Leben lang arbeiten und trotzdem verarmen. Köln, Bastei Lübbe 2017. 225 Seiten, 11,99 bzw. 15 Euro

Warum schwächelt der Euro?



Der schwache Euro ist nicht Resultat von Währungsmanipulation, sondern Folge der Wirtschaftspolitik im Euroraum, die seit der internationalen Finanzkrise nicht expansiv genug und zeitweise sogar restriktiv war, so das Fazit von Silke Tober in ihrer IMK-Studie. Denn während die US-Wirtschaft mittlerweile nahezu voll ausgelastet ist, bleibt die Produktion im Euroraum erheblich unter ihren Möglichkeiten, und die Arbeitslosigkeit ist hoch. So konnte die US-amerikanische Federal Reserve aus der Nullzinspolitik aussteigen, schreibt Tober. Ent-

sprechend haben die höheren Zinsen in den USA Portfolioumschichtungen zugunsten von US-Anlagen bewirkt und den Außenwert des Euros geschwächt. Wenn es nicht gelingt, bessere Lebensverhältnisse für die Menschen aller Euroländer in Aussicht zu stellen, droht die Währungsunion zu scheitern, so die IMK-Wissenschaftlerin. ■

Silke Tober: **Wird der Eurokurs manipuliert?** Der Euro im Spannungsfeld. Reihe IMK Report, Nr. 122. Düsseldorf, März 2017. 14 Seiten. Kostenloser Download unter www.boeckler.de, Veröffentlichungen, IMK-Report

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie www.boeckler.de (Veröffentlichungen).

QUERGELESEN

Von **HELMUT ORTNER**



„Leiste keinen vorauseilenden Gehorsam.“ So lautet die erste von 20 Lektionen für den Widerstand, mit denen der US-Historiker Timothy Snyder die Bürger seines Landes vorbereiten wollte auf das, was unvorstellbar schien: einen Präsidenten Donald Trump, der das Gesicht der Demokratie verstümmelt. Nicht nur in den USA, auch in Europa ist der vulgäre Populismus auf dem Vormarsch. Snyders Lektionen sind ein Leitfaden für alle, die rechtzeitig handeln wollen – und nicht erst, wenn aus der Demokratie eine Diktatur geworden ist. Eine lesenswerte Ermutigung mit Tipps zur Wahrung der

Normalität in gefährlichen Zeiten. Snyders Credo: „Setze ein Zeichen.“ Dieses Buch tut es. ■

Timothy Snyder: **Über Tyrannei.** Zwanzig Lektionen für den Widerstand. München, C. H. Beck Verlag 2017. 127 Seiten, 10 Euro

DAS POLITISCHE LIED



47Soul: „Intro to Shamstep“ (2015)

No agent, no guarantee
No landlord on your back
No country, no form
Back to the peasants, to the falaheen born (...)

PALÄSTINENSISCHER CLUBSOUND

Vier Musiker laufen durch die Straßen Londons. Dazu läuft eine Mischung aus treibenden Beats, arabischem Dabke-Tanz und Synthesizer-Hooklines, aus englischem und arabischem Gesang und Rap. „Shamstep“ nennt die Band 47Soul ihre Musik, ein neues Genre. Das „Sham“ steht für die Region Bilad asch-Scham, einen Kulturraum, der hierzulande als Großsyrien oder Levante bekannt ist. Die Silbe „-step“ zeigt, dass die Musik einen zweiten Anker in der britischen Clubkultur hat: Seit 15 Jahren wird diese Endung an allerlei Teilstömungen der elektronischen Musik angehängt.

Alle vier Musiker sind palästinensischer Abstammung, doch sie haben drei verschiedene Pässe: Perkussionist Tareq Abu Kwaik und Gitarrist Hamsa Arnaout sind in Amman, der Hauptstadt Jordaniens aufgewachsen. Keyboarder Ramzy Suleiman wurde als Sohn palästinensischer Einwanderer in Washington, D. C., geboren. Sänger Walaa Sbeit stammt aus der Westbank. Die Welt können sie nicht ohne Weiteres gemeinsam bereisen – noch nicht einmal ihre Heimatregion. Und genau darum geht es in der Musik von 47Soul: um Bewegungsfreiheit, um Grenzen, um

Checkpoints und darum, wie willkürlich einem das alles vorkommen kann. Der Song „Intro to Shamstep“ bringt die Idee der Band auf den Punkt. Musikalisch spannt der Track einen Bogen von Londoner Clubs zu arabischen Familienfeiern.

In der ersten Strophe erträumt sich der Protagonist eine Welt, in der er ohne bürokratische Hindernisse reisen kann, zurück zu den Fallaheen, den Bauern der Region. In der zweiten singt er von den Ausgewanderten, deren Verbindung nach Hause nicht abreißt und die regelmäßig Geld nach Hause schicken. Der Refrain beginnt mit der Frage: „What’s the soul of the 47?“ Die Antwort: „Sham is the soul of the 47!“ Das ist schwärmerisch gemeint, zeigt aber auch ein gutes Stück Galgenhumor. Der Bandname ist ein Verweis auf 1947, das Jahr vor der Staatsgründung Israels und dem ersten Nahostkrieg. Damals stand Palästina unter britischer Mandatsverwaltung. „Dass wir uns mit dem Bandnamen auf ein Jahr beziehen, in dem die Region noch von der britischen Kolonialmacht besetzt war, zeigt, wie schwierig die Lage heute ist“, sagt Keyboarder Ramzy Suleiman. Doch ist es nicht heikel, ausgerechnet diese

Jahreszahl in den Bandnamen aufzunehmen, einen Verweis auf eine Zeit, in der Israel nicht als Staat existierte? Die Musiker betonen, dass sie eine friedliche Message haben, die niemanden ausschließt. Ihr eingängigster Song heißt „I Don’t Care Where You’re From“. Dass sie selbst in der westlichen Welt nur selten auf diese Haltung stoßen, ist auch Thema ihrer Musik.

„Ich bin damit groß geworden, dass das Wort ‚Palästina‘ oder ‚Palästinenser‘ in den Massenmedien nur vorkam, wenn es um Terrorismus ging“, sagt der in den USA aufgewachsene Suleiman. „Heute passiert das Gleiche mit ‚arabisch‘ oder ‚Naher Osten‘.“

Und das ist die doppelte Botschaft von 47Soul: Ihre Musik schlägt eine Brücke zwischen der westlichen und der arabischen Welt. Und sie gibt Arabern und ihrer Popkultur eine selbstbewusste Stimme im Westen: Seht her, das sind wir!

Von **Martin Kaluza**, Berlin

▶ Das Lied hören/ansehen:
bit.ly/shamstep

Überbleibsel aus der DDR



www.volkssolidaritaet.de

Die „Volkssolidarität“ ist eines der wenigen Überbleibsel aus der DDR. Bis heute ist die „VS“ mit 18 000 Angestellten in vielen Regionen Ostdeutschlands der wichtigste Sozialverband – noch vor der Arbeiterwohlfahrt und dem Diakonischen Werk. In der DDR war sie eine Massenorganisation für Senioren mit zwei Millionen Mitgliedern und 200 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern, „Volkshelfer“ genannt.

Heute betreibt die Volkssolidarität in Ostdeutschland Pflegeheime, Kindergärten und Sozialstationen und meldet sich auch politisch zu Wort. Im Westen ist die Organisation fast unbekannt. Aber es gibt praktisch keinen Landkreis in Ostdeutschland und keinen Ortsteil im östlichen Berlin, in dem die Organisation nicht vertreten ist. Der Bedeutung der VS zum Trotz ist der Internetauftritt leider ziemlich altertümlich und lieblos. Das ist schade, denn auch ältere Menschen nutzen das Internet immer häufiger und wissen gut gemachte Internetseiten zu schätzen. Die Seite ist statisch aufgebaut. Es gibt keine Videos, nur Fotos und Texte, die für das Internet zu

umständlich formuliert sind. Die Unterseite „Sozialpolitik“ macht mit einem Foto von 2010 auf. Die einzelnen Menüpunkte müssen umständlich angeklickt werden und klappen nicht automatisch auf. Wer die Webseite aber als nüchterne Informationsquelle nutzt, wird fündig. Der Newsletter bietet nicht nur Nachrichten aus allen Regionalverbänden, sondern auch eine aktuelle Presseschau zu sozialpolitischen Themen. Beim Thema Pflege zeigt sich die Kompetenz der Volkssolidarität: Hier findet der Nutzer eine Übersicht zu den rechtlichen Grundlagen, Analysen zu aktuellen Problemen in der Pflege und sogar Fortbildungsmaterialien. ■

Von Gunnar Hinck

Fazit

**WICHTIGE VERBANDSSEITE
MIT RETRO-FAKTOR**

APPS

Oroboo Angel

Eine geniale Idee haben Tüftler aus Offenbach umgesetzt. Wer sprachlich nicht mehr weiterweiß, kann sich per Videokonferenz mit einem ehrenamtlichen Dolmetscher – einem „Angel“ – verbinden lassen. Fünf Minuten lang kann man kostenlos mit einem Helfer eine akute Sprachbarriere überbrücken. Die Videotechnik funktioniert gut, angeboten werden 83 Sprachen – im Test gelang allerdings nur die Verbindung zu einem Engel für Englisch. ■■



Kostenlos für Android und über die Homepage

ver.di Publik

Nun ist die Mitgliederzeitschrift von ver.di (Auflage knapp zwei Millionen) auch als App zu lesen. Dank des Inhaltsverzeichnisses ist die App übersichtlicher als die kleinteilige Printversion. Die Navigation klappt problemlos. Die Reportagen könnten zusätzliche Fotos vertragen. Ein Schönheitsfehler: Die einzelnen Ausgaben müssen im Block heruntergeladen werden und verschlingen über 70 MB Datenvolumen – das hebt die Schwelle unnötig hoch. ■■



Für Mitglieder kostenlos über iOS und Android

BLOG-TIPP

Armes Deutschland

„Das bedingungslose Grundeinkommen ist wie zwei Polohemdenträger im Club, die sich Prügel androhen: Es wird viel geredet, und nichts passiert.“ Mit seiner Herangehensweise an Politik ist der junge Video-Blogger Rayk Anders zu einer festen YouTube-Größe mit 85 000 Abonnenten geworden. In seinem Format „Armes Deutschland“ kommentiert er jede Woche politische Kontroversen. Seine Videos peppt er mit Comic-Animationen auf. Regelmäßig nimmt er rechtspopulistische Thesen auseinander. Er hält unterhaltsam und mit Fakten dagegen. Rayk Anders bezieht klar Position: Er ist gegen die AfD, für Europa, für Religionsstoleranz und gegen Sexismus. Offen bleibt, ob er auch Mediennutzer außerhalb der linksliberalen Blase erreicht. Manchmal klingt er fast staatstragend: „Fortschritt muss immer wieder verteidigt werden“, beendet er ein Video. ■■



<https://www.youtube.com/user/RaykAnders>

NACHGEFRAGT



Foto: Simone M. Neumann

MARIKA HÖHN ist Justiziarin des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin.

ICH KLINKE AUF ...

... unsere Gewerkschaftsseiten und juristische Fachportale wie **juris.de** und **njw.de**. Für interessante Reportagen auf **arte.de**.

ABONNIERT HABE ICH ...

... die **Zeit**, den **Spiegel**, die **FAZ** und die **SZ**; außerdem unsere Lokalzeitung, die **Märkische Allgemeine**, und juristische Fachzeitschriften.

ICH LESE GERADE ...

... den Roman „**Der Berg**“ von Dan Simmons, eine bewegende Erzählung über mysteriöse Ereignisse bei einer Expedition auf den Mount Everest im Jahr 1924.

ABSCHALTEN KANN ICH ...

... mit meiner **Familie** und als ehrenamtliche Kinder- und Jugendtrainerin im heimischen **Radball-Sportverein**.

INTERESSANTER KOPF

Rainer Wendt

Der „Fall Wendt“ ist auch eine Geschichte über Aufstieg und Fall eines Medienstars. Rainer Wendt, Vorsitzender der im Beamtenbund organisierten Deutschen Polizeigewerkschaft DPolG, war Dauergast in Talkshows und ein gesuchter Interviewpartner – er nutzte die Medien, und die nutzten ihn. Wenn ein Journalist schnell ein knackiges Zitat zur Sicherheitslage brauchte, dann rief er Rainer Wendt an. Wendt, der nach den Terroranschlägen von Paris 2015 nach eigener Auskunft 22 Interviews in 48 Stunden gab, lieferte das Gewünschte. Bald war Wendt für die Medien nicht mehr der Vorsitzende einer Polizeigewerkschaft, sondern „der Polizeigewerkschaftschef“. Die größere und seriösere, im DGB organisierte Gewerkschaft der Polizei (GdP) fand weniger Aufmerksamkeit. Nachdem das ARD-Magazin Monitor enthüllte, dass das Land NRW Wendts Gehalt trotz Freistellung weiterbezahlte, wurde es plötzlich still um ihn. Wenn Medien nicht mehr nützlich sind, sondern kritische Fragen stellen, gerät eine Karriere, die größtenteils auf Medienpräsenz baut, schnell ins Stocken. ■■



Foto: Superbass/CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons)



bit.ly/rainer-wendt-monitor

RÄTSEL Der Kabeljau aus den Gewässern um Island ist heiß begehrt. Als englische und deutsche Fischer der Vulkaninsel zu nahe kommen, sind rabiate Auseinandersetzungen die Folge.

Von Marc von Lüpke



Vor der Küste Islands, knapp südlich des nördlichen Polarkreises, spielen sich im Jahr 1976 dramatische Szenen ab. Mit voller Kraft prallen das britische Kriegsschiff „HMS Scylla“ und das kleinere isländische Schiff „Odinn“ aufeinander. Ein Wunder, dass beide Schiffe seetüchtig bleiben. Die reichen Kabeljaubestände sind der Grund für die Scharmützel. Vor der Vulkaninsel liegen reiche Fischbänke. Doch nicht nur Isländer werfen hier ihre Netze aus, sondern auch Fischer aus Großbritannien und der Bundesrepublik. Die harten Konflikte, die darum ausgetragen werden, gehen als die drei „Kabeljaukriege“ in die Geschichte ein.

Im Jahr 1958 ereignet sich der erste Konflikt, als die isländische Regierung eine Schutzzone von zwölf Seemeilen vor ihrer Küste festlegt. Die Briten senden daraufhin Kriegsschiffe, um ihre Trawler zu schützen. Mit waghalsigen Manövern stört die isländische Küstenwache die Fischer beim Einbringen der Netze. Mit Erfolg: 1961 akzeptieren die Briten die Zwölf-Meilen-Schutzzone. Sie beuten zusammen mit den Deutschen die Gewässer rundherum aus.

Aus diesem Grund erweitern die Isländer im Jahr 1971 die Schutzzone um die Insel auf 50 Seemeilen. Um Briten und Deutsche abzuschrecken, ziehen die isländischen Schiffe mittlerweile „Klappdraggen“ hinter sich her – Anker mit messerscharfen Klingen, die die Zugseile der Netze der ungeliebten Konkurrenz durchtrennen.

Opfer dieser Taktik wird 1974 auch das Fangschiff „Hans Böckler“ der Gemeinwirtschaftlichen Hochseefischerei GmbH in Bremerhaven. 13 Jahre zuvor war das nach dem ersten DGB-Vorsitzenden benannte Schiff mit 1561 Bruttoregistertonnen von den Lübecker Flender-Werken in Bremerhaven gebaut worden. Bis zu 20.000 Mark kostet ein verlorenes Fangnetz, der eingebüßte Fang ist ein Vielfaches wert.

Die britische Regierung schickt erneut Kriegsschiffe gen Island. Wieder rammen sich die Schiffe der gegnerischen Parteien, beschießen einander mit Leuchtraketen und Granaten. Schließlich akzeptieren Großbritannien und die Bundesrepublik im Jahr 1975 die 50-Meilen-Zone, ein Jahr später, nach dem dritten Kabeljaukrieg, sogar ein Schutzgebiet von 200 Seemeilen um die Insel. Es gibt einen klaren Sieger im Kabeljaukrieg – Island hat alle Konflikte gewonnen. Die eigentlichen Gewinner sind die Fische: Langsam können sich die Bestände erholen. Island gehört bis heute nicht der EU an. Es hat seine politische Eigenständigkeit bewahrt. ■

Rätselfragen

Wie heißt der isländische Vulkan, dessen Ausbruch 2010 den Flugverkehr in Nord- und Mitteleuropa erheblich störte?

Wie lautet ein anderer Name des Kabeljaus?

Das isländische Parlament führt seine Ursprünge bis ins Jahr 930 zurück. Wie ist die genaue Bezeichnung?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 20. Mai 2017** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung

Redaktion Mitbestimmung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de
Fax: 0211/7778-225

Auflösung der Rätselfragen 1/2017

Z3

Karstadt
Deep Blue

Den 1. Preis hat Wolfgang Repp aus Offenbach gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Kerstin Meissner aus Leipzig, Nojin Malla Mirza aus Detmold und Bert Winkler aus Wilkau-Haßlau.

Foto: www.hmsbachante.co.uk





BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



Der Beitrag in unserer Magazin-App von **Walther Müller-Jentsch** und **Otto Jacobi** (bit.ly/sozialer-kapitalismus) stieß auf rege Resonanz bei den Kollegen aus der Industrial-Relations-Szene. Hier Auszüge:

Am Scheideweg

Thomas Haipeter, Professor am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, schreibt:

Gut argumentiert. Die Situation ist komplex, weil es beides gibt, Erosion und Stärkung der Interessenvertretungen als Träger eines sozialen Kapitalismus, und die Kritiker beziehen sich immer nur auf die Erosion. Trotzdem bleiben natürlich Entwicklungen wie der

Rückgang der Tarifbindung und die Lohnunterschiede zwischen den Branchen besorgniserregend, und die Reformen an den Hartz-Reformen haben zwar neue Mindeststandards geschaffen, aber den Niedriglohnsektor noch nicht wirksam eingedämmt. Ähnlich ist die Lage in Europa, einiges Positives, aber Riesenprobleme in Südeuropa. Ich sehe es so, dass wir an einem Scheideweg sind und es noch nicht klar ist, wohin die Reise geht.

Mehr Realismus

Rudi Schmidt, emeritierter Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena, ergänzt:

Es ist gerade jetzt wichtig, wenn vom linken Mainstream des permanenten Krisenszenarios abgewichen wird hin zu einer realistischeren Betrachtung der EU und des deutschen Modells. Doch dürfen wir jenseits der Industrie nicht übersehen, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Dienstleistungsbereich großteils miserabel sind. Im Endeffekt subventioniert der Dienstleistungssektor die Industrie. Das ist nicht allein über gewerkschaftliche Tarifpolitik änderbar, sondern nur über staatliche Intervention, etwa durch Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeitsregelung.

Ich halte es für eine Fehleinschätzung, wenn allein Deutschland für die Probleme Europas verantwortlich gemacht wird. Gleichwohl steht Deutschland in einer besonderen Verantwortung, weil es die größten Handlungsspielräume aufweist und auch eine historische Verantwortung hat. Hier ist resignativer Pessimismus nicht angezeigt und schon gar keine Rückkehr zu einem bornierten Nationalismus.

Kein sozialstaatlicher Kapitalismus

Berndt Keller, emeritierter Professor für Arbeits- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz, meldet Widerspruch an:

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn Müller-Jentsch und Jacobi schreiben, dass „Tarifverträge und betriebli-

che Mitbestimmung immer noch die prägenden Institutionen zur Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland“ seien, dann gilt diese Vermutung nur für einen immer kleineren Teil der Arbeitnehmer. Auch die These, „dass die Lohnmaschine wieder brummt“, gilt ausschließlich für die Arbeitnehmer der Exportindustrie, während der Niedriglohnsektor in Deutschland mit über 20 Prozent der Beschäftigten weit über dem EU-Durchschnitt liegt. Diese Polarisierung des Arbeitsmarktes muss in die Betrachtung einfließen. Es geht nicht um Schwarzmalerei, die Zeichen an der Wand sind deutlich. Der westliche Kapitalismus ändert wieder einmal seine Form, allerdings in eine gänzlich andere Richtung. Es geht um die Erkenntnis, dass Deutschland sich in Richtung der liberalen Kapitalismusvariante bewegt, die gerade nicht, wie von den Autoren behauptet, ein „sozialstaatlicher Kapitalismus“ ist.

WEBRESONANZ

Tja, das waren noch Zeiten, als Otto Jacobi und Walther Müller-Jentsch die Taschenbuchreihe „Gewerkschaften und Klassenkampf“ herausgaben, schreibt **Klaus Pickshaus**.

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!



redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Verantwortlicher Geschäftsführer:
Wolfgang Jäger

Redaktion:

Andreas Bullik, Telefon: 0211/77 78-196
Cornelia Girndt (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-149
Margarete Hasel, Telefon: 0211/77 78-192
Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139

Konzeption des Titeltchemas: Kay Meiners

Co-Redaktion dieser Ausgabe: Bullik/Girndt/Hasel

Redaktionsassistent: Astrid Grunewald

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Mitglieder des Redaktionsbeirats: Jens Becker, Veronika Dehnen, Oliver Emons, Wolfgang Jäger, Rainer Jung, Birgit Kraemer, Sabine Nemitz, Sebastian Sick

Projektmanagement/Layout/Produktion/Artdirection:

SIGNUM communication GmbH, Mannheim,
Nicole Ellmann, Roger Münzenmayer, Rina Roki, Jörg Volz

Titelfotos: Caro/Bastian, Wolfgang Roloff, Rolf Vennenbernd/dpa

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Anzeigen: Bund-Verlag GmbH, Peter Beuther
(verantwortlich) Thorsten Kauf

Telefon: 069/79 50 10-602

E-Mail: thorsten.kauf@bund-verlag.de

Abonnentenservice und Bestellungen:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Preise: Jahresabonnement 50 Euro inkl. Porto,
Einzelpreis 9,00 Euro. Der Bezugspreis ist durch den
Fördererbeitrag abgegolten.

Abbestellungen mit einer Frist von sechs Wochen zum
Jahresende

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch
für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 3 | Juni 2017

Psychische Erkrankungen sind kein Tabu

Depressionen oder Angsterkrankungen sind zu Volkskrankheiten geworden: Heute sind psychische Erkrankungen die zweithäufigste Diagnose bei Krankschreibung und Arbeitsunfähigkeit. Einen wichtigen Auslöser für dieses Krankheitsbild sehen Experten darin, dass wir im Arbeitsalltag größerem Stress und Druck ausgesetzt sind – in jüngster Zeit vor allem durch die Beschleunigung der Arbeitsprozesse und eine zu geringe Personalausstattung.

Betriebsräte bewegt zunehmend das Thema der psychischen Gesundheitsgefährdung, weil es die Beschäftigten bewegt. Wie können Arbeitgeber und Führungskräfte damit besser umgehen? Was können Arbeitnehmervertretungen tun, um psychische Gefährdungen rechtzeitig zu erkennen? Wie können sie über Gefährdungsanalysen, Betriebsvereinbarungen und andere Regelungen die Arbeitnehmer besser schützen?

Psychische Erkrankungen aus der Tabuzone geholt zu haben – dafür ist 2016 der Betriebsrat von Bosch beim Deutschen Betriebsräte-Preis ausgezeichnet worden. Mit zwei Betriebsvereinbarungen zur ganzheitlichen Gefährdungsbeurteilung ist es den Sozialpartnern bei Bosch gelungen, psychische Störungen mit körperlichen Erkrankungen gleichzusetzen und den Beschäftigten konkrete Hilfen anzubieten. Daneben wollen wir uns in der Gesundheitsbranche und bei der Polizei umschauen, denn deren Beschäftigte sind besonderen Gefährdungen ausgesetzt.

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147

redaktion@boeckler.de

www.magazin-mitbestimmung.de



ZUGSPITZE, GANZ OBEN

MATTHIAS SAILER, 44, ist Industriemeister Elektrotechnik bei der Telekom. Er hat 1989, damals noch bei der Deutschen Bundespost, Kommunikationselektroniker gelernt und arbeitet heute als Servicetechniker für den Mobilfunk.

Text und Foto: **Werner Bachmeier**

„ Wenn auf der Zugspitze gutes Wetter ist, habe ich einen atemberaubenden Ausblick auf mein ganzes Einsatzgebiet. Es reicht von Füßen bis Miesbach, von der Grenze zu Österreich im Süden bis vor die Tore Münchens. Für alle Mobilfunkanlagen, die auf diesen 100 Quadratkilometern stehen, bin ich zuständig. Und dazu gehört eben auch die Zugspitze. Mit seinen 2962 Metern ist der höchste Berg Deutschlands ein wichtiger Mobilfunkstandort und der höchstgelegene Arbeitsplatz, den die Deutsche Telekom zu bieten hat.

Rund 50 Meter unter dem Gipfel liegt die Sendemastanlage mit diversen Mobilfunkdiensten. Die Technik ist heute glücklicherweise sehr stabil, aber bei den harten Witterungsbedingungen bleiben Funktionsstörungen nicht aus, die ich bei jedem Wetter, auch bei extremer Hitze, Kälte und bei Sturm, beheben muss. Sicherheit ist bei dieser Arbeit oberstes Gebot. Deshalb arbeiten wir bei Reparaturen an den Masten immer mit mindestens zwei Technikern. Alles an-

dere erledige ich in meinem Einsatzgebiet alleine.

Die Arbeitsaufträge schickt mir das zentrale Netzmanagement-Center in Bonn direkt per App auf mein Handy. Dabei wird auch die Priorität festgelegt, in der ich die Störungen bearbeiten muss. Da bin ich mit dem Auto auch mal schnell 100 Kilometer in einer Richtung unterwegs. Ich arbeite gerne im Außendienst. Trotzdem fehlt mir der soziale Kontakt zu den Arbeitskollegen. Früher trafen wir uns morgens zu Arbeitsbeginn im Betriebsbüro. Heute beschränkt sich mein Kontakt auf eine wöchentliche Telefonkonferenz mit den Kollegen und eine monatliche Teambesprechung. Eigentlich sehe ich den ganzen Tag niemanden.

Spaß macht mir meine Arbeit allein da draußen im Freien trotzdem. Da gilt: Es gibt kein richtiges oder falsches Wetter, nur die falsche Kleidung. Jetzt im Frühjahr ist meine liebste Jahreszeit. Das Wetter ist schon angenehm, und die Tagestemperaturen sind nicht zu hoch. ■

REPORT

WSI-Betriebsrätebefragung

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Wie sieht die Wirklichkeit in mitbestimmten Betrieben
aus? Neueste Erkenntnisse dazu im WSI-Report.



Die WSI-Reports behandeln aktuelle Themen
aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik,
Verteilung und Tarifpolitik. Alle WSI-Reports
finden sich hier: <http://bit.ly/wsi-reports>

TOP-TERMIN 2017

29. und 30. Juni 2017 in Berlin

MITBESTIMMUNG IST ZUKUNFTSTHEMA

Böckler-Konferenz für Aufsichtsräte 2017

Der mitbestimmungspolitische Stillstand muss überwunden werden, das geht am besten mit dem Engagement der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten.

Das Treffen der Arbeitnehmer-Aufsichtsräte wird am 29. Juni ganz im Zeichen von #Zukunftmitbestimmung stehen. Danach werden aktuelle Fragen der Aufsichtsratsarbeit in Workshops bearbeitet – unter dem Leitthema Gerechtigkeit. Gäste sind Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Wahlanalytiker Karl-Rudolf Korte berichtet, wie die Parteien beim Thema Mitbestimmung aufgestellt sind.

Eingeladen sind die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.
Weitere Infos: bit.ly/konferenz-aufsichtsräte-2017 und Lasse-Puetz@boeckler.de

